

Es wird dann vorgeschlagen, daß morgen die Ausschüsse tagen. Das hatten Sie grundsätzlich bewilligt. Und zwar mache ich hiermit namens der betreffenden Vorsitzenden bekannt, daß der I. Fachausschuß morgen um 10 Uhr im Zimmer 36, der II. Fachausschuß um 9.30 Uhr im Zimmer 3, der III. Fachausschuß um 9.30 Uhr im Zimmer 5, der IV. Fachausschuß um 9.30 Uhr im Zimmer 38, der V. Fachausschuß um 10 Uhr im Zimmer 6 und der VI. Fachausschuß nachmittags 3 Uhr im Zimmer 19 sich vereinigen.

Dann habe ich den Herrn Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses bitten lassen, den Geschäftsordnungsausschuß auf morgen zu berufen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß diese Sitzung um 15 Uhr im Zimmer 7 stattfinden soll.

Ich schlage dann vor, daß wir uns nunmehr vertagen und die nächste Vollsitzung auf Donnerstag mittag 12 Uhr anberaumen, so daß die Fraktionen Gelegenheit haben, im Laufe des Donnerstag vormittag noch die Stellungnahme der Ausschüsse zu besprechen. Ich bitte dann um die Ermächtigung, die Tagesordnung für die Sitzung um 12 Uhr festzustellen und alles das darauf zu setzen, was aus den Ausschüssen fertig herausgekommen ist. Damit nun ein richtiger Turnus und ein richtiges System in der Behandlung der Anträge vorliegt, möchte ich vorschlagen,

daß wir in der Tagesordnung gruppenweise die Anträge je nach den Ausschüssen zusammenfassen, und zwar abweichend von der Regelung in den vorhergehenden Tagungen, so daß die einzelnen Fächer in einem bestimmten Turnus erscheinen. Ich schlage vor, zunächst den I. Fachausschuß zu nehmen, dann den II. Fachausschuß, dann den IV. Fachausschuß, dann den V. Fachausschuß, dann den III. Fachausschuß und zuletzt den VI. Fachausschuß. Ich höre keinen Widerspruch.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Eberle.

Abgeordneter Eberle: Ich glaube nicht, daß wir ganz genau so verfahren können, weil der I. Fachausschuß über den Haushaltsplan zu beraten hat.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das ist selbstverständlich. Es darf über den Haushaltsplan als Letztes nur abgestimmt werden, wenn über die Einzelhaushalte die Entscheidung gefallen ist. Das ergibt sich aus der Geschäftsordnung von selbst. Im übrigen bitte ich Sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Linie allgemein eingehalten wird. — Damit sind Sie einverstanden.

Ich bitte den Ältestenrat, jetzt sofort nach der Vollsitzung drüben zusammenzutreten. Da das Wort weiter nicht gewünscht wird, schließe ich die Sitzung.

(Schluß: 18 Uhr 25 Minuten.)

Vierte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Donnerstag, den 26. März 1931.

(Beginn: 12 Uhr 15 Minuten.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend Aenderung der Geschäftsordnung des Provinziallandtages.
3. Antrag des I. Fachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1929 bis 31. März 1930.
4. Antrag des I. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend Ergänzung des § 17 der Satzung der Landesbank der Rheinprovinz.
5. Antrag des I. Fachausschusses
 - a) zu dem Bericht und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend Erhöhung des Kapitals der Landesbank um einen Betrag bis zu 20 Millionen RM, Beteiligung des Provinzialverbandes an der Erhöhung und Aufnahme einer Anleihe von 10 900 000 RM;
 - b) zu dem Antrage der Wirtschaftspartei hierzu.
6. Antrag des I. Fachausschusses zu Kapitel 70 des ordentlichen Haushaltsplans für 1931, betreffend Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 21).
7. Antrag des I. und IV. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über die Förderung des Kleinwohnungsbaues.

In Verbindung hiermit:

- a) Antrag der Zentrumsfraktion, betreffend finanzielle Unterstützung des Kleinwohnungsbaues;
- b) Abänderungsantrag der Wirtschaftspartei zu Drucksache Nr. 8.
8. Antrag des I. Fachausschusses zu Kapitel 35, Titel 1—3 und 6, sowie Kapitel 39 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Wohnungswesen und Landesplanung pp.; hierzu Unterhaushaltsplan des Provinzialinstituts für Arbeits- und Berufsforschung (Anlage 20).
9. Antrag des I. Fachausschusses zu Kapitel 72 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Verwaltungskosten der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 22).
10. Antrag des I. Fachausschusses zu
 - a) dem Antrage der SPD-Fraktion, betreffend Aenderung des § 4 der Satzung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz,
 - b) dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Vergütungen an die Bürgermeister pp. für die Beforgung der Geschäfte der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt.
11. Antrag des I. Fachausschusses zu Kapitel 77 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Verwaltungskosten der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 24).

12. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Wahl des Generaldirektors der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz.
In Verbindung hiermit die Anträge
- a) des Reichsbundes Deutscher Technik e. V., Berlin,
 - b) der Provinzgruppe Rheinland des Berufsverbandes der höheren technischen Verwaltungsbeamten in Preußen zu Düsseldorf,
 - c) der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen und des Bundes Deutscher Architekten,
- die dahin gehen, die Stelle mit einer technisch vorgebildeten Persönlichkeit zu besetzen, eventuell die Stelle auszuschreiben.
13. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Ablauf der Dienstzeit der Landesräte Kirchmann, Wolf und Dr. Saarbourg.
14. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 10 bis 13 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend allgemeine Verwaltung.
15. Antrag des I. Sachausschusses zu
- a) dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Kürzung der Gehaltsbezüge der Provinzialbeamten,
 - b) dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend anderweite Festsetzung der Gehälter der Beamten und Löhne der Arbeiter.
16. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Uebernahme von bezahlten Nebenämtern durch Beamte und Angestellte der Provinzialverwaltung.
17. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Inruhestandversicherung der Provinzialbeamten mit Vollendung des 65. Lebensjahres.
18. Antrag des I. Sachausschusses zu
- a) dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Neuregelung der Arbeitszeit bei der Provinzialverwaltung,
 - b) dem Antrage der SPD.-Fraktion hierzu.
19. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Zentralverbandes der Beamten und Angestellten der preussischen Provinzialverwaltungen, Landesverband Rheinprovinz e. V., Düsseldorf, auf
- a) Verkürzung der Arbeitszeit für das Pflege- und Erzieherpersonal,
 - b) Löschung der Kündigungsklausel bei den Beamten der unteren Gruppen.
20. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Teilnahme höherer Beamten der Rheinprovinz an Geschäftsjubiläen von Großwarenhäusern.
21. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Verwaltungsobersekretärs Türff bei der Provinzialhauptverwaltung auf Nachprüfung seiner Anstellungs- und Befoldungsverhältnisse.
22. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 32 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Förderung des Gewerbes.
23. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 76 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Ruhegehalts- und Witwen- und Waisenrenten.
24. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Änderung der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Lemter und Landgemeinden (L-Kasse), der Ruhegehaltskasse der Kreis- und Kommunalverbände und Stadtgemeinden (S-Kasse), der Witwen- und Waisenverforgungsanstalt für die Kommunalbeamten der Rheinprovinz (W-Kasse).
25. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 78 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Gemeinde-Unfallversicherungsverband „Rheinprovinz und Hohenzollern“.
26. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 79 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Befoldungen und andere persönliche Ausgaben der Provinzialbeamten bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 25).
27. Antrag des II. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend weitere Durchführung des Hochwasserschutzprogramms am Rhein und seinen Nebenflüssen.
28. Antrag der SPD.-Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 1 Million RM für den Hochwasserdienst in Kapitel 30 des Haushalts.
29. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Feststellung und Behebung der Hochwasser- und Wolkenbruchschäden im Jahre 1930.
30. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Feststellung der durch Hochwasser im Jahre 1930 entstandenen Schäden und auf Ersatz des erlittenen Schadens an alle Geschädigten mit einem Jahreseinkommen bis 4000 RM.
31. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., bei der preussischen Staatsregierung wegen Niedererschlagung der den Hochwassergeschädigten gewährten Landesbankkredite nebst Zinsen und wegen Einstellung der Pfändungen und Versteigerungen vorstellig zu werden, sowie ferner in den Haushalt der Provinzialverwaltung die zur Erhaltung der Existenzen der Hochwassergeschädigten notwendigen Mittel einzusetzen.
32. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Bereitstellung von 1 Million RM für Hochwassergeschädigte und Einsetzung dieses Betrages in den Etat für Hochwasserschutz.
33. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Beschleunigung der Umlegungen des landwirtschaftlichen Grundbesitzes.
34. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, betreffend weiterer Ausbau der Westhilfe und Verlängerung auf mehrere Jahre.
35. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend verstärkte Förderung der Grünlandwirtschaft aus Provinzialmitteln.

36. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Gewährung von Beihilfen zur ordnungsmäßigen Anlegung von Düngflätten und Jauchegruben in den Höhengebieten der Provinz.
37. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Wasserversorgung in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Höhengebieten.
38. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 30 und 130 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend landwirtschaftliche Angelegenheiten; hierzu die Unterhaushaltspläne
- Provinzialgut Bylerward (Anlage 17),
 - Provinzialdomäne Lammersdorf (Anlage 16),
 - Rittergut Desdorf (Anlage 18).
- In Verbindung hiermit:
- Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des im Etat des Rittergutes Desdorf für Bekleidung und Unterbringung der Waisenknaben vorgesehenen Betrages auf 3000 RM sowie auf Einsetzung von 3000 RM für tarifliche Entlohnung der Waisenknaben und Festsetzung ihrer Arbeitszeit.
 - Antrag der KPD.-Fraktion:
 - Die unter Kapitel 30 Titel 10—16 vorgesehenen Mittel dürfen nur unter Kontrolle einer aus Kleinbauern und Arbeitern zusammengesetzten Kommission verwandt werden;
 - Erhöhung der unter Kapitel 30, Titel 30 vorgesehenen 10 000 RM auf 15 000 RM;
 - die unter Kapitel 30, Titel 32—34 vorgesehenen Mittel dürfen nur zur Förderung der Zucht an Kleinbauern ausgegeben werden.
 - Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung der im Kapitel 30, Titel 13 vorgesehenen Summe von 20 000 RM auf 100 000 RM mit der Maßgabe, daß diese Summe für Landwirte mit einer Ackerndahrung verwandt wird.
 - Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung der in Kapitel 30, Titel 13 vorgesehenen Summe von 20 000 RM auf 120 000 RM und Gewährung der Zinsverbilligung nur an Kleinbauern, die im Ertrag eine Ackerndahrung nicht übersteigen.
 - Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des für genossenschaftliche und kommunale Flußregulierung unter Kapitel 30 Nr. 12 vorgesehenen Betrages um 500 000 RM.
 - Antrag der KPD.-Fraktion auf Streichung der Provinzialzuschüsse im Kapitel 30, Titel 20b und c für den Geschäftsführer für Weinbau und der Obstbaubeamten der Landwirtschaftskammer und Verwendung des Gesamtbetrages von 13 500 RM für die Niederschlagung von Darlehen an Kleinwinzer.
 - Antrag der KPD.-Fraktion auf Streichung der im Kapitel 30, Titel 60 bis 67 vorgesehenen Zuschüsse in Höhe von 37 000 RM und Verwendung des Betrages für die Niederschlagung von Darlehen an Kleinbauern.
 - Antrag der KPD.-Fraktion auf Streichung der Ausgabenpositionen in Kapitel 30, Titel 40 bis 43 und Verwendung dieser Beträge als Zuschüsse an Klein- und Mittellandwirte zur Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen.
39. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Erneuerung des mit der Landwirtschaftskammer abgeschlossenen Vertrages über die Verwaltung der landwirtschaftlichen Schulen;
- in Verbindung hiermit:
- Antrag der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf Abänderung des § 18 Abs. 2 der Satzungen.
40. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des im Kapitel 31, Titel 10b, eingefetzten Betrages von 7000 RM auf 10 000 RM und Verwendung der im Kapitel 35, Titel 5, vorgesehenen Mittel zur Behebung der Notlage kinderreicher Kleinbauern.
41. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die seinerzeit der notleidenden Winzerschaft gewährten Reichswinzerkredite nebst angelautenen Zinsen niedergeschlagen werden.
42. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Niederschlagung der in den letzten Jahren an Kleinwinzer und Kleinbauern gewährten Kredite, die Pfändung zur Eintreibung rückständiger Notstandskredite zu unterlassen sowie Kleinwinzer und Kleinbauern für die erlittenen Schäden voll zu entschädigen.
43. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Not der Moselwinzer.
44. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Beihilfe für den Bau von Weinbergswegen.
45. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 31 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend landwirtschaftliche Schulen; hierzu die Unterhaushaltspläne:
- Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Alrweiler (Anlage 12),
 - Landwirtschaftliche Haushaltungsschule Diewig (Anlage 14),
 - Gemüsebauschule Trier (Anlage 15),
 - Institut für Klima-Forschung in Trier (Anlage 13).
46. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Förderung der ländlichen Ansiedlung.
47. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 35, Titel 5, des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend landwirtschaftliche und gärtnerische Siedlung.
48. Anregung des II. Sachausschusses, betreffend Ansiedlung oder Rückführung städtischer Arbeiter und Erwerbsloser auf das Land.
49. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 74 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes

der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 23).

50. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des Betrages für Viehseuchenentschädigung auf 500 000 RM und Zahlung der Entschädigungen nur an Kleinbauern, sowie auf Streichung der für die Provinzial-Weinbaulehranstalten, die Landfrauenschulen Oewig und Sobernheim vorgesehenen Summen und Verwendung dieser Beträge für die notleidenden Kleinwinzer.
51. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 75 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Viehseuchenentschädigung, Viehversicherung.
52. Antrag des IV. Sachausschusses zu Kapitel 49 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Fürsorgeerziehung Minderjähriger; hierzu die Unterhaushaltspläne der Provinzial-Erziehungsheime Rheindahlen, Solingen und Guskirchen (Anlage 7).
53. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Betreuung der bekenntnislosen Jugendlichen durch die dissidentische Fürsorge.
54. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Einrichtung einer Kontrolle durch den zuständigen Sachausschuß bei Ueberweisung von Fürsorgekindern in Familienpflege.
55. Antrag des IV. und V. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betreffend Arbeitszeit für Böglinge, Pflöglinge und Korrigenden in den Provinzialanstalten und in den Anstalten, für die Zuschüsse geleistet werden.
56. Antrag des IV. und V. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betreffend Aufhebung der Briefzensur und Gestattung des Besuchs von politischen Versammlungen pp. für die Insassen der Provinzialanstalten.
57. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Bereitstellung eines Betrages von 50 000 RM für Zwecke der Säuglingsfürsorge.
58. Antrag des IV. Sachausschusses zu Kapitel 48 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Jugendwohlfahrt (Landesjugendamt).
- In Verbindung hiermit:
- a) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung der Etatsposition Kapitel 48, Titel 1—9, von 400 000 RM auf 800 000 RM;
- b) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung der im Kapitel 48, Titel 10, eingesehten Summe von 190 000 RM auf 500 000 RM und deren Ueberweisung an die örtlichen Erwerbslosen-ausschüsse;
- c) Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Bereitstellung weiterer Mittel für erwerbslose Jugendliche;
- d) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des eingesehten Betrages zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur von 8000 RM auf 20 000 RM.
59. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Ueberweisung der für freiwillige Erziehungshilfe in Kapitel 48, Titel 16, eingesehten Summe an die dissidentische Fürsorge.
60. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Ueberweisung des in Kapitel 48, Titel 14, eingesehten Betrages von 40 000 RM an die Freidenkerjugend und die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.
61. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Aufstellung einer Nachweisung über alle mit gewerblichen oder sonstigen Arbeiten beschäftigten Kinder unter 14 Jahren.
62. Antrag des IV. und I. Sachausschusses zu Kapitel 59, Titel 2 und 3, des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Fürsorge für kinderreiche Familien.
- In Verbindung hiermit:
- a) Antrag der Zentrumsfraktion, betreffend Erhöhung des im Kapitel 59, Titel 2, eingesehten Betrages von 200 000 RM, betreffend Maßnahmen für kinderreiche Familien, auf 250 000 RM;
- b) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des im Kapitel 59, Titel 2, eingesehten Betrages auf 500 000 RM zur Fürsorge für kinderreiche Familien.
63. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Nachprüfung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Gesetzes zur Bekämpfung von Schmutz- und Schundliteratur.
64. Antrag des V. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend
1. den Antrag der KPD.-Fraktion, dem Provinziallandtag eine Aufstellung über die dem Caritasverband und anderen Organisationen in den letzten Jahren überwiesenen Mittel vorzulegen;
 2. den derzeitigen Stand der vom Provinzialverband der Rheinprovinz für Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege übernommenen Bürgschaften und der beim preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt zur Weiterleitung an Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege aufgenommenen Darlehen;
 3. die im Jahre 1930 auf Grund der dem Provinzialausschuß durch den 77. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung übernommenen Bürgschaften und Darlehen;
 4. erneute Ermächtigung des Provinzialausschusses, im Rechnungsjahre 1931 Darlehen zur Weiterleitung an Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege aufzunehmen.
- In Verbindung hiermit:
- Antrag der KPD.-Fraktion auf Kündigung aller dem Caritasverband und anderen Organisationen gewährten Darlehen und Bürgschaften.
65. Antrag des V. Sachausschusses
1. zu Kapitel 41 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Besserungswesen sowie

Pflege- und Siechenwesen; hierzu Unterhaushaltspläne:

- a) der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler (Anlage 4),
 - b) der Provinzial-Heilstätte Fichtenhain (Anlage 5),
2. zu Kapitel 50 des ordentlichen Haushaltes für 1931, betreffend Wandererfürsorge.
66. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 44 des ordentlichen Haushaltes für 1931, betreffend Fürsorge für Krüppel; hierzu der Unterhaushaltsplan der orthopädischen Provinzial-Kinderheilanstalt in Süchteln (Anlage 6).
67. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 42 des ordentlichen Haushaltes für 1931, betreffend Fürsorge für Geistesranke, Idioten und Epileptische; hierzu die Unterhaushaltspläne:
- a) der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten (Anlage 1),
 - b) der Provinzial-Kinderanstalt für seelische Abnorme in Bonn (Anlage 2),
 - c) des Provinzial-Psychopathenheimes und Heilerziehungsheimes für Fürsorgezöglinge in Düren (Anlage 3).
68. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 43 des ordentlichen Haushaltes für 1931, betreffend Fürsorge für Taubstumme und Blinde, einschließlich des Bildungswesens; hierzu die Unterhaushaltspläne:
- a) des Provinzial-Taubstummenheims in Eszelen (Anlage 9),
 - b) der Provinzial-Taubstummenanstalten (Anlage 8),
 - c) der Provinzial-Blindenunterrichtsanstalten (Anlage 10).
69. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Errichtung eines Neubaus der Provinzial-Taubstummenanstalt in Nachen.
70. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 45 des ordentlichen Haushaltes für 1931, betreffend Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.
- In Verbindung hiermit:
- a) Antrag der KPD.-Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 1,25 Millionen RM zur Finanzierung von Winterhilfsmassnahmen zugunsten der Kriegsoffer;
 - b) Antrag der KPD.-Fraktion, bei Darlehen und Unterfütungen aus Kapitel 45 (Kriegsbeschädigtenfürsorge) zu fordern, daß Tariflöhne gezahlt, die Arbeitszeit auf 5 Stunden täglich verkürzt und das Recht auf Wahl von Betriebsvertretungen zugestanden wird;
 - c) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung des bei der Position Kapitel 45, Titel 6 (Kriegsbeschädigtenfürsorge), vorgesehenen Betrages für Einzeldarlehen einschließlich Baudarlehen auf 500 000 RM.
 - d) Antrag der KPD.-Fraktion auf Einstellung eines Betrages von 5 Millionen RM in den Haushalt Fürsorge für Kriegsbeschädigte zwecks Förderung des kommunalen Wohnungsbaues für Kriegsoffer;

e) Antrag der KPD.-Fraktion auf Erhöhung der Position Kapitel 45, Titel 4b, „Erziehungsbeihilfen“ im Haushaltsplan Fürsorge für Kriegsbeschädigte auf 150 000 RM.

71. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 47 des ordentlichen Haushaltes für 1931, betreffend Hebammenlehrwesen; hierzu der Unterhaushaltsplan der Provinzial-Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Wuppertal (Anlage 11).

72. Antrag des V. Sachausschusses

1. zu Kapitel 51 des ordentlichen Haushaltes für 1931, betreffend Auswandererberatung,
2. zu Kapitel 59, Titel 1, 4 und 5 des ordentlichen Haushaltes, betreffend sonstige Fürsorge und Wohlfahrtspflege.

In Verbindung damit:

Antrag der KPD.-Fraktion auf Streichung des im ordentlichen Haushalt Kapitel 51, Titel 1, Auswandererberatung, vorgesehenen Betrages und Ueberweisung dieses Betrages an den Wohlfahrts-etat für Kinderpeisung.

73. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über die Verwendung des für außerordentliche Zwecke des Straßenbaues für größere Bauausführungen an den Provinzialstraßen bereitzustellenden Anleihebetrages von 1 050 000 RM.

In Verbindung hiermit:

Antrag der KPD.-Fraktion, zur Verbesserung der Durchfahrt der Provinzialstraße in Vallendar die von der Stadtverwaltung Vallendar einstimmig vorgeschlagene Umgehungsstraße zu bauen.

74. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bewilligung eines Zuschusses an die Stadt Koblenz zum Bau einer zweiten Moselbrücke in Koblenz.

In Verbindung hiermit:

Antrag der KPD.-Fraktion, betreffend Ueberwachung der Arbeiten beim Bau der zweiten Moselbrücke in Koblenz durch die Provinzialverwaltung und Gestellung von besonderen Bedingungen an die die Arbeiten ausführenden Unternehmer.

75. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über den Stand der Bauarbeiten und der Baukosten der Kraftwagenstraße Bonn — Köln — Düsseldorf — Industriegebiet.

In Verbindung hiermit:

Antrag der KPD.-Fraktion, betreffend Entziehung aller der Firma Lindemann in Köln durch die Provinzialverwaltung erteilten Aufträge.

76. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Uebernahme der Unterhaltungspflicht von Brücken durch den Provinzialverband.

77. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Gewährung eines Zuschusses von 50 000 RM an die Gemeinde Ulsdorf für den Bau der Annastraße.

78. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf sofortige Inangriffnahme

der Arbeiten zum Bau einer Umgehungsstraße „Zülicher Straße“ Aachen bis Neusen.

79. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Regulierung der Kurve an der Wurmbücke der Provinzialstraße Aachen-Krefeld.
80. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betreffend Ausbau der Straße zwischen Bosheln und Ulsdorf und Uebernahme dieser Straße in die Unterhaltung der Provinz.
81. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Stellungnahme zu dem Beschlusse des letzten Provinziallandtages, betreffend Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes.
82. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Stand des Ausbaues und der Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes.
83. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage des Provinzialausschusses zur Denkschrift über den Ausbau und die Unterhaltung eines rheinischen Kreiswegenebes durch planmäßige Verwendung der Kraftfahrzeugsteuer in Zusammenarbeit zwischen Provinzialverwaltung und Landkreisen.
84. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betreffend Anlegung von Radfahrwegen an der Provinzialstraße Aachen-Linnich zwischen Würfelen und Baesweiler.
85. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage des Kartells der christlichen Gewerkschaften des Kreises Monschau auf Zurverfügungstellung von Mitteln zur Weiterführung der Umgehungsstraße im Kreise Monschau von Röttgen bis zur Schleidener Landstraße.
86. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP. dahingehend, im Verkehrsinteresse der Rheinprovinz und zur Unterstützung der rheinischen Luftverkehrslinien sowie der rheinischen Flughäfen 100 000 RM zu genehmigen.
87. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, bei der Herstellung und Erhaltung der Provinzialstraßen nur Materialien zu verwenden, die ganz oder zum überwiegenden Teile aus inländischen, möglichst rheinischen Rohstoffen hergestellt sind.
88. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion auf bevorzugte Berücksichtigung der unmittelbaren Grenzkreise in den Höhengebieten der Regierungsbezirke Trier und Aachen bei der Verteilung der Mittel für den Kreis- und Gemeindefewegbau und für die Uebernahmestraßen.
89. Antrag des III. Sachausschusses zu Kapitel 20—29 und 120 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Verkehrswesen.
90. Antrag des VI. Sachausschusses zu Kapitel 61 und 62 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Denkmalpflege und Naturschutz.

In Verbindung hiermit:

- Antrag der KPD.-Fraktion auf Streichung sämtlicher Mittel für Zwecke der Denkmalpflege.
91. Antrag des VI. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Verteilung der unter Abschnitt VI, Kulturpflege, Kapitel 61, Titel 12, des Haupthaushaltsplanes für 1931 vorgesehenen Mittel im Betrage von 140 000 RM.
 92. Antrag des VI. Sachausschusses zu Kapitel 63 und 64 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Museen und Heimatpflege; hierzu Unterhaushaltsplan der Provinzialmuseen (Anlage 19).
 93. Antrag des VI. Sachausschusses zu Kapitel 65, 66 und 69 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betreffend Förderung der Wissenschaft, Volksbildungswesen pp.
- In Verbindung hiermit:
- a) Antrag der KPD.-Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 10 000 RM in Kapitel 65 für „Marxistische Arbeitsschule“.
 - b) Antrag der KPD.-Fraktion auf Ueberweisung des im Etat Kapitel 66, Volksbildungswesen, eingefetzten Betrages von 35 000 RM an die Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (Zfa).
 - c) Antrag der KPD.-Fraktion, betr. Streichung des im Kapitel 69, Titel 3, für die Wanderschauspieltheater vorgesehenen Betrages von 9000 RM.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen.

Für heute haben sich entschuldigt wegen Krankheit Herr Abgeordneter Dr. Saafen und wegen Verhinderung Herr Abgeordneter Dr. Pattberg.

Zu Ihrem Auftrage hatte ich dem Mitglied des Hauses, Herrn Dr. de Weerth, die besten Wünsche zur Besserung nach seinem Autounfall ausgesprochen. Er telegraphiert: „Tiefgerührt durch die freundlichen Wünsche für meine Wiedergesundung danke ich dem hohen Hause und seinem Vorsitzenden herzlich und wünsche schönsten Erfolg der Beratung.“

Meine Damen und Herren! Die Niederschrift über die geftragte Sitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen. Schriftführer sind für die heutige Sitzung zunächst die Herren Abgeordneten Dr. Dichtgans und Koenzgen.

Es sind noch eine Reihe von Anträgen eingegangen.

Einen Entschließungsantrag der kommunistischen Fraktion hat der Aeltestenrat als nicht zur Zuständigkeit des Hauses gehörig betrachtet. Er ist also nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden und wird auch nicht darauf gesetzt werden.

Eine Reihe neuer Anträge ist zwischenzeitlich eingelaufen. Die Anträge werden, soweit es notwendig ist, den zuständigen Sachausschüssen überwiesen. Eine Reihe von Anträgen sind lediglich Abänderungsanträge zu den Anträgen der verschiedenen Sachausschüsse. Sie werden mit diesen Punkten behandelt. Ich bitte die einzelnen Fraktionen, selbst darauf Obacht zu geben, daß ihre Abänderungsanträge bei den betreffenden Positionen behandelt werden.

Ich mache dann darauf aufmerksam, daß die Geschäftsordnung in § 16 Absatz 3 den ausdrücklichen Hinweis enthält, daß Gegenstände der Tagesordnung,

zu denen nach Ablauf einer Stunde nach Beginn der Sitzung keine Wortmeldung vorliegt, außer der Reihe zur Beschlußfassung gestellt werden können.

Der Ältestenrat hat sich soeben mit der Geschäftslage, insbesondere damit befaßt, wie die Punkte der Tagesordnung zweckmäßig zu gemeinschaftlicher Beratung und Entscheidung zusammengefaßt werden können. Gleichzeitig hat er auf Grund der Geschäftsordnung auch einen Vorschlag über die Längstdauer der Reden gemacht. Darf ich nun bitten, die Tagesordnung zu der heutigen Plenarsitzung zur Hand zu nehmen und sich selbst zu notieren, wie die einzelnen Punkte zusammengefaßt werden sollen und welche Redezeit dazu vorgeschlagen wird? Sie werden dann über diese Redezeit abzustimmen haben. Der Vorschlag des Ältestenrates kann nur dann in Kraft treten, wenn drei Viertel der Mitgliederzahl des Hauses damit einverstanden sind.

Punkt 2 wird für sich behandelt, Redezeit: 10 Minuten. Also für jede Fraktion Höchstredezeit 10 Minuten, beileibe nicht unbedingt auszunutzen! (Seiterkeit.)

Punkt 3 für sich allein	5 Minuten,
zusammengefaßt 4—6	10 "
7 und 8 zusammen	10 "
9—11	5 "
12 und 13, zusammengefaßt mit den Änderungsanträgen der Wirtschafts-	10 "
partei	10 "
14—19 und 21 zusammengefaßt	10 "
20 für sich	5 "
22 für sich	5 "
23—25	5 "
26	5 "
27—32	10 "
33—51	25 "
52—56	15 "
57—63	20 "
64	5 "
65—69	10 "
70	5 "
71	5 "
72	5 "
73—89	25 "
90—93	10 "

Sie haben diese Vorschläge gehört. Ich bitte die Mitglieder des Hauses, die sich diesen Vorschlägen des Ältestenrates anschließen, sich zu erheben. Das ist zweifellos die notwendige Dreiviertel-Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Bevor wir in die Verhandlungen eintreten, gebe ich dem Herrn Abgeordneten Terhoven das Wort zu einer Erklärung.

Abgeordneter Terhoven: In Ergänzung der Erklärung unseres Fraktionskollegen Dr. Ley in der letzten Plenarsitzung stellen wir noch einmal fest, daß der Ausschluß unserer Parteigenossen Saake und Ley auf dem Wege über eine offensichtlich völlig einseitige Handhabung der Geschäftsführung erfolgt ist.

Wir Nationalsozialisten denken nicht daran, zuzulassen, daß auch im hiesigen Parlament der Versuch gemacht wird, unsere Tätigkeit durch brutale und einseitige Handhabung der Geschäftsführung lahmzulegen. Für diese unsere Tätigkeit fühlen wir uns

weder diesem Hause noch seinem Präsidenten, sondern ausschließlich unseren Wählern bzw. der rheinischen Bevölkerung gegenüber verantwortlich. Sollten wir Veranlassung haben, auch weiterhin die gleiche Art der Geschäftsführung feststellen zu müssen, so werden wir unsere Weiterarbeit in diesem Hause, dessen Lebensdauer zweifellos sowieso nur noch eine sehr befristete sein wird, einstellen. (Lachen. Zuruf des Abgeordneten Pflard: Das dritte Reich!) — Sie glauben ja selbst daran. — und die gewonnene Zeit dazu benutzen, im deutschen Volk die Aufklärungstätigkeit über den neudeutschen Parlamentarismus und seine Segnungen noch intensiver zu gestalten. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Im Zusammenhang damit habe ich mitzuteilen, daß die ausgeschlossenen Abgeordneten Dr. Ley und Saake gemäß § 28 Absatz 2 der Geschäftsordnung sich an den Ältestenrat gewandt haben, um diese Ausschlußverfügung zu mildern oder aufzuheben. (Seiterkeit.) Der Ältestenrat hat daraufhin nach eingehender Erörterung folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Ältestenrat billigt ausdrücklich die Maßnahmen des Vorsitzenden und lehnt es ab, die gegen die Abgeordneten Dr. Ley und Saake verfügte Ausschlußstrafe von 6 bzw. 3 Tagen zu mildern oder aufzuheben.“ (Beifall.)

Dieser Beschluß des Ältestenrates ist den betreffenden Herren Abgeordneten durch Einschreibebrief mitgeteilt worden.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Punkt 2: Antrag des Geschäftsausschusses, betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Provinziallandtages.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dechamps.

Abgeordneter Dr. Dechamps: Meine Damen und Herren! In jedem Parlament ist es üblich, Anträge, mit denen das Parlament sich nicht befassen will, durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Das ist ein Ausschluß der Souveränität des Parlaments, und es war auch bisher schon bei uns möglich, denn im § 11 Absatz 3 der Geschäftsordnung heißt es: „Ueber die geschäftliche Behandlung der Vorlagen der Staatsregierung und sonstiger Vorlagen des Provinzialausschusses bestimmt der Provinziallandtag.“ Der Provinziallandtag hatte also bisher schon die Möglichkeit, über jeden Antrag so zu bestimmen, wie er wollte. Um aber absolut klarzustellen, in welcher Weise der Uebergang zur Tagesordnung sich vollziehen sollte, und um insbesondere unnütze Geschäftsordnungsdebatten auszuschließen, die etwa kommen könnten, wenn ein solcher Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt würde, hat sich der Ältestenrat und danach auch der Geschäftsausschuß mit der Frage befaßt, ob es nicht zweckmäßig sei, unsere Geschäftsordnung zu ergänzen.

Der Geschäftsausschuß beehrt sich, Ihnen folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Der Provinziallandtag wolle die Geschäftsordnung für den Provinziallandtag der Rheinprovinz wie folgt ändern:

Sinter § 17 wird folgender neuer Paragraph eingefügt:

§ 17 a.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung kann jederzeit bis zur Abstimmung gestellt werden und bedarf keiner Unterstützung. Wird ihm widersprochen, so ist vor der Abstimmung ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag zu hören, § 21 Absatz 2 findet entsprechende Anwendung."

Dieser § 21 Absatz 2 besagt, daß nur zu der Frage selbst, also zu der Frage des Uebergangs zur Tagesordnung, gesprochen werden kann und nicht die sachliche Debatte eröffnet werden darf. Er besagt ferner, daß nur fünf Minuten Redezeit gegeben sind.

„Wird der Antrag abgelehnt, so darf er im Laufe derselben Beratung nicht wiederholt werden. Ueber Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung ist vor anderen Abänderungsanträgen abzustimmen.“

Ich darf dabei als Auffassung des Geschäftsordnungsausschusses feststellen, daß jeder Antrag zunächst entweder einem Sachausschuß überwiesen oder auf die Tagesordnung gesetzt wird. Wird er auf die Tagesordnung gesetzt, so kann jederzeit der Uebergang zur Tagesordnung beantragt werden, und zwar sowohl vor Beginn der Debatte wie, nachdem die Debatte bereits eingeleitet ist.

In einem Absatz 2 bitten wir dann noch zu sagen:

„Ueber Vorlagen und Anträge der Staatsregierung, des Provinzialausschusses und der Ausschüsse des Provinziallandtages darf nicht zur Tagesordnung übergangen werden.“

Neben dieser an und für sich wortwörtlich der Geschäftsordnung des Deutschen Reichstages entsprechenden Regelung — es handelt sich hier nicht um irgend etwas Neues — bitten wir noch eine zweite Aenderung vorzunehmen.

In § 27 Absatz 1 war eine etwas merkwürdige Regelung insofern getroffen, als der Präsident im allgemeinen ohne weiteres das Recht hat, zur Ordnung zu rufen, unter Umständen sogar auszuschließen, daß aber, wenn ein Mitglied als Redner sich irgendwelche Unordnungen zuschulden kommen läßt oder wenn es nicht zur Sache spricht, der Vorsitzende lediglich beantragen kann, daß ihm das Wort entzogen werde. Es kann nur der Provinziallandtag beschließen und der Vorsitzende nur beantragen. Das ist natürlich eine Unstimmigkeit. Wenn dem Vorsitzenden das Recht gegeben ist, die Nichtredner zur Ordnung zu rufen und eventuell auszuweisen, so muß ihm auch das Recht gegeben werden, dem Redner das Wort zu entziehen und ihn gegebenenfalls auszuweisen.

Wir bitten Sie, die Ihnen in Drucksache 120 unterbreiteten Anträge anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Diese neue Verschärfung der Geschäftsordnung, die hier vorgelegt wird, ist ein Ausdruck der Tatsache, daß die heute herrschende Klasse, soweit sie sich noch des bürgerlichen Parlamentarismus bedient, um ihre Interessen gegenüber der werktätigen Bevölkerung, der Arbeiter- und Bauernschaft durchzusetzen, immer mehr zu der Notwendigkeit gezwungen wird, diesen bürgerlichen Parlamentarismus abzubauen. Sie tut das in Etappen. Je schärfer der Druck der werktätigen Bevölkerung und ihrer Vertreter in den Parlamenten wird, desto rücksichtsloser werden die

Interessen der Arbeiteropposition, die in diesem Parlament sowohl wie in allen Reichs- und Landesparlamenten nur durch die Kommunistische Partei vertreten werden, abgedrosselt. Dieser Zweck soll auch durch den vorliegenden Antrag erreicht werden. Es ist kein Zufall, daß in den vorbereitenden Ausschüssen es ausgerechnet der Vertreter der SPD-Fraktion, Herr Görlinger, war, der Jarres den Vorschlag machte, seine Anregung sofort dadurch in die Tat umzusetzen, daß ein Ergänzungsparagraph in die Geschäftsordnung des Provinziallandtags aufgenommen werde. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Diese Anregung entspricht dem ganzen Verhalten der Sozialdemokratischen Partei im Reichsmaßstab: Sie spielt überall die Rolle des Schildhalters des Faschismus; sie ist überall diejenige, die dem rücksichtslosesten und brutalsten Terror gegen die Arbeiterklasse erst den Weg bereitet und dafür sorgt, daß die Gegenspieler von der anderen Seite, die Nazi-Faschisten, den Weg freibekommen für den Arbeitermord. Hier möchte man in diesem Paragraphen durch die neue Bestimmung auch dafür sorgen, daß die Arbeiterfraktion nicht mehr die Möglichkeit bekommt, die Forderungen der werktätigen Bevölkerung und der Bauernschaft des Rheinlandes in ihren Entschließungsanträgen zu formulieren. Das wird bereits durch die Tatsache bewiesen, daß Jarres eben hier erklärte, der von der kommunistischen Fraktion eingereichte Entschließungsantrag zur Lage der werktätigen Bevölkerung, der Bauernschaft und der Winzerschaft im Rheinlande werde überhaupt nicht zur Tagesordnung gestellt. Man kann verstehen, daß die Herren Angst haben, die Schichten, die heute noch hinter dem Zentrum und den anderen bürgerlichen Parteien stehen, könnten vielleicht daran erkennen, daß sie bisher den verkehrten Weg gegangen sind. Aber diese Strangulierungsmaßnahmen werden uns nicht davon abhalten, draußen in den Massen der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land dafür zu sorgen, daß dieses Parlament als das gekennzeichnet wird, was es ist: ein Instrument der rücksichtslosen Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung des Rheinlandes.

In diesem Sinne fassen wir die neuen Ergänzungsanträge auf. Wir erklären, daß wir sie auf das schärfste ablehnen werden. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Simon.

Abgeordneter Simon: Der Berichterstatter prägte eben das Wort von der Souveränität des Landtages. Es ist ihm dabei eine Verwechslung unterlaufen. Er hätte nämlich von der Souveränität der Parteien sprechen müssen, die diesen Landtag zu einer Stätte ihrer Diktatur machen wollen. Die souveränen Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den bürgerlichen Patrioten, die diese Dinge mitmachen, sind wieder einmal dabei, hier genau dieselbe Methode anzuwenden, die sie bereits im Reichstage verfolgt haben, wobei sie allerdings nachher durch den Auszug der nationalen Opposition selbst zu Schaden kamen. (Abgeordneter Gerlach: So?) Weil Sie, meine Herren — das gilt vor allen Dingen für Ihre Sozialdemokratische Partei —, nicht in der Lage gewesen sind, die Souveränität der deutschen Nation gegenüber dem Auslande aufrecht

zu erhalten (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ohne Sie ginge es viel besser!), deshalb wollen Sie im Inlande wenigstens so eine Art Souveränität künstlich hochzüchten. Wir geben Ihnen den Ratschlag (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Von Ihnen brauchen wir keinen Ratschlag!), wir geben den souveränen Herren von den souveränen Parteien und auch dem souveränen Herrn Präsidenten den Ratschlag, den Antrag noch viel schärfer zu fassen. Man sollte ruhig beantragen: Oppositionelle Parteien dürfen künftig überhaupt keine Anträge einbringen, und wenn sie es wagen, trotzdem einen einzubringen, dann soll man sie dafür für immer aus dem Landtage überhaupt ausschließen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das kommt im Dritten Reich!)

Wir geben Ihnen weiter den Rat, dem § 27 Absatz 1 folgende Fassung zu geben: Oppositionelle Abgeordnete haben im Provinziallandtag den Mund zu halten. Sofern sie es wagen, sich zum Wort zu melden, werden sie für immer ausgeschlossen. (Zuruf: Das überlassen wir Ihnen im Dritten Reich! Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie wollen wohl Herrn Hitler den Weg bereiten!)

Nun noch ein Wort zu den Herren von der Kommunistischen Partei, die gegen die Souveränität dieses Landtages protestieren wollen. Sie, meine Herren Kommunisten, haben gar keinen Anlaß, hier von Vergewaltigung zu reden. (Hört, hört!) Wer selber für die Diktatur einer Klasse kämpft und andere unterdrücken will, soll sich nicht wundern, wenn ihm genau dasselbe passiert. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Und Ihr, seid Ihr für Demokratie?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu den beiden Herren Vorrednern ist meine Fraktion der Auffassung, daß die straffere Handhabung der Geschäfte durch den Herrn Vorsitzenden im Interesse der Würde des Parlaments zu begrüßen ist. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Sie sind doch ein sehr würdiger Vertreter dieses Parlaments!)

Nichtsdestoweniger vermögen wir dem ersten Antrage, dem § 17 einen § 17a hinzuzufügen, unsere Zustimmung nicht zu erteilen. Wir halten es nicht für erträglich, daß ein Antrag, der die Klippe in der Frage der Zuständigkeit des Parlaments, über die der Ältestenausschuß entscheidet, bereits glücklich passiert hat, nachher, ehe der Antragsteller das Wort erhalten hat, kurzerhand dadurch abgewürgt werden kann, daß irgendjemand den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung stellt. Ich meine, daß die Gepflogenheiten des Parlamentarismus es erfordern, daß man bei einem Antrag, wenn er überhaupt zulässig ist, auch die Begründung durch den Antragsteller zuläßt. Wenn dann das Parlament der Auffassung ist, daß er kurzerhand durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden soll, so kann ja so beschlossen werden.

Die Sachungskommission war nicht geneigt, auf eine derartige Milderung einzugehen. Infolgedessen sind wir nicht in der Lage, dem ersten Antrage zuzustimmen. Dagegen vermögen wir dem zweiten Antrage unsere Zustimmung zu geben, denn wir halten es für durchaus gerechtfertigt, daß der Vorsitzende, der nach einem anderen Paragraphen der Geschäftsordnung außer-

ordentliche Vollmachten bereits hat, die den Ausschluß eines Mitgliedes für sechs Sitzungstage zur Folge haben können, auch berechtigt sein soll, einem Redner das Wort zu entziehen, wenn er es für richtig hält.

Wir beantragen getrennte Abstimmung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Es wird getrennt abgestimmt, zunächst zu § 17a.

Wer für den Antrag des Geschäftsausschusses ist, einen neuen § 17a in der von dem Berichterstatter erwähnten Fassung in die Geschäftsordnung einzufügen, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ich bitte dann diejenigen, die den § 27 Absatz 1, wie von dem Herrn Berichterstatter vorgetragen, abändern wollen, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen. Die Vorlage ist angenommen.

Wir kommen zu

Punkt 3: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1929 bis 31. März 1930.

Vorgeschlagen wird vom Sachausschuß I, den Bericht durch Kenntnisaufnahme für erledigt zu erklären.

Dazu wird das Wort nicht gewünscht. Ich stelle die Annahme dieses Vorschlages fest.

Wir kommen zu folgenden vereinigten Punkten:

Punkt 4, Punkt 5 und Punkt 6.

Wenn Sie damit einverstanden sind, so möchte ich für mich und meine Herren Stellvertreter um die Erlaubnis bitten, nicht immer alle Gegenstände der Tagesordnung verlesen zu müssen, sondern einfach die Nummern der Tagesordnung aufzurufen. — Damit sind Sie einverstanden.

Zu 4 und 6 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen und Herren! Bei Punkt 4 beantrage ich unveränderte Annahme.

Bei Punkt 5 beantrage ich, der Provinziallandtag wolle den Antrag unter a) unverändert annehmen, unter b) ablehnen.

Wenn ich annehmen darf, daß Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind, so komme ich zu Punkt 6.

Ich möchte mir erlauben, einige Worte an Sie zu richten. Die Tätigkeit der Landesbank wird bei allen, die sie zu beobachten Gelegenheit haben, und bei allen denen, die mit der Landesbank zu arbeiten haben, als eine vollgültige anerkannt. Wie schwierig sie in der gegenwärtigen Zeit ist, braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden. Der Hauptfaktor, der bei der Tätigkeit der Landesbank in die Erscheinung tritt, ist, die notwendige Vorsicht bei allen Geschäften, die sie zu unternehmen hat, walten zu lassen. Die gegenwärtigen Zeiten haben bisher eine Milderung gegen die Vorjahre kaum erfahren. Von der Landesbank der Rheinprovinz hängt nicht nur stark das materielle Wohl der Rheinprovinz ab, sondern auch die Beurteilung, die allgemein der Tätigkeit der Landesbank zuteil wird, ist eine sehr scharfe. Darüber müssen wir uns klar sein, daß die finanziellen Verhältnisse im Deutschen Reich sich noch

nicht sehr wesentlich zum Bessern geändert haben. (Zuruf: Sie werden noch viel schlimmer!) Die Schwierigkeiten, die bei der Geldbeschaffung vorhanden sind und vorläufig vorhanden bleiben, sind sehr groß. Daß die Landesbank in der Beziehung in weitestgehendem Maße den Kommunen zu Hilfe kommt, können wir nur freudig begrüßen. Wir müssen auch hoffen, daß sie namentlich bei der Umschuldung der Kommunen weiter ihre guten Dienste leisten wird. Indessen darf von der Tätigkeit der Landesbank nicht zuviel erwartet werden. Ihr Kredit hängt im Inlande und im Auslande hauptsächlich davon ab, daß sie die Vorsicht, die sie bisher hat walten lassen, auch in Zukunft beobachtet. Es wird fortwährend von der Möglichkeit gesprochen, kurzfristige Kredite hereinzunehmen, namentlich auch aus dem Auslande. Die Schwierigkeit ist hier außerordentlich groß und vielleicht viel größer, als sie im allgemeinen beurteilt wird. Sie hängt eng zusammen mit den politischen Strömungen, die zu häufig die betreffenden Länder veranlassen, Einschränkungen gegenüber der Kreditgewährung stattfinden zu lassen, die uns in den ersten Jahren nach der Inflation außerordentlich geholfen haben, die aber jetzt außerordentlich erschwert sind durch die Restriktionen, die von den verschiedensten Ländern, um nicht zu sagen: von allen Ländern, beobachtet wird. In der Beziehung muß die Landesbank fortwährend auch darauf gerüstet sein, in Mark die Kredite unterbringen zu können, die bisher durch ihre Vermittlung vom Auslande hereingebracht worden sind.

Ich möchte der Zuversicht Ausdruck geben, daß die Landesbank wie bisher ihre Aufgabe im Interesse der Provinz und im Interesse der Kommunen voll und ganz erfüllen möge. Das Vertrauen aber, das der Landesbank dafür im In- und Auslande entgegengebracht werden muß, verpflichtet uns, auch bei der Geschäftsgebarung der Landesbank Rücksichten zu nehmen. Die Anerkennung, der ich hierdurch Ausdruck geben will, ist hoffentlich in Ihrer aller Namen geschehen. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Lehr.

Abgeordneter Dr. Lehr: Ich möchte im Namen der Arbeitsgemeinschaft an dieser Stelle nochmals den Grundgedanken betonen, den ich bereits in der Staatsrede ausgeführt hatte.

Wir stimmen der Kapitalerhöhung der Landesbank zu, weil uns die Provinzialverwaltung erklärt hat, daß durch die erhöhte Kapitalbeteiligung der Provinzialverwaltung der Anleihemarkt nicht in Anspruch genommen werden soll. Wir erwarten, daß dieses Entgegenkommen, das die Landesbank der Provinzialverwaltung zeigt, auch auf die zweite Gruppe der stillen Teilhaber, die Sparkassen, ausgedehnt wird, sofern sie darauf im einzelnen Anspruch erheben. Es ist für uns wichtig, festzustellen, daß durch die Erhöhung des Kapitalbedarfs in keiner Weise die vornehmste Pflicht der Landesbank angetastet wird, die kommunale Umschuldungsaktion mit allen bereitstehenden Mitteln zu fördern, und daß auch die übrigen lebenswichtigen Aufgaben, in erster Linie die Mittelstands- und Hypothekarkredite, durch diese Erhöhung des Kapitals bei Landesbank und Sparkassen nicht beeinträchtigt wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Knust.

Abgeordneter Dr. Knust: Der ordentliche und der außerordentliche Haushalt stehen auch in diesem Jahre wieder unter dem Zeichen der notwendigen Sparsamkeit.

Im außerordentlichen Haushalt sind für den Straßenbau vorgesehen 5,9 Millionen. Zu diesen 5,9 Millionen kommen noch gewisse Ausgaben gemäß Drucksache 3, so daß einschl. der Gelder, die für das RWG. vorgesehen sind, dort 7,3 Millionen im Anleihewege zu beschaffen, beantragt wird.

Zu diesen 7,3 Millionen Anleihe kommen die 10,9 Millionen, die für die Landesbank in dem Beschlußvorschlag des Provinzialausschusses, Drucksache 4, Ziffer 1c, vorgesehen sind.

Run hat vorgestern der Herr Landeshauptmann ausgeführt, das Gewicht der Landesbank und ihre Kreditfähigkeit beruhe weniger auf der Höhe des Kapitals, als auf dem Garantieverhältnis zwischen Provinzialverband und Landesbank. Demnach ist also eigentlich nach den eigenen Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns die Erhöhung des Kapitals nicht von so fundamentaler Bedeutung, daß in dem Zeichen der Sparsamkeit, unter dem wir uns heute befinden, der Provinzialverband eine Anleihe aufnehmen müßte, um sich an einer solchen Kapitalerhöhung der Landesbank zu beteiligen.

Wir sind der Meinung, daß, wenn Abstriche vom Etat gemacht werden sollten, sie so vorgenommen werden müssen, daß diejenigen Ausgaben, die nicht unbedingt erforderlich sind, zuerst getroffen werden.

Gelingt es, den außerordentlichen Haushalt mit seinen 18,1 bzw. 18,2 Millionen durchzubringen und demgemäß die produktiven Ausgaben des außerordentlichen Haushalts mit 7,3 Millionen ebenfalls zur Ausnahme zu bringen, dann würden wir uns dazu verstehen, die 10,9 Millionen zu bewilligen, die für die Landesbank vorgesehen sind. Ist das aber nicht möglich — müssen also am außerordentlichen Haushalt Abstriche gemacht werden —, so sind wir der Ansicht, daß diese Abstriche in erster Linie gemacht werden sollen an der Anleihe für Kapitalerhöhung der Landesbank, weil letztere nach den Ausführungen der Provinzialverwaltung dieser Kapitalerhöhung in diesem Umfange nicht bedarf.

Wir beantragen daher, dem Antrage des Provinzialausschusses auf Aufnahme eine Anleihe von 10,8 Millionen zum Zwecke der Erhöhung des Kapitals der Landesbank nur dann zuzustimmen, wenn der Gesamtbetrag der für den außerordentlichen Haushalt aufzunehmenden Anleihe in Höhe von 18,1 Millionen bewilligt wird, und zwar zu den Zwecken, wie sie der Vorschlag der Verwaltung zu dem außerordentlichen Haushalt im einzelnen vorsieht. Sollte eine Schmälerung eintreten, so beantragen wir hierdurch, die notwendigen Abstriche an den 10,9 Millionen zu machen, die für die Landesbank vorgesehen sind.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Sorion: Wenn ich in meiner Staatsrede auf die überwiegende Bedeutung hingewiesen habe, die die Garantiestellung des Provinzialverbandes für den Kredit der Landesbank hat,

so soll das natürlich nicht bedeuten, daß nicht für den Kredit der Landesbank auch ihre Reserven und die Einlagen von großer Wichtigkeit sind, die von den Sparkassen und vom Provinzialverbande gemacht worden sind. Auch diese müssen immer in einem gewissen Verhältnis zu der Bilanzsumme der Landesbank gehalten werden. Daher der jetzige Vorschlag, daß der Provinzialverband sich mit weiteren 10 Millionen an den Einlagen beteiligt. In welchem Verhältnis die Notwendigkeit der Bewilligung dieser 10 Millionen zu den sonstigen Forderungen des außerordentlichen Haushaltsplanes steht, ist von vornherein schwer zu sagen. Infolgedessen bitte ich, die Entscheidung darüber dem Provinzialausschuß zu überlassen und nicht eine Bindung hier vorzunehmen. Dementsprechend bitte ich, den Antrag der Wirtschaftspartei abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Siekmeier.

Abgeordneter Siekmeier: Wir von der nationalsozialistischen Fraktion sind schon der Ansicht, daß der Gesamtetat, der diesem Hause vorgelegt wird, ein Etat der Bankrotteure ist. Denn wenn ein Geschäft seine Ausgaben nicht mehr aufbringen kann, pumpt es, und in diesem Haushalt wird uns vorgeschlagen, 18 Millionen für die Rheinprovinz zu pumpen. Das wird von Jahr zu Jahr schlimmer. Es ist eine bedeutende Erhöhung gegenüber dem Anleihebedarf des vergangenen Jahres eingetreten, und im nächsten Jahre — das steht fest — wird der Anleihebedarf der Rheinprovinz noch viel größer sein, denn dieses Geschäft wird sich nicht mehr erholen. Es ist jetzt so, daß, wenn die Provinzialverwaltung noch leben will und ihren nicht auf die Bedürfnisse des Volkes eingestellten Geschäftsgang bestreiten will, sie sich nur davon noch erhalten kann, daß sie Gelder nimmt, die anderswo nötig sind.

So lehnen wir insbesondere die Aufnahme einer Anleihe für die Landesbank ab. Wenn im I. Fachauschuß gestern erklärt wurde, daß diese Anleihe aus eigenen Mitteln bestritten werden sollte, so können diese eigenen Mittel nur dadurch aufgewandt werden, daß sie dem allgemeinen Bedarf entzogen werden. Die Sparkassen und die Bevölkerung im Lande haben es dringend notwendig, daß alle Mittel, die der Landesbank zur Verfügung stehen, für Kredite im Lande aufgewandt werden und nicht zur Aufnahme einer neuen Anleihe (Lachen).

Insbepondere aber bemängeln wir, daß ein Disagio von 9 Prozent vorgesehen ist. Daraus geht klar hervor, daß hier wieder ein Geschäft für den Geldmann winkt. Es war ja auch ganz klar, daß Herr Geheimrat Hagen vorhin diese Anleihe in ausgezeichnete Weise für sich verteidigt hat.

Stimmen Sie ruhig zu, denn dieses System wird doch zugrunde gehen, weil das Volk sich eine solche Ausbeutung nicht mehr gefallen lassen wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wird getrennte Abstimmung beantragt? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag des Fachauschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu den Punkten 7 und 8.

Zu Punkt 7 sind Berichterstatter für den I. Fachauschuß die Herren Abgeordneten Vielhaber und Maus, für den IV. Fachauschuß ist Berichterstatterin Frau Abgeordnete Blumberg, zu Punkt 8 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Vielhaber.

Ich darf den Berichterstatter, Herrn Vielhaber, bitten.

Abgeordneter Vielhaber: Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um den Ihnen bekannten Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über die Förderung des Kleinwohnungsbaues, Drucksache 2. Dazu sind zwei Anträge gestellt, darunter einer von der Zentrumsfraktion, der dahin geht:

- „Provinzialausschuß und Verwaltungsrat der Landesbank sollen in eine erneute Prüfung eintreten, ob
- a) eine Herabsetzung der Zinssätze für ein- und zweistellige Hypotheken für den Kleinwohnungsbau und eine Herabsetzung des Auszahlungskurses allgemein üblich ist, oder ob
 - b) die Bereitstellung eines besonderen Fonds möglich ist, aus dem Hypotheken zu ermäßigten Zinssätzen zur Errichtung von Wohnungen für Minderbemittelte gegeben werden können, oder ob
 - c) die Bereitstellung eines Betrages zur Zinsverbilligung entsprechend den Richtlinien für den Kleinwohnungsbau möglich ist.“

Außerdem liegt ein Änderungsantrag der Wirtschaftspartei vor, der dahin geht, aus dem Antrage des Provinzialausschusses zur Drucksache Nr. 8 auf Seite 9, Ziffer 4, das Wort „gemeinnützigen“ zu streichen und im übrigen die Ziffer 4 dahin zu modifizieren, daß die 10 Millionen RM, die für Zwischentredite und erststellige Hypotheken vorgesehen sind, nicht nur für Neubauten, sondern zu einem Drittel für Zwecke der Wiederherstellung und des Umbaues des Althausbesitzes aufgewendet werden können.

Der Fachauschuß I empfiehlt Ihnen, den Vorschlag des Provinzialausschusses anzunehmen und diese beiden Änderungsanträge der Zentrumsfraktion und der Wirtschaftspartei dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der zweite Berichterstatter, Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Ich kann auf das Wort verzichten. Ich schließe mich den Worten des Herrn Berichterstatters Vielhaber an.

Vorsitzender Dr. Jarres: Als Berichterstatterin des IV. Fachauschusses hat Frau Blumberg das Wort.

Abgeordnete Frau Blumberg: Der IV. Fachauschuß hat den Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über die Förderung des Kleinwohnungsbaues ohne Debatte angenommen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Punkt 8 ist wiederum Berichterstatter Herr Abgeordneter Vielhaber.

Abgeordneter Vielhaber: Bei Punkt 8 handelt es sich um die Frage der Landesplanung. Was diesen Punkt betrifft, so empfiehlt Ihnen der Fachauschuß I, den Antrag des Provinzialausschusses anzunehmen.

Er hat mich aber gleichzeitig beauftragt, hier zum Ausdruck zu bringen, daß ein Nebeneinanderarbeiten auf dem Gebiete der Landesplanung unbedingt vermieden werden muß. Es handelt sich hier in erster Linie um eine Aufgabe der Selbstverwaltung der

Provinz. Das Vorgehen der Provinz auf diesem Gebiete sowie die Gründung der Landesplanung der Rheinprovinz wird daher ausdrücklich begrüßt.

Vorsitzender Dr. Jarres: In der Aussprache hat zunächst das Wort Herr Abgeordneter Bed.

Abgeordneter Bed: Eine finanzielle Unterstützung des Kleinwohnungsbaues, wird der Antrag der Zentrumsfraktion genannt. Wir stellen hier als kommunistische Fraktion fest, daß bei näherer Durchsicht dieser Antrag der Zentrumsfraktion nichts als leere Worte enthält. Man treibt hier dasselbe Spiel, wie man es auch in Reich und Ländern gewöhnt ist. „Bewährlicher Weise“, „die Landesverwaltung mag prüfen“ usw., das sind die immer wiederkehrenden Worte, die man in fast allen Anträgen der Zentrumsfraktion findet, Worte, die bekanntlich nichts kosten. Der Antrag der Zentrumsfraktion verpflichtet zu nichts. Er verschafft jenen Millionen Proletariern, die heute in Wohnhöhlen haufen, keine Wohnungen. Wie die Kasse um den heißen Brei geht er um die grundsätzliche Frage herum. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn Sie glauben, daß Sie nach wie vor mit dem gleichen Spiel die christlichen Arbeiter bei sich behalten können, so werden Sie sich täuschen. Breite Kreise aus Ihren Schichten, die Ihnen bisher noch Gefolgschaft geleistet haben, erkennen bereits, daß gerade die Zentrumsfraktion in Verbindung mit den übrigen kapitalistischen Parteien es ist, die mit allen Methoden den Wohnungsbau droffelt. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Und die SPD!) Jawohl, auch die SPD. Hermann Müller war ja derjenige, der Gelder der Arbeiter, Gelder aus der Hauszinssteuer für Panzerkreuzer verwendet hat, Gelder, die die Arbeiter angeblich für Neubauten zur Beseitigung der Wohnungsnot aufbringen sollten.

Selbst die Wirtschaftspartei ist gezwungen, in ihrem Zusatzantrage festzustellen, daß „Neubauwohnungen in erheblichem Umfange leerstehen“ und auch die für sie aufzubringenden Mieten für einen großen Teil der Bevölkerung nicht mehr tragbar sind. Das ist ebenfalls nichts anderes als eine billige Geste. Die Wirtschaftspartei denkt ebensowenig wie Zentrum und Sozialdemokratie in Kommunen und Kreisen daran, die Wohnungsnot zu beseitigen. Sie sind es, die alle unsere Anträge zu Fall brachten, die wir bisher in den Kommunalparlamenten gestellt haben und die darauf hinielten, Wohnungen zu errichten, für die auch der Arbeiter die Miete aufbringen kann, Wohnungen, für die nicht mehr als 6 bis 8 RM pro Zimmer gezahlt werden braucht. (Lachen bei der Wirtschaftspartei.) Wenn Sie heute feststellen, daß Hunderte von Wohnungen leerstehen, so wissen wir auch, was Sie damit bezwecken. Sie wollen mit derartigen Anträgen erreichen, daß endlich das Zwangsmietengesetz beseitigt wird. Sie drängen danach, endlich einmal diese letzte Schranke, die ja faktisch nur noch auf dem Papier steht, zu beseitigen.

Wenn Sie hier in dem Bericht, den die Landesbank uns vorlegt, von „Förderung des Kleinwohnungsbaues“ sprechen, so sagen wir und mit uns die Millionen, die heute ohne Wohnung dastehen, die heute in Kellerlöchern und Wohnhöhlen haufen, die man nicht einem Stück Vieh anbietet würde: Damit gestehen Sie Ihren eigenen Bankrott ein. Sie haben heute

Mittel übrig für alle möglichen anderen Dinge, nur nicht für die „Förderung“ des Kleinwohnungsbaues.

Das Zentrum gibt ja dauernd vor, die Partei zu sein, die, ohne zu fragen, ob arm oder reich, einen Ausgleich schaffen will. Dabei ist das Zentrum die Hauptstütze dieser Brüning-Regierung, und die Sozialdemokraten sind dabei die besten und billigsten Schildknappen dieser Zentrumsregierung. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.) Die Zentrumsregierung Brüning geht gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien dazu über und kürzt in diesem Jahr allein die Gelder für die Neubauten von 800 auf 400 Millionen. Man streicht noch einmal die Hälfte von dem, was vorher schon unzureichend war, nachdem man seit Jahren schon die Hälfte des Gesamtaufkommens an Hauszinssteuermitteln verwendet für Kriegsrüstungen, für die Zahlung der Beamtengehälter, für die Panzerwagen, die Sie auch in den letzten Tagen durch Düsseldorf geschickt haben, für die Gewehre, die an dem offenen Grabe unserer Genossen standen. Dafür haben Sie die Gelder, die wir für Wohnungsbauzwecke aufbringen müssen, verwandt. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Aber Sie denken nicht daran, wenigstens in etwa den Wohnungslosen und Wohnungsuchenden zu helfen. So stellen wir auch heute wieder eindeutig fest, daß die Wohnungsnot so lange bestehen wird, wie Sie noch die Macht in Händen haben. Die Wohnungsnot wird, ebenso wie die Erwerbslosigkeit, erst dann wirklich aus der Welt geschafft, wenn nicht mehr ein Herr Jarres hier als Präsident fungiert, sondern wenn die kommunistische Partei die rote Fahne auch über Deutschland aufgepflanzt hat, wenn wir, ebenso wie in Rußland, darangehen, gesunde, einwandfreie Wohnungen zu bauen. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Wie ist es denn in Moskau?) Sie rufen „Moskau“. Warum gehen Ihnen denn die besten Herren Architekten laufen? Sie gehen hinüber nach Rußland, sie brauchen dort, wie Baurat May von Frankfurt, nicht nur kleine Hütten zu bauen. Man gibt in Rußland nicht nur eine oder zwei Millionen aus, wie Sie es hier tun, sondern dort werden Mittel zur Verfügung gestellt, die wirklich die Wohnungsnot ganz beseitigen, die wirklich den Werktätigen einwandfreie, gesunde, lustige Wohnungen schaffen.

Trotz der Unzulänglichkeit der zur Verfügung stehenden Gelder müssen wir nach wie vor darauf bestehen, daß diese Mittel nicht für die Hausagravier Verwendung finden, sondern reiflos im Wohnungsbau in eigener Regie verwandt werden. Wir haben hierzu unsere Gründe. Tausende von Fällen könnten wir anführen, und unsere Freunde in den Kommunen haben es zur Genüge getan, wonach aus den Hauszinssteuermitteln, aus den Zuschüssen von Provinz und Reich und aus den anderen Geldern, die zu den Neubauten zugeschossen wurden, Wohnungen errichtet wurden, die nachher kein Arbeiter, nicht einmal ein kleiner Beamter bezahlen konnte, wie das selbst die Wirtschaftspartei in dem bereits angeführten Satz ihres Zusatzantrages zugeben mußte.

Es kommt hinzu, daß gerade in diesem Moment die Reichsregierung die Mittel, die sie bisher für die Zwecke des Wohnungsbaues zur Verfügung stellte, ebenfalls kürzt.

Zusammengefaßt möchte ich betonen, daß wir die Politik, die Sie hier betreiben wollen, die billige Geste, die die Zentrumsparlei und die Wirtschaftspartei in ihren Anträgen zum Ausdruck bringen, in aller Schärfe vor der Masse draußen brandmarken werden. Wir werden der Masse zeigen, daß Sie dadurch nur erneut den Versuch unternehmen, jenen, die Sie in die ungesunden Wohnungen hineingefest haben, Sand in die Augen zu streuen. (Glocke des Vorsitzenden.) Wir werden den christlichen Arbeitern aufzeigen, daß sie nur, wenn sie gemeinsam mit den Kommunisten kämpfen, auch zu gesunden, einwandfreien Wohnungen gelangen werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Saud.

Abgeordneter Saud: Herr Abgeordneter Beck hat sich bemüht gefühlt, insbesondere meine Parteigenossen in Reichs- und Landtag wegen ihrer Haltung zur Hauszinssteuer anzugreifen. Ich glaube, daß Herr Abgeordneter Beck über das, was gerade unsere Genossen im Landtag immer wieder beantragt haben, viel zu wenig unterrichtet ist. (Abgeordneter Renner lacht.) Herr Abgeordneter Renner, Sie sind auch nicht im Landtag. Dort ist von uns immer wieder beantragt worden, daß das Hauszinssteueraufkommen restlos für den Wohnungsbau verwendet werden soll. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Das hat mit dem Zentrumsantrage nicht das Mindeste zu tun. Es ist nichts wie Demagogie, wenn erklärt wird, die Müller-Regierung habe die Gelder des Hauszinssteueraufkommens für Panzerkreuzer verwendet. Ich glaube etwas Demagogisches ist noch nie behauptet worden, denn das wird nie bewiesen werden können. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Es kommt darauf an, was Ihr unter Demagogie versteht!)

Wenn Herr Abgeordneter Beck hier erklärte, die Wohnungsverhältnisse in Rußland seien vorbildlich, so weise ich nur darauf hin, daß viele Rückläufer aus Rußland gekommen sind und über die erschreckenden Wohnungsverhältnisse in Rußland Klage geführt haben. (Abgeordneter Marx: Sehr richtig!) Sie wohnten in Rußland in miserablen Baracken, die in einem Zustande waren, wie wir ihn in Deutschland überhaupt nicht kennen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Was bezahlen Sie für derartige Berichte? Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Es ist ja schön, daß jetzt einmal anständige Wohnungen dort entstehen!) Die Wohnungsnot in Rußland ist derart groß, daß Kinder und Frauen auf offener Straße nächtigen müssen — Verhältnisse, wie wir sie glücklicherweise in dem Umfange in Deutschland ganz gewiß nicht zu verzeichnen haben. Wenn Herr Abgeordneter Beck die Stirn besitzt, hier zu erklären, daß von Deutschland sich die Architekten nach Rußland drängen, um dort den Wohnungsbau aufzuziehen, so zeugt das lediglich von mangelnder eigener Initiative in Rußland. Uebrigens sind die deutschen Bauuräte und Architekten nicht von selbst nach Rußland gegangen, sondern sie sind durch höchste Angebote dazu angehalten worden, nach Rußland zu kommen, durch Angebote, die die deutschen Gehaltsverhältnisse bei weitem übersteigen, die Sie an dieser Stelle immer und immer wieder geißeln.

Dem Stadtbaurat May in Frankfurt haben Sie 100 000 RM als Gehalt angeboten. Das zeugt doch davon, daß Sie auf deutsche Hilfe angewiesen sind, um in Rußland Wohnungsbau betreiben zu können. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Aber es wird gebaut; das ist die Hauptsache!) Die russischen Zustände als vorbildlich hinzustellen, ist denn doch wohl nicht angängig.

Nun aber etwas anderes. Wir als Sozialdemokraten können für uns in Anspruch nehmen, daß, solange Müller an der Regierung gewesen ist, die Mittel für den Wohnungsbau in außerordentlich reichem Maße flossen (Zuruf links: Es gehört doch eine Stirn dazu, das zu sagen!), daß die 40 Millionen aus den Zollerträgen restlos der invalidenversicherten Bevölkerung für den Wohnungsbau zugewiesen wurden. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Ebenso wurden den Landesversicherungsanstalten die Ueberschüsse aus den Einkommensteuererträgen überwiesen, die heute auch leider gestrichen sind. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Mit Ihrer Zustimmung!) Ausgehend von dieser Tatsache möchten wir nur darauf hinweisen, daß es Aufgabe aller übrigen Instanzen sein muß, nunmehr helfend einzugreifen; denn gerade die Mittel, die aus der Landesversicherungsanstalt flossen, können zum Teil nicht mehr bereitgestellt werden, weil infolge der außerordentlichen Arbeitslosigkeit in der Landesversicherungsanstalt kein genügendes Aufkommen mehr vorhanden ist. Es fehlen hier insbesondere die Millionen, die aus Zollerwerbungen herrührten, so daß wir im Jahre 1928 noch sagen konnten, daß allein hier in der Rheinprovinz 20 Millionen für den Wohnungsbau aus Mitteln der Landesversicherungsanstalt zu außerordentlich billigen Zinssätzen verwendet werden konnten. Damit konnte gebaut werden; damit war der Wohnungsbaumarkt belebt. Es ist aber, nachdem diese billigen Baumittel fehlen, der Mehrzahl der Bauwilligen und Wohnungsbedürftigen gar nicht mehr möglich, Bauten auszuführen, wenn die heute außerordentlich hohen Zinssätze der Landesbank bezahlt werden müssen. Das Bedauerliche liegt darin, daß ja auch nach dem Bericht die Landesbankmittel nur noch zu 8¼ Prozent gegeben werden können. Das ist ein Zinssatz, der im Hinblick darauf, daß die billigen Baumittel nicht mehr fließen, gar nicht tragbar ist. Während früher zwischen den hohen Landesbankmitteln und überhaupt den hohen Zinssätzen auf dem freien Kapitalmarkt ein Ausgleich mit den billigen Kapitalien erfolgen konnte, ist das heute leider nicht mehr in dem Umfange möglich, so daß die Bauten zwangsläufig unterbleiben müssen. Wir wissen, daß sehr viele Eigenheimbesitzer, die bisher gebaut haben und ihr Eigenheim mit Not und Mühe aufrechterhalten konnten, heute infolge der großen Arbeitslosigkeit nicht mehr in der Lage sind, ihr Eigentum zu halten, eben wegen der hohen Zinssätze, die auf ihnen lasten. Aus dem Grunde wäre zweifellos auch hier eine Hilfsaktion dringend notwendig, nicht nur aus Mitteln der Landesbank, sondern allgemein aus Mitteln der Provinz.

Ich wünsche aber insbesondere, daß hier Mittel der Landesbank flüssig gemacht werden, wie sie nach dem Bericht der Landesbank auch für die Landwirtschaft flüssig gemacht worden sind. Ich bin nicht mißgünstig darüber, daß den kleinen Landwirten diese

Silksaktion zuteil geworden ist, wonach ihnen im Jahre 1930 allein 229 346 RM zur Zinsverbilligung und bisher insgesamt rund 935 000 RM zur Verfügung gestellt wurden. Wir sind aber der Auffassung, daß, da doch die Hauptmittel der Landesbank aus städtischen Aufkommen herrühren, man auch hier der städtischen wohnungsnotleidenden Bevölkerung in etwa entgegenkommen muß, daß also auch ihnen eine ähnliche Zinsverbilligungsaktion zuteil wird, damit auch hier ein billiger Zinssatz für den Wohnungsbau an sich, oder als Zwischenkredite zur Verfügung gestellt werden kann, daß aber darüber hinaus auch in den Hypothekensäben ganz erhebliche Ermäßigungen eintreten mögen, damit eben auf Grund der besonderen Zinsverbilligungen der notleidenden Arbeiterschaft und überhaupt der notleidenden Bevölkerung geholfen werden möge.

Das ist unser Wunsch, und wenn wir in diesem Jahre den Antrag selbst nicht eingebracht haben, so deshalb, weil uns immer und immer wieder erklärt wurde, daß zur Zeit keine Mittel zur Verfügung sind. Das hindert aber nicht zu sagen, daß wir bisher bzw. unsere Vertreter, insbesondere in den zuständigen Kommissionen und Ausschüssen, ständig darauf hingewiesen haben, daß diese Verbilligung der Zinsen erfolgen möge. Wir haben aber auch insbesondere die Hoffnung, daß, sobald sich der Wirtschaftsmarkt hebt, die Landesbank bereit sein wird, über die bisherigen Mittel in Höhe von 5 Millionen hinaus auch weiterhin Mittel zum Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das ist unbedingt notwendig!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Knust.

Abgeordneter Dr. Knust: Meine Damen und Herren! Wir haben vorhin schon betont, daß wir uns für alle die Etatpositionen einsetzen werden, die eine Befruchtung der Wirtschaft herbeiführen. Aus diesem Grunde können wir uns auch grundsätzlich mit dem Beschlußvorschlag einverstanden erklären, den der Provinzialausschuß zu Drucksache 8 unterbreitet hat. Wir möchten allerdings bitten und haben einen diesbezüglichen Antrag gestellt, daß die Mittel, die dort vorgesehen sind, etwas anders verteilt werden, als der Beschlußvorschlag es vorsieht. Die Mittel von 10 Millionen RM, die dort für Zwischenkredite und erstfällige Hypotheken vorgesehen sind, sollen nämlich nur für Neubauwohnungen ausgegeben werden. Wir sind der Ansicht, daß heute dringender denn je auch etwas zur Renovierung und Instandsetzung der Altwohnungen und des Althausbesitzes getan werden muß. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß für Altwohnungen nur 60 Prozent dessen gezahlt werden muß, was die Inhaber von Neuwohnungen zahlen, und daß für diese von deren Bewohnern zwei Fünftel mehr angelegt werden muß, als wenn sie die gleiche Wohnung in einem Althause inne hätten.

Die Landesbank hat ja auch schon früher für Altbauten Mittel zur Verfügung gestellt, die allerdings erheblich geringer waren als diejenigen, die für Neubauwohnungen zur Verfügung standen. So sind in den Jahren 1924—30 von seiten der Landesbank insgesamt 200,4 Millionen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt worden. Für den Althausbesitz und seine Renovierung war aber in derselben Zeit nur ein

Betrag von 12,6 Millionen vorgesehen. Wir sind der Meinung, daß unter den heutigen Verhältnissen, wo Neubauten zu einem erheblichen Teile leerstehen und zu den Preisen, die auf Grund der Selbstkosten von den Besitzern dieser Neuhäuser verlangt werden müssen, diese nicht mehr abgesetzt werden können, etwas zur Angleichung der Nachfrage nach Neuwohnungen und Altwohnungen geschehen muß.

Unseres Erachtens ist das nur dadurch möglich, daß in stärkerem Maße als bisher der Ultraum renoviert wird. Wir beantragen deshalb, daß ein Drittel der 10 Millionen ausschließlich für diese Renovierungen und Umbauten zur Verfügung gestellt wird.

Noch ein Wort darüber, daß durch die Senkung der Baukosten, die inzwischen in ganz erheblichem Umfange eingetreten ist — nämlich in einem Umfange von 22 Prozent — (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das wird bestritten!), heute an sich schon dafür gesorgt ist, daß die Wohnungen, die jetzt neugebaut werden, wahrscheinlich in stärkerem Maße abgesetzt werden können, als die zu höheren Preisen erbauten.

Wir möchten daher auch dafür eintreten, daß die Mittel, die in letzter Zeit von der Landesbank für Bauzwecke im allgemeinen ausgeschüttet wurden und die von 31,13 Millionen im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1929 auf 12,6 Millionen im Jahre 1930 zurückgegangen sind, gerade deshalb, weil der erhebliche Abschlag der Baukosten in Höhe von 22 Prozent eingetreten ist, in dem Umfange des Durchschnitts der Jahre 1924 bis 1929 wieder zur Verfügung gestellt werden.

Wir möchten ausdrücklich betonen, daß der Abschlag der Löhne und Gehälter, der in der letzten Zeit ganz allgemein eingetreten ist, nur dann einen Zweck haben kann, wenn die Wirtschaft dadurch wirklich eine Ankurbelung erfährt. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Die wird sie nicht bekommen!)

Wir sind der Ansicht, daß, wenn nur ein Abschlag der Löhne und Gehälter eintritt, ohne daß erreicht werden kann, daß die Produktion dadurch einen Anstoß erfährt und infolgedessen mehr Arbeiter eingestellt werden können, das Mittel der Lohnsenkung allerdings zwecklos angewandt worden ist.

Deshalb richten wir das dringende Ersuchen an die Landesbank, nicht dazu überzugehen, die Mittel noch weiter zu verkürzen, sondern sie wieder auf den Stand zurückzubringen, wie sie in den Jahren 1924—1929 ausgeschüttet wurden. (Bravo! bei der Wirtschaftspartei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dörr.

Abgeordneter Dörr: Meine Damen und Herren! Es ist wirklich ein starkes Stück, und es gehört schon eine Portion Mut dazu, um keinen schärferen, unparlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, wenn Sie von der äußersten Linken sich hierhin stellen und der Zentrumsfraktion dieses Hauses den Vorwurf machen wollen, daß sie nichts für die Wohnungsnot tue. Meine Damen und Herren von der Linken, Sie haben schon in der vorigen Session dagegengestimmt, daß 300 000 RM zur Zinsverbilligung für Wohnungen kinderreicher Familien zur Verfügung gestellt wurden. Ich habe Ihnen damals gesagt, daß Sie von Ihrem politischen Standpunkte aus gesehen gar kein Interesse

daran haben können, diese Familien aus ihrem Wohnungssehd herauszuholen. (Hört, hört! links.) Deshalb kein Interesse daran haben können, weil Sie genau wissen, daß in dem Augenblick, wo wir diese Familien aus dem Elend herausholen, sie die politischen Beziehungen zu Ihnen aufgeben. (Sehr richtig! im Zentrum; Widerspruch und Lachen links.)

Es ist außerdem ein sehr starkes Stück, wenn man einer anderen Fraktion dieses Hauses den Vorwurf machen zu müssen glaubt, daß sie Anträge stelle, die nach der finanziellen Seite hin keine bestimmten Vorschläge enthalten. (Zuruf bei den Kommunisten: Die stehen gut auf dem Papier!) Ja, meine Damen und Herren von links, Sie haben im Laufe dieser Tage einen ganzen Paken Anträge gestellt, aber nicht in einem einzigen Falle den Weg gezeigt, wie wir diese Anträge finanziell in Ordnung bringen sollen. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Wenn Sie dann zum Schluß, Herr Kollege Renner, noch den ganzen Etat ablehnen, dann weiß ich nicht mehr, wo Ihre Konsequenz bleibt. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Es gibt einen sehr billigen Weg; so sieht er aus. Abgeordneter Renner macht die Bewegung des Luftknüpfens.)

Noch eins, Herr Kollege Renner. Sie geben doch an, besonders wenn Sie sich an die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft wenden, die Vertretung der arbeitenden Bevölkerung zu sein. Ich darf Ihnen sagen, daß unter den kinderreichen Familien, die in diesem Jahre die Zinszuschüsse bekommen haben, wieder 68 Prozent Arbeiterfamilien waren. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das ist sehr gut zu verstehen!) Die kinderreichen Familien der Rheinprovinz wissen sehr wohl, wo diejenigen sitzen, die für ihre Interessen eintreten. (Abgeordneter Renner: Ja, ja!)

Ich möchte übrigens in dem Zusammenhang der Provinzialverwaltung noch herzlichst dafür danken, daß es unter Berücksichtigung der Finanzlage der Provinz möglich gewesen ist, auch in diesem Jahre wieder 300 000 RM zur Verbilligung von Wohnungen kinderreicher Familien in den Etat einzusetzen. Ueber 2000 Familien haben auch in diesem Jahre wieder diese Zuschüsse bekommen. Wir, die wir draußen an Ort und Stelle die segensreiche Wirkung dieser Maßnahme sehen, wissen sehr wohl, um was es sich hier handelt, und freuen uns, daß es trotz der finanziellen Schwierigkeiten möglich war, diesen Posten wieder in den Etat einzusetzen. Der Sprecher meiner Fraktion, Herr Landrat Dr. Boden, hat bereits in seiner Etatsrede mit Nachdruck betont, daß wir auf dem Gebiete etwas gutzumachen haben, und wir bilden uns ein — als eine Partei, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht, und im Hinblick darauf, daß es sich hier um die Erhaltung der Familie handelt —, erst recht ein lebhaftes Interesse daran zu haben, wie bisher so auch in Zukunft dieser Frage die Beachtung zu schenken, die ihr im Zeitalter des katastrophalen Geburtenrückganges zukommt. (Heiterkeit links; Abgeordneter Renner: Ach, so!)

Ein Wort zu dem Antrag der Fraktion. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Baugewerbes ist allgemein bekannt; darüber brauche ich in diesem Zusammenhange nichts zu sagen. Es ist außerordentlich erfreulich, daß die Landesbank auf diesem Gebiete dadurch hilft, daß sie Gelder für den Wohnungsbau zur Verfügung stellt.

Aber die Sache kann doch nur dann praktischen Sinn haben, wenn die Zinssätze für die Hypotheken sich in einer Höhe bewegen, daß die Mieten für die Wohnungen draußen nun auch in ein Verhältnis gebracht werden, das dem Einkommen der breiten Massen entspricht. Da liegen die Dinge praktisch so, daß die Zinssätze der Landesbank — nicht allein dieser, sondern auch der städtischen und Kreisparassen — noch eine Höhe haben, die zweifellos wesentlich dazu beitragen muß, daß die Mieten zu hoch sind. Der Antrag will da nichts anderes, als daß nun Provinzialausschuß und Verwaltungsrat der Landesbank in eine ernsthafte Prüfung eintreten mögen — ich betone das Wort ernstlich mit allem Nachdruck, denn wir haben derartige Anträge im Laufe der Jahre wiederholt gehabt —, inwieweit es möglich ist, entweder das eine oder das andere dessen zu tun, was hier in dem Antrag zum Ausdruck gebracht ist.

Es war mir außerordentlich interessant, vor einigen Monaten im Heimatdienst einen Artikel des gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten Luthers zu lesen, worin er ebenfalls auf diese Zusammenhänge hinwies und auch zum Ausdruck brachte, daß die hohen Zinssätze der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute heute volkswirtschaftlich jedenfalls nicht mehr tragbar seien. Deshalb will der Antrag nichts anderes, als an die zuständigen und verantwortlichen Stellen die Bitte und dringende Mahnung richten, in Erwägung zu ziehen, inwieweit hier eine Milderung im Interesse des Kleinwohnungsbaues Platz greifen kann, den wir doch alle gerade in der jetzigen Zeit so außerordentlich dringend fördern wollen. Die Zentrumsfraktion dieses Hauses wird auf dem beschrittenen Wege weiter fahren zum Segen unseres gesamten Volkes. (Bravo! beim Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Terboven.

Abgeordneter Terboven: Meine Damen und Herren! Ich habe kein rechtes Verständnis für die Entrüstung, mit der der Redner der Zentrumsfraktion sich gegen die Linke wendet, gegen die Linke, die dem Zentrum hier vorwirft, eine Politik der Heuchelei im Kleinwohnungsbau zu betreiben.

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Der Vorwurf ist nicht erhoben worden; ich würde ihn sonst gerügt haben.

Abgeordneter Terboven (fortfahrend): Der Vorwurf ist sinngemäß erhoben worden; also schiebe ich das Wort sinngemäß ein, ich nehme an, daß das stimmt. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Unsinnsgemäß!) Es wäre doch richtiger gewesen, wenn dabei nicht der Sammelausdruck „links“ gebraucht worden wäre, sondern wenn der Zentrumsvertreter gesagt hätte: die Herren von der Sozialdemokratie und die Kommunisten; denn dann wäre eines endlich auch hier klar geworden: daß Sie (zu den Kommunisten) doch genau so Schuld haben an den heutigen Zuständen wie die Herren von der Sozialdemokratie. Wenn Sie hier den Kleinwohnungsbau behandeln, so können Sie doch diese Frage nicht einfach aus dem gesamten riesenhaften wirtschaftlichen Zusammenbruch herausheben und behaupten: Diesen Kleinwohnungsbau können wir fördern, obschon die gesamte wirtschaftliche Lage eine rückgängige Konjunktur zeigt! Sie sind gemeinsam

mit den Herren von der Linken, gegen die Sie sich eben glaubten verteidigen zu müssen, dafür verantwortlich, daß, wenn hier überhaupt noch irgendwo Not gelindert wird, man die Mittel zu dieser Linderung irgendwo anders fortnehmen muß, so daß man wieder neue Notquellen aufmacht. (Abgeordneter Simon: Sehr richtig!) Stellen Sie doch auch Ihrerseits endlich fest, was der Landeshauptmann in seiner Rede so klar zum Ausdruck gebracht hat. Er nennt es: „Wir haben uns alle geirrt!“ Es ist ja heute in der Regierungspolitik überhaupt Mode geworden, dem deutschen Volke, das man 10 Jahre lang belogen hat, freimütig zu erklären: Ja, wir haben uns geirrt! (Zuruf des Abgeordneten Simon: Herr Präsident, das kommt Ihnen wohl lächerlich vor?) Aber nicht einmal jetzt wagt man, den Irrtum einzugestehen und zu sagen: „Wir haben Euch 10 Jahre lang erzählt, Ihr müßt Anleihe- und Tributpolitik treiben; das war unser Irrtum“, oder dem deutschen Volke die Wahrheit zu gestehen und zu sagen: „Wenn wir diese Politik der Tribute und der Anleihen weitertreiben, sind wir nicht in der Lage, auch nur die geringsten Fürsorgemaßnahmen zu treffen.“ Darum ist der Vorwurf — nicht der Heuchelei, das ist ja unparlamentarisch —, aber der sinngemäße Vorwurf der Linken, daß das nur Sand in die Augen der Wählerschaft bedeutet und daß es gar nicht ernst gemeint ist, was hier von der Zentrums-Partei vorgebracht wird, durchaus berechtigt. Nur sind die Herren Marxisten nicht diejenigen, die das Recht haben, den Vorwurf zu erheben, weil sie ja selbst zu 100 Prozent mit in dieser unsinnigen Gebarung drinstecken. (Zuruf links: Das ist Erfindung!) Ihr müßt lauter schreien, wenn ich Euch verstehen soll.

Wenn der sozialdemokratische Redner sich im Rahmen dieser Besprechung gegen den Kommunisten wandte, die Zustände in Sowjetrußland aufzeigte und meinte, unter der Regierung Müller wäre es doch besser gewesen, denn sie hätte doch sehr viel getan, so kann ich nur eines sagen: über die Verhältnisse in Rußland mögen sich die Herren Marxisten untereinander prüfeln, aber daß wir heute noch kein Sowjet-Deutschland haben, das ist weiß Gott kein Verdienst der Sozialdemokratie (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Euer Verdienst!); die hätte alles dazu getan, sondern das ist ausschließliches Verdienst des gefunden Sinnes im deutschen Volke, das bestialisch-asiatische Kulturschandmethoden ablehnt. (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Die hat Herr Ley mit nach Hause genommen.) Daran werden Sie sich gewöhnen müssen. Auch Sie, die Sie sich heute Sozialdemokratie schimpfen, hatten ja einmal in Rußland Ihren Vorgänger, und das Erbe dieses Vorgängers hat heute Herr Stalin angetreten. Stände das deutsche Volk auf dem niedrigen Niveau, auf dem das russische steht, dann wäre Ihre Erbschaft durch die Herren dahinten (zu den Kommunisten gewandt) längst angetreten worden. (Abgeordneter Simon: Sehr richtig! Zuruf des Abgeordneten Renner: Arroganter Junge! Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter Renner, ich rufe Sie zur Ordnung!) Wenn man also zu diesen Fragen wirklich ehrlich Stellung nehmen will, dann muß man an die Grundlagen unseres wirtschaftlichen Niederganges herangehen, und wir erklären: Solange man die rein negative Feststellung, daß man sich in den letzten Jahren in der

politischen und wirtschaftlichen Gebarung geirrt hat, nicht in eine positive umwandelt, solange man nicht feststellt, daß endlich einmal Schluß gemacht werden muß mit dem Tributwahnsinn und der Anleihepolitik — daß, solange das nicht erfolgt, das Geschwätz über derartige Punkte wirklich nichts ist als leergedroschenes Stroh.

Wir Nationalsozialisten stellen fest, daß sich im Rahmen dieses Systems, das sich auch jetzt gar nicht gewillt zeigt, eine grundlegende Aenderung vorzunehmen, eine tatsächliche fürsorgliche Kleinwohnungsbauarbeit nicht durchführen läßt. Wir kennen das System, einmal die Landwirtschaft zu pressen und der städtischen Bevölkerung etwas Luft zu lassen und dann auf Kosten der städtischen Bevölkerung der Landwirtschaft etwas mehr Luft zu lassen. Sie haben jetzt an sich keine wirtschaftliche Möglichkeiten mehr, wirkliche soziale Fürsorge zu betreiben. Infolgedessen lehnen wir den Antrag des Zentrums ab, weil wir uns nicht mitschuldig machen wollen an einem derartigen Sand-in-die-Augen-Streuen. Wir glauben nicht daran, daß das Zentrum wirklich gewillt ist, in dem vorgeschlagenen Sinne zu arbeiten, weil es gemeinsam mit der Sozialdemokratie die hauptverantwortliche Partei dafür ist, daß das wirtschaftliche Elend es uns heute nicht ermöglicht, die ausgeplünderten und ausgebeuteten Massen in einigermaßen anständige Lebensverhältnisse hineinzubringen. (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Die waren Eure ideologischen Vorgänger!) Wer sind denn unsere ideologischen Vorgänger? (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Wilhelm der Letzte usw.!) Wenn Sie schon Zwischenrufe machen, müssen sie einen Sinn haben. — Wir stellen also fest, daß wir den Zentrumsantrag nicht etwa deshalb ablehnen, weil wir nicht gewillt sind, auch im Rahmen des heutigen Systems noch herauszuholen, was herauszuholen ist, sondern wir lehnen ihn ab, weil wir der Ueberzeugung sind und das dokumentieren wollen, daß mit dieser ständigen Einbringung von Anträgen, die ja auch im vorigen Jahre hier vorgelegen haben, nicht nur nichts geschaffen wird, sondern im Gegenteil die Bewohnererschaft des Rheinlandes nur noch weiter über die bestehenden Zustände hinweggetäuscht werden soll.

Vorsitzender Dr. Farres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich schlage vor, daß wir zunächst über die Vorlagen auf Drucksache Nr. 8, 113 und 119 abstimmen. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. und IV. Sachausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Dann komme ich zu Punkt 8 und bitte diejenigen, die für unveränderte Annahme im Sinne des Vorschlages des Sachausschusses sind, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit. Die beiden Punkte sind erledigt.

Wir hätten nun die Punkte 9 bis einschließ-lich 11 zu behandeln. Berichterstatter zu allen drei Punkten ist Herr Abgeordneter Eberle.

Abgeordneter Eberle: Meine Damen und Herren! Gegen die vorliegenden Haushaltspläne der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt sowohl wie der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt sind im Ausschuß keine Einwendungen erhoben worden; es wird Ihnen unveränderte Annahme vorgeschlagen.

Zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt sind in Verbindung damit zwei Anträge eingegangen, die der Beratung im I. Sachausschuß unterstanden haben: der Antrag 43 der SPD. und der Antrag 45 des Zentrums. Beide Anträge zielen darauf hin, daß das bisherige Verhältnis der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt zu den Bürgermeistern, die mit den Geschäften der Feuerversicherung in ihren Gemeinden betraut gewesen sind, einer Milderung unterzogen werden soll. Die Anträge gehen letzten Endes auch darauf hinaus, daß nicht jetzt schon hier im Provinziallandtag eine endgültige Entscheidung getroffen werden soll, sondern daß die Angelegenheit vom Verwaltungsrat der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt geprüft und, wie der I. Sachausschuß ausdrücklich beschlossen hat, mit der Maßgabe berücksichtigt werden soll, daß dem nächsten Provinziallandtag über das Veranlaßte Bericht zu erstatten ist. Sie sehen also, daß dem Verwaltungsrat der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt doch in einer ziemlich deutlichen Weise eine bestimmte Aufgabe zugewiesen worden ist, über deren praktische Durchführung dann im nächsten Provinziallandtag berichtet werden muß.

Die Verhältnisse bei der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt — darauf möchte ich doch mit einigen Worten eingehen — die ja weit später als die Feuerversicherung von der Provinz gegründet worden ist, haben sich im Laufe der Jahre in einer Weise entwickelt, wie man es bei der Gründung der Anstalt wohl kaum vorausgesehen haben wird. Dazu einige Zahlen. Im Jahre 1924 betrug die Zahl der Versicherungsfälle 2033, im Jahre 1930 dagegen schon 27 586. Die Einnahmen, die aus Beiträgen erzielt wurden, betrugen 1924 437 748 RM und im Jahre 1930 rund 4 Millionen. Es ist aber, wie mir der Herr Generaldirektor mitgeteilt hat, dabei zu beachten, daß diese Entwicklung in der Hauptsache auch darauf zurückzuführen ist, daß in stärkerem Maße auch die Kleinversicherung bei der Lebensversicherung der Provinz in Anspruch genommen worden ist. Das ist an sich jedenfalls zu begrüßen.

Diese Entwicklung der Lebensversicherungsanstalt sowohl wie die Entwicklung, die die Provinzial-Feuerversicherung im Laufe der Jahre genommen hat, ist eng verbunden mit dem Namen des Mannes, für den jetzt die Zeit gekommen ist, von der Leitung dieser beiden großen Anstalten zu scheiden. Es wird einem berufeneren Munde vorbehalten bleiben müssen, die Arbeiten, die von Herrn Generaldirektor Adams im Laufe langer Jahre der Provinz geleistet worden sind, zu würdigen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit des Hauses.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Renner.

Abgeordneter Renner: Meine Damen und Herren! Entgegen dem Antrage des I. Sachausschusses lehnen wir Kommunisten die Kapitel 72 und 77 des ordentlichen Haushaltes für 1931 ab.

Gestatten Sie mir noch einige Worte zu dem Antrage der SPD., in dem eine Milderung des § 4 der Satzung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt gefordert wird. Diesen Dingen liegt folgendes zugrunde: Nach einer Kabinettsordre, wie man gestern im Ausschuß sagte, aus Anno Tobat, besteht mit den Bürger-

meistern und Oberbürgermeistern die Regelung, daß sie von den Feuerversicherungsabschlüssen, die im Gebiet ihrer Kommune getätigt werden und von den laufenden Prämien einen Betrag von 6 Prozent erhalten. Diese Gelder gehen nun bei einem Teil der Bürgermeister und Oberbürgermeister in die Stadtkasse, bei einem anderen Teil sind sie pensionsberechtigter Anteil des Gehalts der betreffenden Herren, wieder bei einem anderen Teil gehen sie ohne jede Kontrolle durch die Stadtverwaltung in die Tasche der betreffenden Bürgermeister und Oberbürgermeister. In der heutigen Notzeit scheint es unerträglich, daß mittels dieser Bestimmung des § 4 der Versicherungsordnung gewissen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern noch Nebeneinnahmen zugeschanzt werden, die nicht kontrolliert werden können, namentlich wenn man die bisher schon unerträglich hohen Gehälter der Herren berücksichtigt.

In der Praxis hat sich nun noch folgendes herausgestellt: In den Städten — ich denke z. B. an Essen —, die in den letzten Monaten oder Jahren eine Eingemeindung erlebt haben, besteht folgender Zustand: In einem Teil der eingemeindeten Orte bekommen die Bürgermeister, die heute zum Teil herumlaufen, ohne etwas zu tun, die zum Teil als Beigeordnete übernommen worden sind, auf Grund des § 4 nach wie vor die 6 Prozent. Der Herr Oberbürgermeister der Stadt Essen führt, wenn das wahr ist, was er öffentlich festgestellt hat, — ich habe in diesem Falle keinen Anlaß, das zu bezweifeln — diese 6 Prozent an die Stadtkasse ab. Trotzdem aber trat in Essen vor kurzem folgender Fall in die Erscheinung: Ein Zentrumstadtdirektor, er mußte im Verlaufe dieser Affäre sein Amt als Stadtdirektor auf laien Druck der Fraktion liquidieren, der den an sich sehr anständigen Beruf eines Lebensmittelhändlers ausübte, hat in der Stadt Essen, für die auch dieser Vertrag mit der Feuerversicherungsanstalt besteht, aus den Abschlüssen, die die Stadtverwaltung Essen mit der Feuerversicherungsanstalt getätigt hat, die Prozente bezogen. Es ist also nicht so gewesen, daß die Stadtkasse selbst den Vorteil eingesteckt hat, sondern man hat diesem am Abschluß der Versicherung völlig unbeteiligten Zentrumsmann den Anteil zugeschnitten. Daß dieser Herr — nebenbei bemerkt — aus seiner Funktion als Stadtdirektor allerhand Nebenverdienst bezogen hat, daß er z. B. vom Del, vom Straßenbahnmateriale bis zum Klopptuch alles Mögliche geliefert hat, nur keine Lebensmittel, das sei nur nebenher festgestellt.

Deshalb sind wir der Auffassung, daß der Beschluß des Ausschusses nicht ausreicht. Es ist unerhört, daß man dem Provinziallandtag zumutet, bis zum nächsten Jahre zu warten, ob der Verwaltungsrat der Anstalt in dieser Frage etwas Grundlegendes zu tun gedenkt. Wir sind der Meinung, daß in diesem Punkte unverzüglich Remedur geschaffen werden muß, und stellen deshalb den Antrag, daß dem Provinziallandtag eine Aufstellung vorgelegt wird, aus der zu ersehen ist, wieviel jeder einzelne Bürgermeister oder Oberbürgermeister der Rheinprovinz gemäß den Bestimmungen des § 4 der Satzung jährlich bezieht. Darüber hinaus fordern wir, daß in dieser Sitzung bereits dem heutigen Zustande durch Ablehnung des § 4 ein Ende gemacht wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Steinbüchel.

Abgeordneter Steinbüchel: Meine Damen und Herren! Es ist im allgemeinen nicht üblich, daß Parteien Anträge einer anderen Partei begründen. Trotzdem will ich darauf noch mit einigen Worten zurückkommen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Sie haben ihn ja im Ausschuß zurückgezogen!) Der Antrag ist nicht zurückgezogen worden. (Erneuter Zuruf des Abgeordneten Renner.) Herr Renner, Sie müssen sich das Statut ansehen, dann werden Sie finden, daß es nur durch den Provinziallandtag abgeändert werden kann. Es ist also nach Maßgabe der Bestimmungen unmöglich, das Statut etwa schon in der jetzigen Sitzungsperiode abzuändern; denn der Verwaltungsrat muß das Statut erst umarbeiten, und dann kann der Provinziallandtag dazu Stellung nehmen.

Im übrigen möchte ich dazu folgendes sagen: Schon seit vielen Jahren — kurz nach dem Kriege — sind mehrfach Versuche gemacht worden, diese vollkommen überlebten Bestimmungen, nach denen 6 Prozent der Einnahmen an die Gemeinden gehen, abzuändern. Mehr und mehr haben sich aber Schwierigkeiten ergeben, und heute sieht wohl auch die Verwaltung ein, sowohl die Provinzialverwaltung als die Generaldirektion der Feuerversicherung, daß diese Bestimmungen nicht mehr haltbar sind und unbedingt abgeändert werden müssen.

Die Einnahme aus der Mobiliarversicherung der Feuerversicherungsanstalt beträgt ungefähr 8 Millionen RM. Ziehen Sie davon die 6 Prozent ab, so werden Sie finden, daß insgesamt 480 000 RM für nichts und wieder nichts den Gemeindefassen — teilweise den Klassen, teilweise den Bürgermeistern persönlich — übergeben werden. Wir sind der festen Überzeugung, daß hier unbedingt gespart werden kann. Der Betrag kann auf 4 Prozent, eventuell auf noch weniger ermäßigt werden. Besonders wäre dann die Feuerversicherungsprämie weiter zu ermäßigen. Wir halten das für durchaus richtig; denn die Prämien, selbst wenn sie in der letzten Zeit ermäßigt worden sind, können noch weiter ermäßigt werden. Das liegt ganz im Sinne eines Preisabbaues, eines Abbaues der Steuern, Gebühren usw.

Hinzu kommt noch folgendes: Das Statut der Feuerversicherungsanstalt enthält die Bestimmung, daß die umstrittenen 6 Prozent nicht der Gemeindefasse abgeliefert werden, sondern daß sie an den Bürgermeister persönlich gehen. Auf Grund der Bestimmungen wird sogar verlangt, daß nur die Quittung des Bürgermeisters für die Generaldirektion Gültigkeit hat. Nun ist aber folgendes dazu zu bemerken: Im Jahre 1863 etwa ist die Bestimmung vielleicht noch einigermaßen vertretbar gewesen, da sie eingeführt wurde, weil nur kleine Gemeinden vorhanden waren und der Bürgermeister sich persönlich um diese Dinge kümmerte. In dem Maße aber, wie die industrielle Entwicklung fortschritt, wurden diese Arbeiten von der Verwaltung übernommen; der Bürgermeister schied dabei vollkommen aus. Dieser Zustand hat sich nun jahrzehntelang bis heute durchgeschleppt, und die Gebühren werden nach wie vor an den Bürgermeister abgeführt. Diejenigen Bürger-

meister, die anständig sind, führen den Betrag freiwillig an die Gemeindefasse ab und sagen: „Gelder, die bei mir eingehen, auf die ich aber keinen Anspruch habe, weil ich keine Arbeit leiste, gebe ich der Kasse, die es verdient, nämlich der Gemeindefasse.“ Das wird in kleineren, mittleren und großen Gemeinden in den meisten Fällen gemacht. Es gibt aber auch große Gemeinden, wo es sich um Summen von 5-, 6-, 7-, 8000 RM handelt; mir ist sogar in einem Falle die Summe von 15—17 000 RM genannt worden, wo der betreffende Oberbürgermeister die Gelder nach wie vor für sich in Anspruch nimmt.

Meine Damen und Herren! Diese Zustände sind tatsächlich vollkommen veraltet und können in keiner Weise mehr aufrecht erhalten werden. Hinzu kommt ja die Tatsache, daß in großen Gemeinden die Gemeindeverwaltung überhaupt nicht mehr an der Einziehung oder Bearbeitung der Anträge beteiligt ist, daß vielmehr in großen Städten wie Essen, Köln, Düsseldorf besondere Bezirksvertretungen bestehen, welche die büromäßige Bearbeitung all dieser Anträge durchführen, so daß die Gemeindeverwaltung von den Abschlüssen auch nicht das geringste erfährt. Hier ist also ein doppelter Grund vorhanden, das Statut in dem Sinne abzuändern, daß, soweit überhaupt noch die Rechtfertigung besteht, Gebühren zu zahlen, diese Gebühren nicht persönlich, sondern an die Gemeindefassen abzuführen sind. Eine Ausnahme, und darüber ist schon gesprochen worden, könnte vielleicht in den allerkleinsten Gemeinden, sagen wir in der Eifel oder ähnlichen Gegenden gemacht werden, wo der Bürgermeister wirklich noch die Funktion eines Agenten hat. Im übrigen aber ist das Statut überholt, und wir bitten dringend, uns in der nächsten Session eine Abänderung vorzulegen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Sietmeier.

Abgeordneter Sietmeier: Meine Damen und Herren! Es ist ein ungeheurer und unhaltbarer Zustand, daß den Herren Bürgermeistern und Oberbürgermeistern im Bezirk der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt Beträge nachgeworfen werden, die nach den Auskünften im gestrigen Sachauschuß bis zu 16 000 RM im Jahre betragen. Bedenken Sie: eine solche Nebeneinnahme können Leute erhalten, die ungeheuerer Gehälter beziehen. Einem Arbeitslosen dagegen, der Beträge von kaum mehr als 10 RM bezieht, wird schon ein Betrag, der wenige Mark erreicht, auf seine Unterstützung angerechnet. Wir haben außerdem den Eindruck, daß diese Entlohnung, die die Herren Bürgermeister und Oberbürgermeister erhalten, keine Entlohnung für geleistete Arbeit, zum mindesten nicht für geleistete Überarbeit ist, wie es doch aus der Nebeneinnahme begründet werden müßte.

Wenn gesagt wird, daß diese Beträge vielerorts in das Gehalt der Kommunalleiter eingerechnet und sogar pensionsberechtigt wären, so liegt darin ja noch eine viel größere Ungerechtigkeit, denn damit steht ja eindeutig fest, daß auch dann, wenn sicherlich nicht mehr für die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt gearbeitet wird, den betreffenden Herren noch Beträge aus der Versicherungsanstalt zufließen. Es ist doch wirklich nicht so, daß die Gehälter der Herren Kommunalleiter derartig bemessen sind, daß sie dieser Nebeneinnahme noch bedürfen.

Wir sind aber der Ansicht, daß die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt den Gebieten, aus denen sie ihre Versicherungsnehmer herbekommt, auch Anteil an ihrem Gewinn geben soll, und darum stellen wir den Antrag, daß der Provinziallandtag beschließen möge, daß die bisher den Bürgermeistern zugeflossenen 6 Prozent in Zukunft den Gemeinden als Einnahmen zufließen sollen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Ausschusses zu den laufenden Nr. 9 bis 11 der Tagesordnung entsprechen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 12 und 13. Bericht-erstattet ist Herr Dr. Hartmann.

Abgeordneter Dr. H a r t m a n n : Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mich der Wahl zuwende, darf ich wohl Ihrer Zustimmung gewiß sein, wenn ich dem scheidenden, verdienstvollen Generaldirektor der Feuerzozietät herzliche Abschiedsworte widme. (Zustimmung.)

Fast vier Jahrzehnte hat Herr Adams in Treue und Hingabe und mit großem Erfolge in den verschiedensten Ressorts der Provinzialverwaltung gedient. Schon im Jahre 1907 wurde er dank seiner Tüchtigkeit und seiner besonderen Befähigung für organisatorische Fragen als Stellvertreter des Herrn Landeshauptmanns berufen. Die Erwartungen, die der Provinziallandtag an seine Wahl zum Generaldirektor der Feuerversicherungsanstalt im Jahre 1918 geknüpft hat, sind voll und ganz in Erfüllung gegangen. Unter seiner zielbewußten und geschäftskundigen Leitung hat die Feuerversicherungsanstalt trotz der schwierigen, oft krisenhaften Zeiten einen glänzenden Aufschwung genommen. Das beweisen einige Zahlen, vor allen Dingen die Steigerung der Versicherungssumme von 8,8 Milliarden auf 14,8 Milliarden während seiner Amtszeit; und vielleicht noch treffender das Wachsen der Zahl der Versicherten von 753 000 auf 913 000.

Der Dank, den das Hohe Haus ihm schuldet, wird um so herzlicher sein, als wir alle ein großes Vertrauen, große Wertschätzung und Sympathie nicht nur dem Generaldirektor, sondern auch dem Menschen Adams entgegengebracht haben. (Beifall.) Deshalb darf ich wohl mit dem herzlichen Dank auch gute Wünsche verbinden. Ich hoffe, daß dem hohen Hause die Mitarbeit des Scheidenden noch lange erhalten bleibt, daß ihm aber persönlich vor allem ein recht langes und freudvolles otium cum dignitate beschieden ist. (Lebhaftes Bravo!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich jetzt zu dem Vorschlage für die Wiederbesetzung der Stelle komme, so darf ich voraussagen, daß der Ausschuß Ihnen mit Mehrheit vorschlägt, dem Vorschlage sowohl des Verwaltungsrates der Feuerversicherungsanstalt als auch des Provinzialausschusses beizutreten und den Herrn Ersten Landesrat Müller zum Generaldirektor der Feuerversicherungsanstalt zu wählen. Ich darf bemerken, daß Herr Landesrat Müller uns allen schon ein alter guter Bekannter ist. Er hat schon seit dem Jahre 1904 der Provinzialverwaltung an den verschiedensten Stellen große Dienste geleistet, und im Jahre 1918 wurde er durch das Hohe

Haus zum Stellvertreter des Herrn Landeshauptmanns bestellt. Ich bin gewiß, daß Herr Landesrat Müller, so, wie er auf seinem bisherigen Posten seinen Mann gestanden hat, das auch auf dem neuen Posten tun wird. Nicht allein die Erfahrungen, die wir mit Herrn Adams gemacht haben, ermutigen dazu, seinen würdigen Nachfolger in der Stellvertretung des Herrn Landeshauptmanns zu bestellen, sondern die Mehrheit des Ausschusses war auch der Auffassung, daß Herr Landesrat Müller alle erforderlichen Qualitäten — wie Weitblick, Klugheit, Tatkraft, und vor allem Verständnis für geschäftliche Dinge besitzt, so daß man ihm die Leitung dieses großen, finanziell und wirtschaftlich bedeutenden Unternehmens der Provinz anvertrauen darf.

Wenn in den verschiedenen Denkschriften, die uns hier vorliegen, und auch in den Anträgen der Wunsch zum Ausdruck kommt, doch einen Fachmann zu wählen, so haben wir die Freude, in Herrn Landesrat Müller einen solchen technisch vorgebildeten Mann zu finden. Er hat nicht nur Versicherungswesen studiert, sondern auch die Prüfung, die die anderen zu der Bezeichnung als Fachleute berechtigt, abgelegt, und zwar mit dem Prädikat „Eins“. Außerdem ist Herr Landesrat Müller in den Jahren 1918—1924 Justiziar der Feuerversicherung und Lebensversicherung gewesen und hat ständig an den Sitzungen dieser Anstalten teilgenommen, so daß man wohl sagen kann, daß ihm neben der technischen Ausbildung auch genügend praktische Erfahrungen zur Seite stehen. Aus diesem Grunde ist auch von einer Ausschreibung der Stelle abgesehen worden, und es wird der Vorschlag gemacht, von dieser Ausschreibung überhaupt abzusehen. Bei Herrn Müller wissen wir, was wir haben, was wir aber bei einer Ausschreibung bekommen würden, ist immerhin fraglich. (Sehr richtig! in der Mitte.) Ferner spricht gegen eine Ausschreibung auch die Ersparnis, die indirekt durch die Berufung des Herrn Müller eintreten wird. Die Stelle des Herrn Müller wird durch einen der Herren Landesräte ersetzt werden, dessen Stelle dann aber vakant bleibt, so daß diese Stelle tatsächlich nicht wieder zur Besetzung kommt.

Diese Gründe haben auch den I. Sachausschuß überzeugt, daß von einer Ausschreibung der Stelle abgesehen werden möchte.

Die Gehaltsbezüge, die Herrn Landesrat Müller zustehen würden, sind dieselben, wie sie bisher der scheidende Herr Landesrat Adams erhalten hat, nämlich 26 000 RM und Dienstwohnung. Der Ausschuß hat gegenüber der Bemänglung dieses Gehalts darauf hingewiesen, daß, wenn eine allgemeine Reduktion der Beamtengehälter eintritt, selbstverständlich auch dieses Gehalt gekürzt werden soll, daß er aber kein Verständnis dafür aufbringen kann, an einer Stelle ohne jeden Grund eine besondere Kürzung vorzunehmen. Ich darf Sie deshalb zum Schlusse bitten, dem Vorschlage des I. Sachausschusses zuzustimmen, in der Hoffnung, daß es dem Neugewählten möglich sein wird, diese Anstalt auch weiterhin so zu führen, wie es bisher der Fall war, und daß die Anstalt unter seiner Leitung einer weiteren glänzenden Entwicklung entgegengehen möge. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat Herr Abgeordneter Krämer.

Abgeordneter Krämer: Wenn wir als kommunistische Fraktion zu Drucksache 6 und 7 Stellung nehmen, so muß ich etwas vorausschicken. Seit Beginn der Tagung haben wir feststellen können, daß man dauernd in allen Sachausschüssen und auch hier das Motto brauchte: „Sparen, sparen und nochmals sparen“. Gerade die Arbeitsgemeinschaft, zu der der Berichterstatter Oberbürgermeister Dr. Hartmann gehört, hat doch im Sachausschuß I einen Antrag eingebracht, wonach nicht mehr ausgegeben werden soll, als Einnahmen vorhanden sind, und heute bringt sie es hier fertig, dafür zu plädieren, daß man Beamte mit solchen Riesengehältern anstellt.

Ich habe dazu noch folgendes zu sagen. Das Zentrum spricht ja so viel von der notleidenden Landwirtschaft, von den Winzern usw.; die Sozialdemokratie tut dasselbe, und wenn auf der anderen Seite von der kommunistischen Fraktion praktische Anträge eingereicht werden, so versteht man es ausgezeichnet, sie abzuwürgen, nur um dadurch bei den Positionen, wo Sie ihre Herrschaften sitzen haben, die hohen Gehälter bewilligen zu können.

Sehen Sie sich doch nur einmal die Not draußen an, die doch in der breiten Masse schon so weit gestiegen ist, daß die Kinder dazu übergehen müssen, rohe Kartoffelschalen zu essen. Meine Damen und Herren! Das ist keine Agitation, das sind nackte Tatsachen, die sich innerhalb des Kreises Mors, der Ihnen ja nicht unbekannt ist, abgespielt haben. Dort haben Kinder aus Not rohe Kartoffelschalen gegessen und ausgebrochen. Demgegenüber schlägt man hier Gehälter von 26 000 RM für Leute vor, die nicht wissen, was sie mit diesen Gehältern tun sollen, auf welchen Karren und nach welcher Seite sie sie ausladen sollen.

Einer solchen Vorlage können wir unter keinen Umständen unsere Zustimmung geben und haben dementsprechend einen Antrag eingebracht, wonach das höchste Gehalt 500 RM im Monat sein soll und wonach den Arbeitern innerhalb der Provinzialanstalten die Löhne aufgebessert werden sollen. Darüber aber beschließt man, zur Tagesordnung überzugehen. Wir können diesen Antrag nicht annehmen; er zeugt so richtig von dem Geiste, der hier in diesem Parlament herrscht.

Nun zu Drucksache Nr. 7.

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Darf ich einen Augenblick unterbrechen. Der Herr Berichterstatter hat dazu noch keinen Bericht erstattet. Die beiden Punkte waren an sich zusammengefaßt; es scheint mir aber nachträglich doch richtiger, sie zu trennen. Ich würde deshalb bitten, daß der Herr Berichterstatter nachher dazu besonders Bericht erstattet, und daß auch in der Diskussion besonders darauf eingegangen wird. (Zustimmung.)

Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Weingarten das Wort.

Abgeordneter Dr. Weingarten: Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich für meine Fraktion und insbesondere auch für den rheinischen Hausbesitz dem Danke des Herrn Berichterstatters an den zurücktretenden Generaldirektor Herrn Adams anschließen.

Zur Sache selbst möchte ich dann vorweg bemerken, daß unsere Stellungnahme — wie auch schon am Diens-

tag von meinem Kollegen Wisler ausgeführt worden ist — nichts zu tun hat mit der Person des Herrn Landesrats Müller. Wir sind nicht so davon überzeugt, wie der Berichterstatter, daß wir in der Person des Herrn Landesrats Müller nun ausgerechnet den erstklassigen Versicherungsfachmann haben. Wohl sind wir davon überzeugt, daß Herr Landesrat Müller ein überaus tüchtiger Verwaltungsbeamter ist; aber das sind doch zwei ganz verschiedene Dinge. Wir bitten deshalb, daß unserem Antrage, die Befegung der Stelle des Generaldirektors der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt auszuschreiben, doch unbedingt zugestimmt wird. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir diese Ausschreibung vornehmen müssen, um einmal zu erfahren, welche tüchtigen Versicherungsfachleute sich bereithalten, die Geschäfte der Rheinischen Provinzial-Feuerversicherungsanstalt zu übernehmen, die doch in ihrer Art eine der größten Anstalten Deutschlands ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dichgans: Wo bleibt die Sparsamkeit?) Das hat mit Sparsamkeit gar nichts zu tun. Von vornherein ist als selbstverständlich anzunehmen, daß ein erstklassiger Fachmann bei einer Versicherung, wo ja doch sehr viel mehr nach wirtschaftlichen als nach verwaltungstechnischen Gesichtspunkten gehandelt werden muß, viel mehr einspart, als ein erstklassiger Verwaltungsmann einsparen kann. Gerade vom Standpunkte der Sparsamkeit aus scheint es mir deshalb richtiger zu sein, die Stelle auszuschreiben und einen tüchtigen Fachmann zu suchen, als einen Verwaltungsmann zu nehmen.

Dann haben wir hierzu einen zweiten Antrag gestellt, den wir von dem ersten Antrag zu trennen bitten. Wir wollen in einem besonderen Antrag das Gehalt dieser Stelle um 6000 RM gekürzt haben, da es in der heutigen Zeit nicht verantwortet werden kann, die Stelle wieder so hoch zu dotieren, wie sie dotiert war. Wenn wir bei derartigen Positionen sparen wollen, so müssen wir so vorgehen, daß wir bei Neubefegung der Stelle andere Gehaltsbedingungen vereinbaren. Wenn wir das nicht tun, kommen wir auf dem Gebiete der tatsächlich übersehten Gehälter niemals zu einer Reduzierung; sondern werden eben immer dieselben Gehälter weiterbezahlen müssen, was ja auch erklärlich ist und den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, sofern es sich um Beamte handelt, die auf Grund besonderer Bestimmungen angestellt worden sind und natürlich nachher in ihren Anstellungsbedingungen nicht beliebig schlechter gestellt werden können. Wenn wir aber darangehen, die Stellen neu zu besetzen, dann ist es selbstverständlich nicht nur unser gutes Recht, sondern heute auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß hier Änderungen eintreten. Ich bitte deshalb, unserem Antrage zuzustimmen. (Zuruf: Und die Gehälter in der Industrie?) Was die Gehälter der Industrie angeht, so stehe ich nicht an zu erklären, daß wir als Wirtschaftspartei gar kein Interesse und keine Ursache haben, die übersehten Gehälter, die die Industrie heute zahlt, zu schützen oder zu unterstützen. Leider haben wir aber darauf keinen Einfluß. Wo wir aber die Möglichkeit haben, übersehten Gehälter zu reduzieren, werden wir selbstverständlich versuchen, unseren Einfluß nach dieser Richtung geltend zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dichgans: Und was verdienen die Syndici?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung und verbinden mit dem Antrage des Sachausschusses den Antrag der Wirtschaftspartei auf Drucksache 135. Ueber diesen Antrag muß zunächst abgestimmt werden, weil er zu 2) die Ausschreibung der Stelle beantragt und damit eine Vertagung der heutigen Beschlußfassung vorschlägt. Zweitens ist damit eine Reduktion der Gehälter im Sinne des Antrages der kommunistischen Fraktion verbunden.

Ich lasse also über die Anträge der Wirtschaftspartei auf Drucksache 135 zunächst abstimmen und bitte diejenigen, die dafür sind, die Stelle auszusprechen, heute also die Entscheidung zu vertagen, sich zu erheben. Das ist nicht die Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt.

Dann bitte ich, weil das auch für die Wahl die Grundlage bildet, diejenigen, die für den Antrag der Wirtschaftspartei zu Nr. 1 der Drucksache 135 im Sinne einer Reduktion des vorgesehenen Gehalts um 6000 RM sind, sich zu erheben. — Auch das ist nicht die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich komme dann zu dem Antrag des I. Sachausschusses, der vorschlägt, den Herrn Ersten Landesrat Müller zu wählen. Diese Wahl kann durch Zuruferfolgen, wenn sich kein Widerspruch erhebt. — Widerspruch ist nicht erhoben worden. — Dann stelle ich fest, daß Herr Erster Landesrat Müller zum Generaldirektor der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt gewählt worden ist.

Ich entspreche sicherlich bei den engen Beziehungen, die uns mit dem Herrn Ersten Landesrat Müller verbinden, den Empfindungen des Hauses, wenn ich dem Herrn Ersten Landesrat den herzlichsten Glückwunsch zu dieser Wahl ausspreche in der Hoffnung, daß auch unter seiner Führung sich dieses große Unternehmen der Provinz so weiter entwickeln werde, wie es der Herr Berichterstatter für die Amtszeit des nunmehr zu unserem Bedauern ausscheidenden Herrn Generaldirektors Adams mit Recht so rühmend hervorheben durfte.

Damit ist Punkt 12 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu Punkt 13. Ich bitte Herrn Dr. Hartmann, den Bericht zu erstatten.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Nachdem die Dienstzeit der Landesräte Kirchmann, Wolf und Dr. Saarbourg abgelaufen war, war es selbstverständlich, daß die zuständigen Ausschüsse in eine Prüfung der Frage eintraten, ob eine Wiederbesetzung dieser Stellen erforderlich sei oder nicht. Auf Grund des ausführlichen Gutachtens, das der Herr Landeshauptmann uns gegeben hat, ist der Ausschuß zu der Erkenntnis gekommen, daß alle drei Stellen wiederbesetzt werden müssen. In Anerkennung der bisherigen Dienstleistungen der drei Herren schlägt Ihnen der Ausschuß vor, alle drei Herren wiederzuzuwählen.

Im Ausschuß ist auch da wieder die Befoldungsfrage berührt worden. Der Ausschuß stand auf dem Standpunkt, daß, gleichviel, wie man zu einer Befoldungsreform stände, es nicht angängig sei, bei einzelnen Beamten vorzugehen und da Änderungen vorzunehmen, sondern daß auch hier das Gehalt wieder wie bisher festgesetzt werden müsse.

Es wird deshalb der Provinziallandtag gebeten, die Landesräte Kirchmann, Wolf und Dr. Saarbourg unter den zuletzt genannten Bedingungen wiederzuzuwählen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat hierzu Herr Abgeordneter Krämer.

Abgeordneter Krämer: In der Etatsrede, die Herr Abgeordneter Dr. Lehr hier gehalten hat, hat er zum Ausdruck gebracht, daß es eine Reihe von höheren Beamten in der Provinzialverwaltung gibt, die mit solchen Arbeiten beschäftigt werden, die auch gut von unteren Beamten getan werden könnten. Hiernach müssen wir zu einer Ablehnung dieser drei Landratsstellen kommen, und zwar aus folgenden Gründen.

Unseres Erachtens werden die Landesräte nach parteipolitischen Grundsätzen angestellt. Sie sind sehr gut zu ersetzen. Sie leisten aber auch nicht eine Arbeit, wozu man Landesrat sein muß. Wir vertreten die Auffassung, daß die Arbeit, die heute die Landesräte machen, von niedriger bezahlten Kräften sehr gut gemacht werden könnten und wir nicht Gehälter von 10—16 000 RM pro Landesrat dafür hinauswerfen müssen.

Charakteristisch ist, daß die Sozialdemokratie sang- und klanglos dieser Geschichte zustimmt. Sie sitzt eben da mit drin. Ich möchte den Herren von der Sozialdemokratie einmal einen Fall vor Augen halten, den Sie sehr gut kennen. Es ist der Fall des Abgeordneten Wagner-Römichs von Duisburg-Hamborn, eines Mannes, der, nebenbei bemerkt, volle 1800 RM Gehalt hat. (Abgeordneter Pikard: Nein!) Er sollte laut Parteibeschluß pro Monat 50 RM abführen. Er hat keinen Pfennig abgeführt, und man hat ihn auch nicht ausgeschlossen, sondern er ist selbst ausgetreten. Das sagt Ewe eigene Erklärung.

Aber die Rehrseite der Medaille: Einen Arbeiter der SPD., der sich über die korrupten Zustände in der SPD. beschwerte, hat man hinausgeworfen. Man hat ihm nicht gesagt: Jawohl, du hast recht, sondern man hat ihn ohne weiteres hinausgeschmissen. Das zeigt so richtig den arbeiterfeindlichen Geist innerhalb der SPD., wie sie es versteht, die breiten werktätigen Massen am Gängelband zu führen und nur dafür zu sorgen, daß sie die dicken, fetten Posten bekommen. Bekanntlich sagt man nicht zu Unrecht, daß die SPD. die Beamtenanwärterpartei geworden ist.

Wir als kommunistische Fraktion lehnen es grundsätzlich ab, daß man nach parteipolitischen Grundsätzen Landesräte einstellt, deren Arbeit gut von mittleren Beamten getan werden kann. (Zuruf eines sozialdemokratischen Abgeordneten: Dann stellen wir Sie nächstens an!) Ich werde es billiger und besser machen als Sie.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wird hierzu noch das Wort gewünscht? (Abgeordneter Dr. Weingarten: Ja!) Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Weingarten: Meine Damen und Herren! Den uns vorliegenden Antrag unter Drucksache 134 möchten wir im Hinblick darauf, daß Herr Landesrat Müller ausscheiden wird, und auch im Hinblick darauf, daß wir doch bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Provinziallandtages keine Aussicht haben, mit unserem Antrage durchzukommen,

trotzdem wir ihn im Prinzip aufrecht erhalten, so abgeändert wissen, daß die durch das Ausscheiden des Landesrats Müller freigewordene Stelle nicht mehr zu besetzen, sondern einzuziehen ist, so daß sich der alte Antrag erledigt.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat zwar gestern in der Sachausschußsitzung bereits darauf hingewiesen, daß er selbstverständlich aus Gesichtspunkten der Sparsamkeit diesen Posten nicht mehr besetzen werde. Aber, meine Damen und Herren, man muß immer wieder die Erfahrung machen, daß die Gefahr besteht, daß die Posten doch besetzt werden, solange im Stellenplan der Posten nicht eingezogen ist und darum eigentlich mit der Annahme des Etats dem Herrn Landeshauptmann die Mittel für die Besetzung der Stelle zur Verfügung stehen. Ich würde also bitten, hier unseren Antrag anzunehmen. Es verschlägt ja auch nichts, und der Herr Landeshauptmann wird sicher nichts dagegen haben, da er ja selbst auch auf dem Standpunkte steht, die Stelle nicht wieder zu besetzen.

Meine Damen und Herren! Zu Drucksache 136 möchte ich doch kurz folgendes erwähnen. Es ist bekannt, daß in diesen Tagen der Preussische Landtag ein Gesetz zur Aenderung des preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz hinsichtlich Neufassung des § 43 des preussischen Besoldungsgesetzes vom 17. Dezember 1927 beschlossen hat. Diese Aenderung des genannten Paragraphen bezweckt, um es kurz zu sagen, eine Anpassung der Gehälter und eine richtige Eingruppierung der Beamten auch in den Kommunal- und Provinzialverwaltungen an die Einstufungen und die Aufgaben der Beamten bei den Reichs- und Staatsbehörden. Es wird ja bekanntlich gerade aus den Kreisen der Reichs- und Staatsbeamten — nicht vereinzelt, sondern dauernd und bei jeder Gelegenheit mit einer immer mehr steigenden Verbitterung — darauf hingewiesen, daß die Besoldungs- und Anstellungsbedingungen der Kommunalbeamten wesentlich günstiger sind als die der Reichs- und Staatsbeamten, so daß wir tatsächlich allmählich dazu kommen, daß mitten durch die Beamtenchaft zum Nachteil des Volkes, das doch richtig verwaltet werden will, ein Keil getrieben wird. Es verschlägt ja auch gar nichts, meine Damen und Herren, wenn Sie diesen Antrag annehmen, denn es besteht immer die Gefahr und die Möglichkeit, daß, wenn wir heute, wo das Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist, die Herren wieder zu den alten Bedingungen anstellen, dieses neue Gesetz auf deren Anstellungsverträge noch keinen Einfluß hat, und das kann man hier durch Annahme unseres Antrages vermeiden.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schlage vor, zunächst über die Abänderungsanträge der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) abzustimmen, und zwar zunächst über den abgeänderten Antrag auf Drucksache 134, dahin lautend:

„Die durch das Ausscheiden des Landesrats Müller freigewordene Stelle ist nicht mehr zu besetzen, sondern einzuziehen.“

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Aha-Rufe bei der Wirtschaftspartei.) — Das Ergebnis ist nicht ganz sicher. Ich bitte, stehen zu bleiben.

Ich bitte um die Gegenprobe. (Zuruf: Die Arbeitsgemeinschaft will doch sparen!) Der Antrag ist mit 38 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Die vorige Abstimmung könnte zu einer Unklarheit führen. Nach der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft ist die Sache bereits dadurch erledigt, daß die Stelle im Etat nicht mehr steht und daß eine Neubesetzung der Stelle deshalb an sich von uns für ausgeschlossen gehalten wird. Wir möchten also nicht mißverstanden werden, wenn wir gegen den Antrag der Wirtschaftspartei gestimmt haben. (Zuruf des Abgeordneten Renner: pater peccavi!)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Wir kommen zur Abstimmung über Drucksache 136. Wer für diesen Zusatzantrag der Wirtschaftspartei ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist nicht die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen dann zu dem Antrage des Sachausschusses auf unveränderte Annahme. Wer für diesen Antrag des I. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Damit ist der Antrag angenommen.

Ich darf auch wohl feststellen, daß Sie damit implizite durch Zuruf die Wahl haben vornehmen wollen. — Dem wird nicht widersprochen. Die Wahl ist vollzogen. Damit sind die Herren Landesräte Kirchmann, Wolf und Dr. Saarboursch wiedergewählt. Ich darf auch ihnen den Glückwunsch des Hauses überbringen.

Wir kommen zur Verhandlung der Punkte 14 bis 19 und 21.

Berichterstatter ist zu den Punkten 14—17 Herr Abgeordneter Maus, zu 18, 19 und 21 Herr Abgeordneter Könzgen.

Ich gebe dem Herrn Berichterstatter Maus das Wort.

Abgeordneter M a u s : Meine Damen und Herren! Zu Punkt 14 der Tagesordnung liegt Ihnen die Drucksache 118 vor. In dieser Drucksache wurde Ihnen vorgeschlagen, daß der Provinziallandtag Kapitel 13, Titel 5, um 10 000 RM kürzen solle. Diesen Antrag, der vom Sachausschuß gestellt war, hat der Sachausschuß I zurückgezogen. Er beantragt nunmehr unveränderte Annahme.

Nach der Sitzung des Sachausschusses I ist noch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (Drucksache 131) eingegangen. Dieser Antrag ist an sich erledigt, weil er sich mit dem jetzt vorliegenden Antrage des Sachausschusses I deckt bis auf den letzten Satz, der lautet: „Die Bewilligung einzelner Unterstützungen erfolgt unter Mitwirkung des Personalausschusses“. Unter Personalausschuß ist hier nicht der Beamtenausschuß zu verstehen, sondern ein Unterausschuß des Provinzialausschusses. Hierüber kann ich nicht berichten und keinen Antrag stellen, weil diese Angelegenheit den Sachausschuß I noch nicht beschäftigt hat.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung hat die Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei den Antrag gestellt:

„Die Kürzung der Gehaltsbezüge der Provinzialbeamten soll nicht, wie im Etat vorgesehen, für alle Beamtengruppen allgemein 6 Prozent betragen. Es

soll eine Kürzung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten nicht stattfinden, dagegen sollen die Bezüge der oberen Beamten eine Kürzung um 20 bis 50 Prozent erfahren."

Hier schlägt Ihnen der Sachausschuß I schon aus dem Grunde, weil der Antrag ungesetzlich ist, vor, ihn abzulehnen.

Gleichfalls zu Punkt 15 der Tagesordnung liegt ein Antrag der SPD.-Fraktion vor:

"Die Gehälter der Provinzialbeamten werden auf ein Höchstgehalt von 500 RM monatlich abgebaut."

Auch dieser Antrag ist ungesetzlich. Hier schlägt Ihnen der Sachausschuß I aus dem gleichen Grunde Ablehnung vor.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung liegt folgender Antrag der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei vor:

"Der Provinziallandtag wolle beschließen: Entsprechend den Reichsgesetzen ist allen Beamten und Angestellten der Provinzialverwaltung und der unterstellten Organisationen die Uebernahme von bezahlten Nebenämtern zu untersagen."

Der Sachausschuß I schlägt Ihnen vor, diesen Antrag an den Provinzialausschuß zu verweisen.

Zu Punkt 17 liegt ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor:

"Sämtliche Beamten der Provinzialverwaltung treten mit Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand. Eine Verlängerung findet in Zukunft nicht mehr statt."

Die Verhältnisse liegen bisher so, daß jeder Beamte mit Vollendung seines 65. Lebensjahres aus den Diensten der Provinzialverwaltung ausscheiden kann. Es ist aber dem Provinzialausschuß in Ausnahmefällen gestattet, die Pensionierung um einige Zeit hinauszuschieben.

Der Sachausschuß I war aus den verschiedensten Gründen der Auffassung, daß man es bei dem bisherigen Zustande belassen soll. Er schlägt Ihnen vor, den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (Drucksache 42) abzulehnen.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Der nächste Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Könzgen.

Abgeordneter **K ö n z g e n**: Ich beziehe mich auf die Ihnen bekannten Anträge in den Drucksachen 41 und 50.

Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den Antrag der SPD., betreffend Neuregelung der Arbeitszeit bei der Provinzialverwaltung, an den Provinzialausschuß zur eingehenden Prüfung zu überweisen.

Zu Drucksache 50, dem Antrage der SPD., schlägt Ihnen der I. Sachausschuß vor, den Antrag abzulehnen.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung bittet auch der I. Sachausschuß, die Anträge an den Provinzialausschuß zu überweisen.

Das gleiche gilt für Punkt 21.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kenner.

Abgeordneter **K e n n e r**: Wir lehnen im Gegensatz zu dem Antrage des I. Sachausschusses die Kapitel 10 bis 13 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931 ab.

Zu den hier vorliegenden Anträgen stellt die kommunistische Fraktion folgendes fest.

Wir sind mit der Sozialdemokratie darin einig, daß, wie es in dem Antrage Nr. 42 gefordert ist, die Beamten mit Vollendung des 65. Lebensjahres zwangsläufig in den Ruhestand zu versetzen sind. (Zuruf des Abgeordneten **S a u d**: Da seid Ihr einmal mit uns einig!) Man kann leider sehr wenig mit Ihnen einig sein, gewöhnlich sind Sie mit Brüning einig. (Zuruf des Abgeordneten **K u r t h**: Das fängt aber gut an!) Es wäre schade für uns, wenn wir mit Ihnen einig werden könnten. Ich habe nur zehn Minuten und keine Zeit, mich mit Ihnen mehr als dummen Zwischenrufen zu beschäftigen.

Die Drucksache 28 der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei verlangt, daß Beamte der Provinz nicht mit Nebenarbeiten beschäftigt werden dürfen — ohne Zustimmung der Verwaltung, das steht allerdings nicht drin. Wir haben es seit jeher betont, daß wir jede Nebenbeschäftigung von Beamten ablehnen. Wir sind der Auffassung, daß die Gehälter der unteren Beamten — und nur die pflegen ja zwangsläufig Nebenarbeit zu machen — so gestellt werden müssen, daß eine Nebenarbeit nicht mehr notwendig ist, um die Lebensbedürfnisse der Familie zu bestreiten.

Was nun die Anträge der Nationalsozialisten auf Beseitigung der Gehaltskürzung angeht, so muß ich hier das wiederholen, was ich gestern im Ausschuß den Nationalsozialisten gesagt habe. Ich habe ihnen dort nämlich die Frage vorgelegt, warum Herr Fric aus Thüringen, der ja heute bereits die Koffer gepackt hat, denn seinerseits die Kürzung dieser 6 Prozent auf Grund der Notverordnung des Herrn Brüning an den thüringischen Landesbeamten vorgenommen hat. Der Vertreter der Nationalsozialisten ist mir gestern die Antwort schuldig geblieben. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Ich bin gespannt, was er zu seinem Fraktionsfreund Fric zu sagen hat, der ja morgen wahrscheinlich schon ausgewirtschaftet haben wird. Dieser Antrag der Nationalsozialisten ist nichts anderes als eine ganz üble Demagogie. Ich begnüge mich damit, das hier öffentlich festzustellen. (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Herr Abgeordneter, ich muß Sie zur Ordnung rufen. Es ist unzulässig, einer Partei üble Demagogie vorzuwerfen.

Abgeordneter **K e n n e r** (fortfahrend): Wir haben in unserem Antrage auf Drucksache 51 verlangt, daß den Beamten der Provinz ein Höchstgehalt im Betrage von 500 RM gezahlt wird. Wir haben weiter verlangt, daß die Einsparungen, die an dieser Etatsposition möglich wären, wenn man diesen Antrag annähme, zur Aufbesserung der Gehälter der unteren Beamten benutzt werden sollen. Man hat uns gestern und auch heute schon gesagt, dieser Antrag sei ungesetzlich. So schlau sind wir selber. Wir wissen, daß alles ungesetzlich ist, was den Klassencharakter Ihres Staates tangiert. Sie haben sehr oft in anderen Fragen ähnliche Entschlüsse in Gestalt von Resolutionen an die Reichsregierung angenommen. Wenn die schöne Sparrede des Herrn Oberbürgermeisters Lehr ernst zu nehmen wäre und wenn Ihr so betonter Sparwille wirklich ehrlich wäre, dann müßten Sie sich zum mindesten so weit vorwagen, daß Sie der Reichsregierung nahelegen, eine zwangsläufige Herabsetzung der Gehälter der leitenden Beamten durchzuführen. Aber, meine Herren, die heutige Gehaltsregelung ist ja Ihr

eigenes Werk. Sie haben vor den Reichstagswahlen 1928, um Stimmensfang treiben zu können unter den Beamten, die letzte Beforderungserhöhung beschlossen und haben natürlich nun, politisch gesehen, keine Möglichkeit, die ungeheuerlich hohen Gehälter der oberen Beamten abzubauen. Deshalb müssen Sie schon diesen kommunistischen Antrag, der innerlich absolut berechtigt ist, wenn man die Notlage des deutschen Volkes betrachtet, niederstimmen, weil er Ihrer Meinung nach „ungefährlich“ ist.

Nun zu dem Antrage der Sozialdemokraten. Wir sprechen den Sozialdemokraten das Recht ab, derartige Anträge zu stellen. (Oho-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Warum stellen Sie derartige Anträge? Das hat Ihnen Herr Severing bedauerlicherweise erst am Dienstag dieser Woche im Landtag gesagt. Wenn er seine Rede am Samstag der vergangenen Woche schon gehalten hätte, dann sähe Herr Jarres hier als Präsident auch mit voller Zustimmung der Sozialdemokraten. Was hat Herr Severing seinen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und Parteigenossen gesagt? Er hat gesagt, daß die Haltung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Duisburg, die den Antrag der Kommunisten unterstützte, dem Herrn Oberbürgermeister Jarres das Mißtrauen auszusprechen, weil er sich zu einem Zuträger für die Interessen der Nordwestherren hergegeben hat, rügenswert sei, und er hat den kommunistischen Antrag abgelehnt, den Herrn Jarres wegen seiner Zuträgerdienste für die Schlotgewaltigen seiner Funktionen zu entheben. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: So hat er das nicht gesagt!) Wenn Sie das am Montag gewußt hätten, meine Herren Sozialdemokraten, so hätten Sie sich wahrscheinlich nicht in Gegensatz zu Ihrem Parteipapst Severing gebracht, sondern genau so, wie Ihre sozialdemokratischen Freunde in Berlin es getan haben (Zuruf des Abgeordneten Marx: Dann hätten wir Sie gewählt!), die Mahnung Severings beherzigt und für Ihren Busenfreund Jarres auch hier gestimmt. Denn die Freundschaft zwischen Ihnen und Herrn Jarres ist ja nicht berührt durch die lahme und leere Geste, die Sie am Montag bei der Wahl des Präsidiums gemacht haben. (Zuruf des Abgeordneten Marx: Sie schließen von sich auf andere!) Er hat es Ihnen auch nicht übelgenommen. Herr Eberle sitzt ja mit Zustimmung der bürgerlichen Parteien wieder im Präsidium. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Es kommt häufig vor, daß Sie sich auf Severing berufen!) Ja, wir können uns bedauerlicherweise für Sie sehr oft in letzter Zeit auf Severing berufen. Wenn wir nämlich alle Schandtatzen der preussischen Regierung gegen die Arbeiterschaft aufzeigen müssen, tritt immer und immer wieder der Name Severing als Urheber dieser Schandtatzen in die Erscheinung.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das ist heute der dritte Ordnungsruf.)

Abgeordneter K e n n e r (fortfahrend): Wenn hier die Sozialdemokraten eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche verlangen, so liegt das durchaus in der Linie ihrer Gewerkschaftspolitik. Was heißt das: Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stun-

den? Das bedeutet den Verlust eines Teils des Arbeitseinkommens, des Lohnes für die Arbeiter. Sie riskieren aber nicht, die Forderung zu stellen, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit den Arbeiter nicht wirtschaftlich treffen darf. Sie lehnen überall die kommunistische Forderung ab, neben der 40stündigen Arbeitszeit auch einen vollen Lohnausgleich zu bewilligen. Deshalb habe ich Ihnen gesagt, daß dieser Antrag aus Ihrem Munde eine Verhöhnung der Arbeiterschaft bedeutet. Das muß Ihnen hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Wir werden immer und immer wieder den Arbeitern gegenüber diese Doppelrolle, die Sie als Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer heute noch zu spielen in der Lage sind, aufzeigen. (Zuruf des Abgeordneten Marx: Was spielen Sie denn für eine Rolle?) Nicht die „Rolle“ eines „ehrlichen Arbeiters“! Ich bin ein klassenbewußter Arbeiter!

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Müller.

Abgeordneter M ü l l e r (Mülheim-Ruhr): Nachdem der Herr Landeshauptmann am ersten Tage davon sprach, daß die Beamten und Angestellten im öffentlichen Leben in einer Dreiecklinie ständen, haben wir es bedauert, daß mit dem Antrage 118 des Sachausschusses die Notlagenbeihilfen von 30 000 RM auf 20 000 RM herabgesetzt waren. Wir freuen uns außerordentlich, daß der Sachausschuß nachträglich wiederum diese Position eingeseht hat. Wir müssen trotzdem an dem Antrage unserer Fraktion festhalten, der in seinem letzten Satz sagt: „Die Bewilligung einzelner Unterstützungen erfolgt unter Mitwirkung des Personalausschusses.“ Wir legen ausdrücklich Wert darauf, um Auslegungen, die bisher eine Rolle gespielt haben, zu verhindern.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Eickmann.

Abgeordneter E i c k m a n n: Meine Damen und Herren! Dem Provinziallandtag liegt ein Antrag und eine Eingabe vor, in der eine Nachprüfung der bei der Provinzialverwaltung üblichen Arbeitszeit verlangt wird. Die gegenwärtige Arbeitszeit bei der Provinzialverwaltung, insbesondere bei den Provinzialanstalten, beträgt durchweg 60 Stunden pro Woche, soweit das eigentliche Pflegepersonal in Frage kommt. Dies ist das Höchstmaß an Arbeitszeit, das nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers noch zulässig ist. Eine unterschiedliche Regelung der Arbeitszeit zwischen dem beamteten Pflegepersonal und dem sogenannten Tarifpersonal ist nicht durchgeführt, läßt sich auch in Anbetracht der Verhältnisse in den Anstalten nicht durchführen. Unter diesen Umständen ist eine Verkürzung der Arbeitszeit durchaus erwünscht, nicht allein im Interesse des Personals, das bei dem aufreibenden Dienst insbesondere in den Anstalten ein außerordentliches Interesse daran hat, daß unter der langen Arbeitszeit das Familienleben und die Leistungsfähigkeit nicht allzu stark beeinträchtigt werden. Aber diese überaus lange Arbeitszeit von 60 Stunden wird auch bedenklich in Anbetracht dessen, daß in der Rheinprovinz noch immerhin 500 000 Menschen vergeblich nach Brot und Arbeit suchen, und eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit — einige tausend Personen kommen hier in Betracht — würde doch

vielleicht geeignet sein, diese oder jene Arbeitskraft wieder in Brot und Arbeit zu bringen, womit eine erhebliche Entlastung der öffentlichen Körperschaften verbunden wäre.

Neben den beiden Eingaben liegt auch eine Eingabe der zuständigen Tarifgewerkschaften bei der Provinzialverwaltung vor, die um Unterhandlung in diesen Fragen nachsucht. Es ist allgemein üblich, daß, wenn derartige Fragen auftauchen, zunächst einmal die direkt beteiligten Organisationen oder Faktoren — in diesem Falle die beiden Tarifgewerkschaften und die Provinzialverwaltung — den allgemein üblichen Weg gehen und in Verhandlungen über diese Frage eintreten. Soweit ich im Bilde bin, hat die Provinzialverwaltung bereits Verhandlungen zugesagt, die in den nächsten Tagen auch stattfinden werden. Ich darf wohl der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß bei der außerordentlichen Schwierigkeit der Materie — denn die Frage der Arbeitszeit läßt sich nicht lösen von der Lohnfrage — und der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Angelegenheit es den Beteiligten gelingen möge, zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Heinz**.

Abgeordneter **Heinz**: Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen unter Drucksache 41 einen Antrag unterbreitet, der eine Neuregelung der Arbeitszeit vorsieht. In den Anstalten sind heute noch Arbeitszeiten bis zu 60 Stunden. Wenn man berücksichtigt, daß ungezählte Volksgenossen ohne jede Erwerbsmöglichkeit und lediglich auf die Erwerbslosenfürsorge angewiesen sind, so muß man eine solch lange Arbeitszeit auch im volkswirtschaftlichen Sinne als unerträglich bezeichnen. Es wird auch von der Arbeiterschaft einfach nicht verstanden, daß diejenigen Arbeiter, die noch in Arbeit stehen, 60 und mehr Stunden arbeiten, während die Arbeitslosen nie und nimmer eine Arbeitsstelle finden können. Es ist Aufgabe der Provinz, mitzuhelfen, daß diese Mißstände in unserem Wirtschaftsleben beseitigt werden. Erfreulicherweise mehren sich auch im Arbeitgeberlager die Stimmen, daß die Arbeitszeit erheblich herabgesetzt werden muß, wenn der Arbeitsmarkt eine Besserung erfahren soll. Wenn dem so ist, so muß man, wie ich schon sagte, auch von der Provinz verlangen, daß sie in der Arbeitszeitfrage den Verhältnissen mehr Rechnung trägt als bisher.

Die überlange Arbeitszeit wird zumeist vom Pflegepersonal geleistet. Wir haben, wie gesagt, dort bis zu 60 Stunden. Dazu kommt noch alle 4 Tage einmal Bereitschaftsschlafen. Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß das Pflegepersonal dem Arbeitgeber 70 Stunden in der Woche zur Verfügung stehen muß. Dabei ist die Arbeit außerordentlich anstrengend und nervenaufreibend. Man stelle sich vor, auf einen Pfleger kommen durchschnittlich 7 Patienten. Diese 7 Patienten muß der Pfleger den ganzen Tag beaufsichtigen, sie zur Arbeit anleiten und selbst mitarbeiten, um so als Helfer der Ärzte aus den geisteskranken Menschen wieder nützliche Glieder der Gesellschaft zu machen. Oft mit außerordentlich großer Geduld muß das Personal sich selbst mit renitenten Patienten abgeben. Wenn ich Ihnen sage, daß in einem Zeitraum von zwei Jahren, für die eine Aufstellung

gemacht worden ist, allein 486 Ueberfälle von Geisteskranken auf Pflegepersonen, darunter auch einige Ärzte, vorgekommen sind, so geht aus alledem hervor, wie ungeheuer schwer und verantwortungsvoll dieser Beruf ist. Aus diesen Gründen muß gerade für dieses Personal eine Arbeitszeitverkürzung kommen. Die endgültige Neuregelung der Arbeitszeit muß allerdings den Gewerkschaften überlassen bleiben, und zwar den Gewerkschaften, die die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Provinzialanstalten tätigen Personen tariflich geregelt haben.

Es wurde vorher von einem Vorredner gesagt, die sozialdemokratische Fraktion habe kein Recht, derartige Anträge zu stellen. Ich möchte behaupten, daß in den Provinzialanstalten erfreulicherweise keine Angestellten tätig sind, die die kommunistische Fraktion beauftragt haben, einen solchen Antrag zu stellen. Das aber kann die sozialdemokratische Fraktion für sich in Anspruch nehmen, daß sie den Auftrag von ihren Mitgliedern in den Verwaltungen und den Betrieben bekommen hat. Das ist nämlich der Unterschied.

Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß dies Aufgabe der Gewerkschaften ist, so befinden wir uns in guter Gesellschaft. Die Gewerkschaften achten heute streng darauf (Zuruf des Abgeordneten **Kohl**: Daß die Köhne heruntergehen!), daß nicht außenstehende Behörden oder Körperschaften in die bestehenden Tarifverträge eingreifen. Das Beispiel Duisburgs hat zur Genüge gezeigt, wie sich die Gewerkschaften zu diesen Dingen einstellen. Meine Fraktion beabsichtigt keinen Eingriff in einen bestehenden Tarifvertrag. Aber wir verlangen, daß der Provinziallandtag in dieser Frage richtunggebend ist, und stimmen deshalb der Ueberweisung an den Provinzialausschuß zu (Zuruf des Abgeordneten **Kohl**: Begräbnis erster Klasse!), in der Erwartung, daß eine baldige Neuregelung der Arbeitszeit mit den Gewerkschaften vereinbart wird. Man wird im Lager unserer kommunistischen Freunde wieder sagen, die Herrschaften klammern sich an den Tarifvertrag. Euer Reichstagsabgeordneter **Hein** ist ja bekanntlich Führer der KPD. Dieser Mann erklärte am 24. Dezember 1930 vor dem Arbeitsgericht Berlin: „Ich erkläre hiermit, daß meine Organisation — gemeint ist die KPD. — die bestehenden Gesetze und Bestimmungen über Tarif- und Schlichtungswesen anerkennt und in diesem Sinne wirken will.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir tun nichts anderes. Wir verlangen von der Provinz eine Neuregelung der Arbeitszeit mit den Gewerkschaften, und die Gewerkschaften als solche werden die endgültige Regelung der Arbeitszeit vornehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Die Aussprache ist geschlossen. Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Dr. Horion**: Meine Damen und Herren! Ich muß noch ein kurzes Wort sagen zu dem Antrage der SPD-Fraktion wegen der Wiedereinstellung der 10 000 RM für die Notstandsbeihilfen für Beamte. Selbstverständlich wird das von mir und allen Beamten in der wärmsten Weise begrüßt. Der Antrag enthält aber dann auch eine Bestimmung über die Bewilligung der Unterstützungen, die lautet: „Die Bewilligung einzelner Unterstützungen erfolgt unter

Mitwirkung des Personalausschusses.“ Der Herr Berichterstatter hat schon gesagt, daß dieser Punkt im I. Sachausschuß nicht beraten worden ist. Wenn dieser Satz dort vorgelegen hätte, so wäre Gelegenheit gewesen, die Bedenken dagegen geltend zu machen, und es wäre, davon bin ich überzeugt, eine Einigung über eine eventuelle andere Fassung wohl gefunden worden. Wie er aber jetzt hier steht, würde er doch praktisch zu den größten Schwierigkeiten führen. Der Personalausschuß ist ein Unterausschuß des Provinzialausschusses. Er hat nach seiner jetzigen Zuständigkeit nur Beschlüsse des Provinzialausschusses vorzubereiten, die dann dem Provinzialausschuß zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Provinzialausschuß und ebenso der Personalausschuß treten alle sechs Wochen, manchmal auch erst alle zwei Monate zusammen. Es ist aber ganz unmöglich, daß die Unterstützungsanträge bedürftiger Beamten so lange warten können, denn gerade diese Anträge müssen mit größter Beschleunigung erledigt werden. Infolgedessen möchte ich bitten, diesen Zusatz nicht zu genehmigen. Es wird Sache des Provinzialausschusses selbst sein, die Form zu bestimmen, unter der die Bewilligung der einzelnen Unterstützungen erfolgen soll, und ebenso zu bestimmen, ob vielleicht durch allgemeine Anweisungen, die erlassen werden, bestimmte Direktiven zu geben sind.

Stellvertretender Vorsitzender G e r l a c h: Die Aussprache ist wieder eröffnet. Das Wort hat Herr Abgeordneter Kenner.

Abgeordneter Kenner: Ich möchte nur vor der Öffentlichkeit festgestellt haben, daß die Nationalsozialisten nicht einmal den Mut aufbringen, zu den Anträgen, die sie hier gestellt haben, öffentlich Rede und Antwort zu stehen. Sie haben nicht einmal den Mut gefunden, zu diesem Antrage, die 6prozentige Kürzung der Beamtengehälter zu beseitigen, hier zu sprechen. Sie haben damit dokumentiert, daß sie verstanden haben, warum Fried in Thüringen diese Anordnung des Herrn Kanzlers Brüning durchgeführt hat. Sie haben damit dokumentiert, daß sie den Kapitalismus scheinbar angreifen.

Nun noch ein Wort an den Sprecher der Sozialdemokratischen Partei, der sich hier als Sprecher einer „sozialistischen“ Partei eingeführt hat. Ich verzeihe ihm diesen verkehrten Zungenschlag. Aber was wird Pappe Sebering sagen, wenn Sie sich hier als sozialistischer Parteimann aufspielen? (Zuruf eines sozialdemokratischen Abgeordneten: Identifizieren Sie sich mit Sebering?) Nein, das tue ich nicht, ich identifiziere mich bestimmt nicht mit Sebering. Ich darf mir keinen Ordnungsruf mehr zuziehen; deshalb kann ich Ihnen keine Antwort mehr darauf geben. (Zuruf der Frau Abgeordneten Becker: Sie haben Angst!)

Der Sprecher der Sozialdemokraten hat gesagt, nur die Gewerkschaften verbäten es sich, daß irgendwelche außenstehende Personen oder Körperschaften das Recht der Gewerkschaften auf Tarifabschluß anzugreifen wagen. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Wenn Sie so besorgt wären gegenüber den Unternehmern, dann wäre kein Tarifbruch, aber auch kein Lohnabbau möglich. Der Lohnabbau ist nur möglich, weil die Sozialdemokraten in der Frage sich nicht zu wehren gewillt sind.

Aber etwas anderes. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Sebering die scheinradikale Haltung

der Duisburger sozialdemokratischen Stadtverordneten, die dem Herrn Jarres auf unseren Antrag hin das Mißtrauen ausgesprochen haben, gerügt hat. Ich will noch einmal betonen, daß diese Abstimmung in Duisburg nur ein scheinradikales Manöverchen gewesen ist, berechnet und ausgeführt zur Täuschung der Arbeiterschaft. (Zuruf: Genau wie bei der „Roten Fahne“!)

Nun noch so ein alter Schinken, der hier noch einmal aufgewärmt worden ist. In Berlin vor einem Arbeitsgericht hat ein Vertreter der RSD. gesagt, daß die RSD. erklärt habe, tarifstreu zu sein und sich an die bestehenden tariflichen Bedingungen zu halten. Man soll solchen alten Zauber hier nicht mehr erzählen. Jawohl, wir schwören, wenn das im Augenblick notwendig ist, auf die Weimarer Verfassung. Warum der RSD.-Mann in Berlin die Erklärung abgegeben hat, das muß ich Ihnen auch vor der Öffentlichkeit erklären: Er wird nämlich sonst nicht als Vertreter von Arbeitern zugelassen. Deshalb! Sie haben sich als Lohn für vielfachen Verrat das Privileg gesichert, daß nur Gewerkschaftsbonzen an den Arbeitsgerichten als sogenannte Arbeitervertreter auftreten dürfen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Nur mit Schwindeleien könnt Ihr vorkommen!)

Stellvertretender Vorsitzender G e r l a c h: Zur Abstimmung hat das Wort Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Nach den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns möchte ich zu unserem Antrag auf Druckfache 131 folgendes erklären: Wir sind der Auffassung, daß die ersten zwei Absätze unseres Antrages durch den nachträglichen Beschluß des Sachausschusses, der wahrscheinlich durch unseren Antrag veranlaßt wurde, erledigt worden sind. Wir sind ferner mit dem Vorschlage des Herrn Landeshauptmanns einverstanden, daß der letzte Absatz dem Provinzialausschuß überwiesen wird, um die Frage zu regeln, ob der Personalausschuß oder eine Vertretungskörperschaft der Arbeiter, Angestellten oder Beamten zur Mitwirkung bei der Vergabe der Unterstützungen hinzugezogen werden kann.

Stellvertretender Vorsitzender G e r l a c h: Wir kommen zur Abstimmung.

Durch den Berichterstatter des Sachausschusses ist schon mitgeteilt worden, daß der Antrag 118 nicht zur Abstimmung steht, sondern daß hier unveränderte Annahme beantragt wird. Wer bei Punkt 14 für unveränderte Annahme ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 15 ist Ablehnung beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 16 ist Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragt. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 17 ist Ablehnung beantragt. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 18 ist Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragt, soweit Druckfache 41 in Frage kommt, und Ablehnung, soweit der Antrag der RSD.-Fraktion hierzu gestellt worden ist. Auch das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 19 ist ebenfalls Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragt, zu Punkt 21 bezuglich.

— Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Wir kommen nun zu Punkt 20 zurück.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Könzgen.

Abgeordneter Könzgen: Meine Damen und Herren! Wir haben heute morgen durch die Umänderung der Geschäftsordnung auch in der Geschäftsordnung festgelegt, daß wir über einen Antrag zur Tagesordnung übergehen können. Der I. Fachauschuß macht von dieser Bestimmung in der Geschäftsordnung jetzt zum ersten Male Gebrauch, indem er beantragt, über den Antrag nach Drucksache 29 zur Tagesordnung überzugehen.

Er läßt sich dabei von zwei Gesichtspunkten leiten, die im Fachauschuß zum Ausdruck kamen: Erstens ist ein 25jähriges Geschäftsjubiläum irgendeiner Gruppe, irgendeiner Firma, mag sie nun basiert sein, auf welcher Grundlage es auch immer sei, im bürgerlichen Leben etwas, was an und für sich mit der arischen oder nicht arischen Rasse nichts zu tun hat. Zweitens stehen wir im I. Fachauschuß auf dem Standpunkt, daß, wenn man einen solchen Antrag überhaupt zur Debatte stellte, jede Parteigruppierung hier in diesem hohen Hause von ihrem Gesichtspunkte aus Anträge dieser Art stellen könnte, so daß die Freiheit der Verwaltung, in diesem Falle die Freiheit der Provinzialverwaltung, nicht nur eingeschränkt, sondern überhaupt ein freies Handeln unmöglich wäre.

Ich bitte deshalb, dem Antrage des I. Fachauschusses zuzustimmen. (Zuruf eines Nationalsozialisten: Wir erheben Widerspruch!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Simon. Die Redezeit beträgt 5 Minuten. Es darf nicht auf die Sache direkt eingegangen werden.

Abgeordneter Simon: Wir erheben Einspruch dagegen, daß man auf diese merkwürdige Art einen wichtigen und bedeutungsvollen Antrag einer großen Partei einfach zu Fall bringt. (Lachen.) Daß Sie nicht einsehen, daß der Antrag bedeutungsvoll ist, leuchtet uns schon ein. Denn wenn man von derartigen Firmen die Annoncen bezieht, wenn man nur von Tieb und Konforten lebt, dann wird man allerdings darüber zur Tagesordnung hinweggehen wollen. Wir aber, die wir an derartigen Anzeigen kein Interesse haben, die wir nicht verflochten sind mit den Warenhäusern wie Sie, wir legen Wert darauf, daß diese Dinge in diesem Hause besprochen werden, mag Ihnen das hundertmal nicht passen. Ihr Uebergang zur Tagesordnung wird draußen vom Volk als Ablehnung gewertet werden. Dann werden wir diese Ablehnung propagandistisch genau so ausnutzen, als wenn Sie den Antrag als solchen abgelehnt hätten. Sie sind damit gekennzeichnet, meine Herren von der Mitte und links — meinethwegen auch die Wirtschaftspartei, wenn Sie sich nicht melden (Heiterkeit) — als Freunde der großen Warenhäuser. Sie bringen nicht den Mut auf, dagegen Einspruch zu erheben.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Ich bezweifle, daß der Antrag des Fachauschusses I abgewürgt werden kann unter Bezugnahme auf den heute morgen erst gefaßten

Beschluß, die Geschäftsordnung zu ändern. Dieser Antrag wurde im Fachauschuß gestern bereits gefaßt. Der Herr Berichterstatter hat sich also eine Meinung zu eigen gemacht, die erst heute morgen durch einen entsprechenden Beschluß gestützt worden ist. Es wäre, wenn Sie ganz formaliter handeln wollten, also notwendig gewesen, daß noch einmal der Fachauschuß I heute morgen zusammengekommen wäre und noch einmal beschloffen hätte, ob er unter Bezugnahme auf den heute gefaßten Beschluß zur Aenderung der Geschäftsordnung den Uebergang zur Tagesordnung bestimmt. (Widerspruch.) Aber wenn schon der Ausschuß Uebergang zur Tagesordnung beschloffen hat und wenn demnach hier so verfahren werden soll, dann hat meiner Meinung nach der Berichterstatter auch nicht das Recht, zu diesem Antrag pro oder contra zu sprechen. Das hat er aber getan, er hat die Stellungnahme des Ausschusses von seinem Gesichtspunkte aus begründet. Das hat sich sehr geschicklich der Vertreter der Nazis zunutze gemacht und hat dann gegen diese Methode protestiert, wobei uns, wenn wir uns auch immer korrekt an die Geschäftsordnung halten wollten, die Möglichkeit genommen wäre, etwas richtigzustellen, daß nämlich dieser Antrag im Ausschuß nicht etwa nur gegen die Stimmen der Nationalsozialisten angenommen worden ist. Wir haben im Ausschuß erklärt (Zuruf: Sie haben ja gar keine Stimme!) . . . Aber Sie haben im Ausschuß dagegen geredet, wie Sie ja immer nur reden (Heiterkeit) —. Wir haben im Ausschuß erklärt, daß wir diesen Antrag vor der Öffentlichkeit diskutieren wollen. Warum wollen wir den Antrag vor der Öffentlichkeit diskutieren? Um Ihnen die Möglichkeit zu nehmen, hinter solchen scheinradikalen Anträgen Ihre Freundschaft gegenüber dem Kapitalismus zu verschleiern. (Zuruf eines Nationalsozialisten: Sie bekommen auch Anzeigen von Tieb!) Sie machen nämlich in Volkstäuschung — (Zuruf: Halt, vorsichtig!) Ich bin nicht so dumm wie Sie. —, der Öffentlichkeit gegenüber den Kapitalismus zu einer Klassenfrage zu stempeln. Und Sie stellen sich hierhin und reden dem Arbeiter ein, daß er nur im jüdischen Kapitalisten seinen Feind sehen müsse. Sie stellen sich hierhin und machen aus der Frage gegen den Kapitalismus, die eine Klassenfrage ist, eine Rassenfrage. (Glocke des Vorsitzenden.) Sie gewinnen damit die Möglichkeit, Ihren Herrn Jarres, die Herren Klöckner usw. zu schonen und nur die jüdischen Ausbeuter des deutschen Volkes zu attackieren. (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Letztere war nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Kolaß. (Zuruf: Nur einer für und einer gegen!) Das Wort zur Geschäftsordnung muß ich jederzeit erteilen.

Abgeordneter Kolaß: Meine Damen und Herren! Wenn die Nazis sagen . . .

Stellvertretender Vorsitzender Eberle (unterbrechend): Ich möchte bitten, zur Geschäftsordnung zu reden. Ich lasse weitere Ausführungen nicht durchgehen. Ich weiß nicht, was der Hinweis auf die Nazis für einen Sinn hat.

Abgeordneter Kolaß: Also den Antrag, wie er hier formuliert ist und wie er vom Fachauschuß auf Uebergang zur Tagesordnung uns vorliegt, unterstützen wir, und zwar . . .

Stellvertretender Vorsitzender Eberle (unterbrechend): Das ist nicht zur Geschäftsordnung. (Abgeordneter Kolaß widerspricht.) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen. Ich habe Sie schon zweimal darauf aufmerksam gemacht. Beim dritten Male muß ich Ihnen das Wort entziehen.

Abgeordneter Kolaß: Die Nazis haben doch hier im Rahmen der Geschäftsordnung dazu Stellung genommen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Nein, das ist ein Irrtum.

Abgeordneter Kolaß: Die Nazis haben hier im Rahmen der Geschäftsordnung eben zur Sache gesprochen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Nur soweit der Paragraph in Frage kommt, der den Uebergang zur Tagesordnung betrifft.

Abgeordneter Kolaß: Ich verzichte. (Weiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Fachauschusses auf Uebergang zur Tagesordnung. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wir kommen zu Nr. 22. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Könzgen.

Abgeordneter Könzgen: Der I. Fachauschuß schlägt unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Erhebt sich hiergegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, es ist so beschloffen.

Ich habe noch etwas nachzutragen. Zu Punkt 14 lag ein Antrag der SPD. vor. Soweit die ersten Absätze in Frage kamen, wurde der Antrag als erledigt erklärt, weil der Beschluß des I. Fachauschusses die Etatsposition wieder hergestellt hatte. Aber der letzte Absatz sollte dem Provinzialauschuß überwiesen werden. Darüber habe ich nicht abstimmen lassen. Ich glaube aber ohne besondere Abstimmung feststellen zu können, daß Ueberweisung an den Provinzialauschuß beschloffen ist. (Zustimmung.)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Ein Parteifreund der größten Fraktion des Provinziallandtages, der Reichsminister Dr. Wirth, war es, der vor kurzem eine ganz bedeutungsvolle und auch ziemlich inhaltreiche Rede gegen den Kulturbolschewismus vom Stapel ließ. Meine Fraktion möchte nicht versäumen, bei Beratung des Punktes „Förderung des Gewerbes“, die zum Ausdruck kommt in einer Unterstützung der Fachschulen, einmal aufzuzeigen, wo denn überhaupt Kulturfaschismus herrscht. Wir weisen darauf hin, daß es nicht drüben in der Sowjetunion die kommunistische Partei ist, der das Zentrum fälschlicherweise vorwirft, die Kultur zu untergraben, sondern daß Sie selbst es sind, die Ihre eigene „Kultur“ mit Füßen treten. Sie selbst bekunden das durch die Tatsache, daß in diesem Jahre die Gesamtbeträge an Ueberweisungen für Fachschulen gegenüber dem Vorjahre um 10 Prozent gekürzt werden.

Wenn wir die Etatsposition in anderer Beziehung ansehen, so konstatieren wir, daß überall dort, wo Mittel eingesetzt werden zur Niederhaltung der aufsteigenden Arbeiterklasse, des Proletariats, das bereits

seine Forderungen anmeldet, keine Streichungen erfolgt sind, sondern daß dort mit Ihrer Zustimmung — Ihr Herren vom Zentrum, von der Rechten bis herüber zur Sozialdemokratie — unerhörte Neuanfänge in allen Etats sowohl im Reich wie in den Ländern und auch hier in der Provinz zum Ausdruck kommen. Unter dem Vorwande der Förderung des Gewerbes bringen Sie es fertig, auch hier die letzten paar Groschen, die Sie für die Fachschulen übrig hatten, noch weiter zu beschneiden. Es wird genau so ein müßiges Beginnen sein, wie wenn das Handwerk in den letzten Tagen mit großen Plakaten durch die Straßen zog, oder wie uns von den Bahnhofen und öffentlichen Häusern überall ein Plakat entgegenstarrt: „Fördert das Handwerk“. Jawohl, das Handwerk liegt heute darnieder. Wir wissen, daß dieses Handwerk mit Ihrer Hilfe nicht mehr auf die Beine gebracht werden kann. Die Handwerker gehen denselben Weg, den wir Proletarier gegangen sind. Sie werden ebenfalls ins Proletariat hinabgestoßen; sie verarmen und verelenden, nicht durch die Politik der Kommunisten, sondern durch die Politik, die ihre Freunde Silberberg, Jarres, Alökner und Konsorten und wie sie alle heißen mögen, betreiben.

Wir konstatieren deshalb hier erneut, daß Sie gar keine Ursache haben, von einem Kulturbolschewismus zu reden. Sie selbst haben durch Ihre eigenen Ansätze im Etat usw. bekundet, daß Sie nicht einmal ein paar lumpige Mark übrig haben zur Aufrechterhaltung der Fachschulen, überhaupt der Schulbildung und der gesamten Volksbildung. Wir konstatieren hier, daß Ihre Kultur und Bildung ebenfalls so verfault ist wie das ganze Gesellschaftssystem, auf dem Sie heute noch fußen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch hat sich nicht erhoben; ich stelle fest, daß Sie die unveränderte Annahme beschloffen haben.

Wir kommen nunmehr zu Nr. 23, 24 und 25. Wortmeldungen liegen nicht vor; ich darf wohl ohne besondere Abstimmung feststellen, daß Sie den Ausschlußbeschlüssen entsprechend beschloffen haben.

Wir kommen zu Nr. 26. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Marx.

Abgeordneter Marx: Es wird unveränderte Annahme beantragt.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hierzu hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Wir lehnen diese Position des Haushalts ab. Der Beamtenapparat bei der Landesversicherungsanstalt umfaßt insgesamt 387 Personen. Von diesen gehören 219 den Gruppen 4d—1h an; außerdem sind 9 Beamte mit Sondergehältern und 1 Beamter mit dem Gehalt der Festgruppe 1 vorhanden. Wenn man diesem ungeheuerlichen Aufwand an Personalausgaben in Höhe von 2,8 Millionen RM allein in der Rheinprovinz die erbärmlichen Leistungen der Reichsversicherungsanstalt zugunsten der Invaliden gegenüberstellt, dann bekommt man einen Begriff davon, daß unser Vorwurf gegen die Versicherungsanstalt, daß sie in allererster Linie eine Versorgungsanstalt für Anwärter der regierungsbraven Parteien ist, absolut berechtigt ist.

Ich will diesem ungeheuerlichen Aufwand für den Beamtenapparat noch eine Tatsache entgegenhalten, nämlich die Notlage der Reichsversicherungsanstalt in

ihrer Gesamtheit, die so katastrophal geworden ist, daß bei einigen Teilen unserer Versicherungen schon zwangsläufige Anleihen aufgenommen werden müssen. Ich denke da an die ReichsKnappschafft, die ja mit der Reichsversicherungsanstalt direkt nichts zu tun hat. Aber vorhin ist von einem Sprecher der Sozialdemokraten daran erinnert worden, daß die Reichsversicherungsanstalt noch im Jahre 1928 aus gewissen Zolleinnahmen des Reiches und aus der Ley Brüning Ueberweisungen erhalten hat. Das hat heute aufgehört. Der sozialdemokratische Sprecher war sehr stolz darauf, daß die Müller-Regierung für diese Stützung der Reichsversicherungsanstalt Geld gehabt hat. Er hat aber ganz vergessen zu erzählen, daß im Rechnungsjahr 1929 dieselbe Müller-Regierung bereits den gesamten Staatszuschuß für die Reichsversicherungsanstalt in Höhe von 166 Millionen RM nicht mehr in barem Gelde überwiesen hat, sondern daß der Reichsversicherungsanstalt dafür Schuldverschreibungen des Reiches gegeben wurden, die erst im Jahre 1935 eingelöst werden können.

Auf der anderen Seite hat man gesagt, jede Erhöhung der Renten sei unmöglich. Finanzminister Hilferding hat erklärt, daß spätestens im Jahre 1933 bei gleichbleibenden Leistungen eine Erhöhung der sozialen Beiträge der noch im Betrieb befindlichen Arbeiter eintreten müsse. Wenn also heute die Notlage der Reichsversicherungsanstalt vorhanden ist, so ist sie in erster Linie darauf zurückzuführen, daß infolge des Sinkens der Beitragsleistungen auf der einen Seite und infolge des Wegfalls des Reichszuschusses die Reichsversicherungsanstalt nicht mehr liquid ist. Ich zeige das nur auf, um den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen, die sich vorhin hierhergestellt und betont haben, was für ein wunderbarer Freund Müller gegenüber der Reichsversicherungsanstalt gewesen ist. Meine Herren Sozialdemokraten, daß die Versicherungsanstalt heute im Gegensatz zu 1928 kein Geld mehr für den Kleinwohnungsbau hergeben kann, ist doch auch Ihr Werk (Widerspruch bei den Sozialdemokraten); denn der Haushalt des Reichsarbeitsministers ist ja vor wenigen Tagen mit voller Zustimmung der Sozialdemokraten verabschiedet worden. Also stellen Sie sich nicht als Förderer des Kleinwohnungsbauens hierhin, wenn Sie sich indirekt beweisen lassen müssen — und auch zugeben müssen, daß diese Beweisführung richtig ist —, daß Sie selbst mit der Annahme des diesjährigen Haushalts des Reiches die Verknappung der Mittel des Reichsversicherungsamtes verursacht haben und damit auch die Grundlage dafür geschaffen haben, daß der Kleinwohnungsbau abgedrosselt werden muß. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Warum?) Warum? Weil Sie die Regierung des Unternehmertums stützen müssen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Es ist unveränderte Annahme beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu Nr. 27, 28, 29, 30, 31 und 32. Berichterstatter ist Herr Baumann-Höppenhof.

Abgeordneter Baumann-Höppenhof: Meine Damen und Herren! Zu Punkt 27 ist Ihnen in Drucksache 19 Antrag und Begründung des Provinzialausschusses betreffend weitere Durchführung des Hochwasserschutzprogramms am Rhein und seinen

Nebenflüssen zugegangen. Der II. Sachausschuß beantragt unveränderte Annahme.

Zu Punkt 28 der Tagesordnung: Antrag der SPD-Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 1 Million RM für den Hochwasserdienst in Kapitel 30 des Haushalts, beantragt der II. Sachausschuß Ablehnung.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Der nächste Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Zu Punkt 27 bittet der I. Sachausschuß, den Bericht des Provinzialausschusses betreffend weitere Durchführung des Hochwasserschutzprogramms am Rhein und seinen Nebenflüssen zu genehmigen, und empfiehlt, den vom Provinzialausschuß gestellten Antrag unverändert anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmitz-Loverich.

Abgeordneter Schmitz-Loverich: Der II. Sachausschuß schlägt Ihnen Ablehnung vor.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Als nächster Berichterstatter hat Herr Abgeordneter Lessenich das Wort.

Abgeordneter Lessenich: Die laufende Nr. 31 ist zu berichtigen, weil bei der Drucksache ein Irrtum unterlaufen ist. Zu Nr. 31 schlägt der Sachausschuß Ihnen vor, diese Sache dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Zu Nr. 30 und 32 schlägt Ihnen der Sachausschuß Ablehnung vor.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wir treten in die Besprechung ein. Das Wort hat Herr Abgeordneter Zimmer.

Abgeordneter Zimmer: Die Frage der Hochwassergeschädigten spielt in den letzten Jahren in der Rheinprovinz fast in allen größeren Parlamenten eine sehr große Rolle. Wir haben aus diesem Grunde drei Anträge zu dieser Frage gestellt. In dem ersten Antrag verlangen wir: Zur ausreichenden, sofortigen Hilfeleistung wird im Etat für Hochwasserschutz 1 Million RM bereitgestellt. Aus diesem Fonds sind an alle geschädigten Kleinlandwirte und Kleinwinzer zinslose unbefristete Darlehen zu gewähren, die als verlorene Zuschüsse zu betrachten sind. Die Zuschüsse sind nicht durch die Landwirtschaftskammer, sondern durch örtlich zu bildende Geschädigten-Komitees aus den Kreisen der geschädigten Kleinbauern, Kleinwinzer und Arbeiter selbst zu verteilen, um zu verhindern, daß nicht die Zuschüsse an die Großbauern und Gutbesitzer ausgeschüttet werden.

Wir haben feststellen können, daß des öfteren Mittel zur Verfügung gestellt wurden, daß aber den Vermitteln der Armen und den Geschädigten gerade aus den unteren Gruppen der Bevölkerung nichts zugute gekommen ist. Die Preussische Staatsregierung und der Landtag haben vor einigen Monaten beschlossen, die aus den Jahren 1926, 27 und 28 stammenden staatlichen Hochwasserkredite im Notfalle niederzuschlagen. Also im Notfalle! Das bedeutet auch hier wieder, daß gerade die Besitzenden und Großbauern es wie bisher glänzend verstehen werden, durch ihre Protektion, die sie bei den oberen Verwaltungen haben, diese bezogene Mittel gestrichen bekommen, während es den kleinen Landwirten hier wieder abgelehnt wird.

Ein anderer Antrag besagt, daß die Hochwasserschädigten von 1930 bis zu einem Jahreseinkommen von 4000 RM aus diesem Fonds Vergünstigungen erhalten.

Dann weiter: „Bei Eintritt von Hochwasser sind in allen bedrohten Flußgebieten der Rheinprovinz erwerbslose Arbeiter, die für den Hochwasserdienst eingestellt werden, zum vollen Tariflohn auf der Grundlage des 7-Stunden-Tages mit vollem Lohnausgleich entsprechend einer Achtstundenschicht zu entlohnen. Dabei ist der im Bezirk geltende Lohn tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter zugrundezulegen, zuzüglich einer mindestens 50 Prozent betragenden Wasserzulage. Dabei sind den beschäftigten Arbeitern Wasserstiefel, wasserdichte Kleidung und menschenwürdige Unterkunft kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Auch für diese Kosten soll 1 Million RM zur Verfügung gestellt werden.“

Die Anweisungen der Preussischen Regierung für die Hochwassergebiete lauten, daß die Bewohner der bedrohten Gebiete und nötigenfalls auch der Nachbargebiete zu den Schutzarbeiten unentgeltlich herangezogen werden können, und daß diese Arbeiter auch noch die dazu erforderlichen Arbeitsgeräte und Beförderungsmittel mitzubringen haben. Nun, wir stellen gerade aus diesem Grunde den Antrag, daß diese Mittel nicht von den Arbeitern aufgebracht werden, sondern daß sie vom Staate bereitgestellt werden.

Die Nationalsozialistische Partei hat ebenfalls einen Antrag auf Drucksache 36 gestellt. Obwohl sie sich eigentlich gegen die Preussische Staatsregierung in einem scharfen Kampfe befindet, stellt sie in diesem Antrag an die Preussische Staatsregierung die Forderung, der Provinziallandtag solle an die Preussische Staatsregierung appellieren. Ich glaube, das kennzeichnet gerade auch hier wieder Euren demagogischen Antrag, die Preussenregierung solle hier helfen. Ich habe die Auffassung gehabt, daß Ihr auf dem Standpunkt steht, daß die Preussenregierung wirklich nicht den Ärmsten der Armen in der Rheinprovinz helfen kann.

Wir sehen, daß diese Katastrophen beim Hochwasser in der Rheinprovinz immer größere Ausmaße annehmen, und selbst in Drucksache 19 wird darauf hingewiesen, welche ungeheure Verluste durch das Hochwasser zu verzeichnen sind; z. B. ist in den Jahren 1925 und 26 allein in der Stadt Neuwied eine Summe von 2 350 000 RM durch Hochwasserschäden verloren gegangen. Man sollte deshalb annehmen, daß endlich mit der Flußregulierung begonnen wird und die erforderlichen Arbeiten durchgeführt werden. Wir müssen aber leider feststellen, daß es hier noch sehr im Argen liegt.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir auch betonen — und das kennzeichnet wieder die heutige bürgerliche Gesellschaft —, daß die Landesarbeitsämter in der Rheinprovinz heute dazu übergehen, tausende erwerbslose Arbeiter dem ehemaligen sogenannten Erbfeind als Arbeitsflaven auszuliefern. Arbeiter werden durch die Arbeitsämter gezwungen, in Südfrankreich große Talperrren zu bauen, während im Rheinland durch diese Katastrophen, die alljährlich infolge des Hochwassers in Erscheinung treten, Millionenwerte vernichtet werden. Weiter wurde festgestellt, daß nicht nur Talperrren von deutschen Arbeitern in Südfrank-

reich gebaut werden, sondern daß man sie in der letzten Zeit auch dazu benutzt, in Nordfrankreich Festungen zu bauen, zum Schutz vor dem Angriff des vielleicht in Zukunft von den Nationalsozialisten heraufbeschworenen neuen Weltkrieges. Ich glaube, daß ein Staat und eine Kultur mit allen Mitteln zu bekämpfen sind, die deutsche Arbeiter an den „Erbfeind“ ausliefern. Die Leute, die das an den Arbeitsämtern durchführen, wofür auch die Provinzialverwaltung verantwortlich ist, reden sehr viel von ihrer nationalen Befinnung. Das haben wir besonders auch bei der Eröffnungsrede des Oberpräsidenten und Statrede des Landeshauptmanns feststellen können. In Wirklichkeit aber verschachern Sie deutsche Arbeiter an die Franzosen, damit sie dort Festungen und Talperrren bauen können.

Wir sagen, daß die geschädigten Kleinbauern, Winzer und auch Arbeiter, die bis heute fast nichts an Entschädigung bekommen haben (Zuruf des Abgeordneten Melsheimer: Warum denn nicht?), denen man in Köln z. B. ein oder zwei Zentner Briketts gegeben hat, damit sie ihre Wohnung wieder austrocknen konnten, die tagelang unter Wasser gestanden hat, — wir sagen ihnen, sie werden von den bereitgestellten Mitteln nur dann etwas bekommen, wenn sie sich mit der Arbeiterschaft zusammenschließen im Kampf gegen das gesamte System. (Zuruf des Abgeordneten Melsheimer: Wir wollen keine Almosen!)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Rosenhausen.

Abgeordneter Dr. Rosenhausen: Meine Damen und Herren! Mit der zur Debatte stehenden Materie hat sich der Hauptauschuß des Preussischen Landtags am 26. Januar d. J. stundenlang befaßt. Im Vordergrund der dortigen Erwägungen standen die Hochwasserschädenkredite und gegebenenfalls deren Übernahme durch den Preussischen Staat. Uebereinstimmend wurde festgestellt, daß die Behandlung der Hochwasserschädenkredite durch die verschiedenen Kreditgeber mangels Einheitlichkeit des Vorgehens, vor allem in den Fragen der Zinsverbilligung, der Stundung, der teilweisen oder vollkommenen Niederschlagung, eine sehr starke Erbitterung ausgelöst habe.

In der Tat sind es reine Zufälligkeiten, die heute den einen Hochwasserschädigten schon wieder von seiner Schuld frei dastehend sein lassen, während der andere Hochwasserschädigte noch unter der kontrahierten hochverzinslichen Schuld zu leiden hat, und zwar vielfach in einer Weise, die seine Existenz bedroht.

Leider ist es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, den Preussischen Staat zur Übernahme und demnächstigen Niederschlagung der von den anderen Stellen gegebenen Hochwasserschädenkredite zu bewegen. Der Finanzminister und der Innenminister ließen übereinstimmend durch ihre Vertreter folgendes erklären: — der Finanzminister, daß eine solche Übernahme der von anderen Stellen gewährten Darlehen grundsätzlich unzulässig sei, und der Vertreter des Innenministers wörtlich: „Ausgeschlossen erscheint es, von anderen Stellen gewährte Darlehen zu übernehmen und dann wiederzuschlagen. Hierfür besteht keine sachliche Rechtfertigung. Wenn der Staat verlangt, daß sich neben ihm Provinz und Reich an der Bereitstellung von Notstandsmitteln mit je $\frac{1}{3}$ beteiligen, so muß er auch verlangen, daß diese Stellen bei der Niederschlagung ebenso wie der Staat verfahren.“

Ich halte diesen Standpunkt in seiner Unbedingtheit und Verallgemeinerung nicht für richtig. Das, was man aber zum mindesten fordern kann, ist, daß sich die anderweitigen Kreditgeber dem staatlichen Vorgehen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit tunlichst weitgehend anpassen und nach Möglichkeit dafür Sorge tragen, daß der gegebene Kredit in den Zins- und Zahlungsbedingungen wirtschaftlich erträglich gestaltet wird. Keinesfalls darf es dazu kommen, daß eine wegen unterlassener Zentralisierung falsch aufgelegene Organisation jener Kredite dazu führt, daß aus einer Hilfsaktion genau das Gegenteil wird.

Weshalb ich mich aber besonders zum Wort gemeldet habe, das ist ein Vorfall in jener Sitzung, zu dem ich die Verwaltung bitten möchte, hier in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. In dieser Sitzung ist ein geradezu ungeheurer Vorwurf gegen die Provinzialverwaltung erhoben worden. Um nicht etwas zu sagen, was vielleicht hinterher beanstandet werden könnte, zitiere ich mit Genehmigung des Präsidenten die kritische Bemerkung des Geheimen Finanzrats Bank, so wie sie im Sitzungsprotokoll des Hauptausschusses in der bekannten Form der indirekten Rede steht. Dort heißt es:

„Die Förderung der Arbeiten in der Rheinprovinz sei durch das Verhalten der Provinz stark behindert worden. Obgleich sie anderen Provinzen gegenüber noch in leidlicher Lage sei, habe sie jetzt angefangen, sich der Zahlung der Beiträge zu entziehen. Die Provinz halte sich, wie man bei den Eindeichungsarbeiten in Neuwied erfahren habe, für den von ihr hinzugebenden Teil der Mittel durch Rückgriffe auf den Kreis und die Stadt schadlos. Bei einem solchen Verhalten könne er die Verpflichtung nicht als erfüllt ansehen, daß die Provinz $\frac{2}{3}$ der Mittel zu tragen habe. Die Folge sei, daß die staatlichen Mittel für eine geringere Zahl von Fällen reichen würden. Seinerzeit habe ihm der Abgeordnete Verhülsdonk versprochen, in dieser Frage einzugreifen, doch habe er bisher noch nichts davon bemerkt. Bei der dringenden Not und dem Stand der Bauarbeiten sei dem Staat nichts anderes übrig geblieben, als die Augen zuzudrücken; für die Zukunft aber müßten derartige Maßnahmen unter allen Umständen verhindert werden.“

Ich möchte bitten, daß die Verwaltung zu diesen Ausführungen Stellung nimmt; natürlich nicht mit dem Ziel, die Gegensätze zu verschärfen, sondern mit dem Ziel, die offensichtlich bestehenden Unstimmigkeiten zu beseitigen, weil die Erfahrung lehrt, daß das Bestehen solcher Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen an der gleichen Sache interessierten Behörden nicht selten geeignet ist, der Sache selbst schweren Schaden zuzufügen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Landesrat Rib.

Landesrat Rib: Meine Damen und Herren! Sie haben gestern von einem der Herren Redner schon gehört, daß bei Neuwied erhebliche Ueberteuerungen vorgekommen sind. Der Deichbau Neuwied ist von der Stadt Neuwied in enger Fühlungnahme mit den zuständigen staatlichen Stellen durchgeführt worden. Es ist nun wohl selbstverständlich, daß, als man zum ersten Male an die Provinzialverwaltung herantrat und ihr sagte, sie möchte sich an diesen Ueberteuerungen

beteiligen, wir auf dem Standpunkte standen: diese Ueberteuerungen gehen in erster Linie Staat und Stadt an. Ich meine, das ist ein ganz selbstverständlicher Standpunkt, den wir von der Provinzialverwaltung hier eingenommen haben. (Sehr richtig!)

Nun haben längere Verhandlungen zwischen allen Beteiligten stattgefunden, die zu dem Einigungsvorschlag geführt haben, der dann Gegenstand der Vorlage geworden ist, die Ihnen jetzt vorliegt. So ist der Sachverhalt, und ich glaube, der Standpunkt der Provinzialverwaltung in dieser Frage wird wohl von jedem Mitglied dieses hohen Hauses im Interesse der Finanzen der Provinz gebilligt werden.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Melsheimer.

Abgeordneter Melsheimer: Meine Damen und Herren! Im Verlaufe unserer Stellungnahme zu den eingegangenen und zur Beratung stehenden landwirtschaftlichen Anträgen werden Sie ersehen, daß wir ganz auf Liebe eingestellt sind und sonst gar nichts. Allerdings nicht auf die Art von Liebe des Blauen Engels, die der schwarze Engel duldet, sondern einzig und allein auf die unbändige Liebe zu unserem deutschen Volke und Vaterland, auf die Liebe, die uns niemand aus unserem Herzen reißen kann. (Zuruf aus der Mitte: Ach nein, wie begeistert!)

Meine Damen und Herren, schon jahrelang reden Sie von der zum Himmel schreienden Not der deutschen Winzer und Bauern. Der Bauer glaubt aber mit Recht nicht mehr an Ihre ehrliche Ueberzeugung. Denn sonst hätten alle Ihre auf den Bauer abgestimmten Notrufe einen ganz anderen Erfolg haben müssen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dichtigans: Jetzt kommt die Bauernfängerei!) Die kommt jetzt; aber nicht in der Weise, wie Sie sie schon 12 Jahre ausüben. 1913 kostete ein Doppelzentner Gerste 20 RM; der Bauer konnte sich dafür 3 Paar Schuhe kaufen. Heute kostet der Doppelzentner Gerste 18 RM; also kann sich der Bauer heute 1 Paar Arbeitsschuhe dafür kaufen. Der deutsche Winzer von der Rentrumsmosel kann sich heute für ein verkauftes Liter Wein noch nicht einmal 1 Liter Selterswasser kaufen. 1923 war die Butter die billigste Wagenschmiere. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse liegen 10–30 Prozent unter Friedenspreis, während die Erzeugnismittelpreise 20–28 Prozent über Friedenspreis liegen. Dabei hat sich die Landwirtschaft vor dem Kriege nur mit 3 Prozent rentiert. Und dies alles ist geschehen unter Ihrer tatkräftigen landwirtschaftsfreundlichen Politik! Nun sind wir Nationalsozialisten uns bewußt, daß wir mit unseren Anträgen keineswegs die Not des Bauern und Winzers beseitigen können (Hört, hört! bei den Kommunisten); nur etwas lindern können wir sie. Denn die Not der Landwirtschaft ist die Not des gesamten deutschen Volkes, ist die gemeinsame Not. (Zurufe bei den Kommunisten.) Bei uns gibt es keinen Klassenkampf in der Wirtschaft, weil wir alle zuerst säen und dann erst ernten können. Fest steht jedenfalls, daß die Landwirtschaft als erster deutscher Beruf im Sarge der Erfüllungspolitik und der neudeutschen Innenpolitik lag. Das ist nämlich der Sarg, aus dem es eine Auf-erstehung nur unter bestimmten Voraussetzungen geben wird.

Nachdem nun die deutsche Landwirtschaft im Sarge der Erfüllungspolitik lag und im Sarge der neuen deutschen Innenpolitik, da erst wurden die übrigen deutschen Berufe mit in den Strudel der Erfüllungspolitik gerissen. Sie können es verstehen, daß wir sehr gut im Bilde sind, wenn wir von Geldsackpatrioten sprechen. An und für sich will der Bauer gar kein Almosen. Er ist, wie ich Ihnen vorhin zugerufen habe, gewöhnt, zuerst einmal zu säen und dann zu ernten. Nun ist die Sache so, daß wir wohl gesät haben, aber auf Grund Ihrer verkehrten Politik ist uns die Ernte gestohlen worden und Sie geben uns vielleicht nur einen Teil dessen wieder, wenn Sie unsere Anträge annehmen. Eine Rettung bedeutet es nicht.

Meine Damen und Herren, grundsätzlich nehmen wir zu den eingegangenen und zu besprechenden Anträgen folgende Stellung.

Weil die Landwirtschaft der ewige Urquell, der Gesundbrunnen eines jeden Volkes ist, weil sie in unserem deutschen Schicksalskampf auf das eindeutigste bewiesen hat, daß sie von früh bis spät nur Kampf und deutschen Kampf kennt und man ihr nur zugunsten des internationalen Geldbeutels die Ernte immer gestohlen hat, so bewilligen wir sämtliche Anträge, die der Landwirtschaft zugute kommen. Ganz besonders betone ich, daß wir auch für die landwirtschaftlichen Anträge der SPDisten stimmen (Hört, hört! links), soweit, meine Herren, diese Zustimmung nicht auf Kosten anderer landwirtschaftlicher Etatspositionen geht. Besonders betonen wir dabei ausdrücklich, daß wir das tun, weil wir damit bezeugen, daß die SPDisten eben nur aus Agitationsgründen, aus Bauernfängergründen, diese Anträge gestellt haben. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Meine Herren, Sie haben noch nicht Ihren Grundsatß widerrufen, daß die Sozialisierung dann vollendet sei, wenn der letzte deutsche Bauernhof sozialisiert ist. Und das tun Sie ja in schon bald zwölf Jahren. Meine Damen und Herren, wir stimmen also auch diesen SPD-Anträgen zu, und zwar aus den angeführten Gründen, besonders auch noch deswegen, weil wir, wenn es nicht möglich ist, der gesamten Landwirtschaft das zugute kommen zu lassen, wenigstens diesem Teil der Landwirtschaft etwas zugute kommen lassen wollen.

Das sind die Gründe. Sie reden ja immer von dem Kleinbesitz und dem Großbesitz. Wir Nationalsozialisten stehen auf dem Standpunkt, daß wir keinen Klassenkampf in unseren Reihen dulden. (Zurufe links.) Sie sind fürchtbar landwirtschaftsverständnis, das merke ich. Ich werde mich jetzt aber besonders mit Ihnen beschäftigen. Ich will Ihnen das eine sagen: Wenn der Großbetrieb nicht wäre, meine Herren, dann wären Sie schon verhungert. Das beweise ich Ihnen. Ich erinnere nur an die Tier- und Pflanzenzüchtung, die so erfolgt, daß unsere Tier- und Pflanzenzucht uns in die Lage setzt, aus der Flächeneinheit den dreifachen Ertrag wie der Großvater herauszuwirtschaften. Sonst hätten wir nicht die Möglichkeit, unser Volk zu ernähren. Meine Herren, das ist eben nur der Großbetrieb, der diese Maßnahmen treffen kann. Der Großbetrieb kann allein Tiere züchten, nicht der Kleinbauer, und der Großbetrieb kann auch nur Pflanzenzucht betreiben. (Zuruf: Und der Großwinzer!) Sie

haben ja einen Vogel im Kopf und Ihre Hähne legen ja Eier. (Seiterkeit.)

Meine Herren, so ist die Sachlage. Ich will damit betonen, daß wir nicht Stellung nehmen gegen die Großlandwirtschaft, indem wir die Anträge der Herren der äußersten Linken annehmen. Wir beweisen vielmehr, daß wir ein Herz haben auch für die Kleinbauern, ohne entschieden Front zu machen gegen den notwendigen Großgrundbesitz, aus Staatsrückichten, aber nur soweit er eben notwendig ist.

Meine Herren, ich bitte Sie alle, in diesem Sinne unseren landwirtschaftlichen Anträgen — es steht allerdings augenblicklich nur einer zur Beratung, das ist der Antrag betreffend Hochwasser- und Wolkenbruchschäden — zuzustimmen.

Es ist im Ausschuß, in dem ich selbst zugegen war, gesagt worden, dieser Antrag sei deswegen nicht so annehmbar, weil er eine gewisse Berufsgruppe besonders begünstigen wolle. Ich frage aber: Welchen Beruf haben Sie denn bisher am meisten begünstigt? Sie haben es ja erreicht, daß wir kaputt sind. Sie reden immer von Sozialisierung und von sozialem, menschenwürdigem Dasein. Sie haben sich noch niemals beschwert, obwohl Sie schon jahrelang von der Kürzung der Arbeitszeit reden, daß wir von früh bis spät arbeiten, meine Herren von der Linken, das tun Sie nur deshalb nicht, weil es gegen Ihre eigenen Interessen ginge, weil dann der Zentner Kartoffeln heute keine 2,50 RM beim Bauern kosten würde. Nur deswegen sind Sie da still mit Ihrem „menschenwürdigem Dasein“. Sie können ganz ruhig zusehen, wenn der Bauer von morgens früh bis abends spät und noch bis in die Nacht hinein arbeitet.

Wir bitten Sie nochmals, unseren Anträgen zuzustimmen.

Stellvertretender Vorsitzender *C h e r l e*: Das Wort hat Herr Abgeordneter Ernst. (Abgeordneter Ernst verzichtet.) Dann ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zu Punkt 27 wird unveränderte Annahme beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 28 wird Ablehnung beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 29 desgleichen. Auch das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 30 ebenso. Auch das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 31 ist Ueberweisung beantragt. Es ist so beschloffen.

Zu Punkt 32 wird Ablehnung beantragt. Auch das ist beschloffen.

Dann kommen wir zu den Punkten 33—51.

Wir werden die Herren Berichterstatter wohl der Reihe nach hören müssen.

Zu den Punkten 33 und 34 hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Gessinger das Wort.

Abgeordneter Gessinger: Zu 33 und 34 schlägt der II. Sachausschuß unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender *C h e r l e*: Zu 35 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Körner.

Abgeordneter Körner: Der II. Sachausschuß schlägt unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender *C h e r l e*: Zu 36 und 37 ist Berichterstatter Herr Dr. Gilleß.

Abgeordneter Dr. Gilles: Der II. Sachausschuß schlägt zu Punkt 36 ebenfalls unveränderte Annahme vor.

Zu Punkt 37 schlägt der II. Sachausschuß Ihnen die Ueberweisung an den Provinzialausschuß vor. Der Sachausschuß II hat sich bei seiner Entscheidung davon leiten lassen, daß unbedingt etwas geschehen müsse, um das gewaltige Elend in der Wasserversorgung in den Höhengebieten der Provinz zu beheben. Es ist wiederholt hier im Hohen Hause davon gesprochen worden und Sie wissen es selbst, meine Damen und Herren, daß gerade in den Kreisen des Höhengebietes mehr als die Hälfte der Gemeinden ohne Wasserversorgung ist, daß in diesen Gebieten Ortschaften, die keine Wasserleitung haben, gezwungen sind, ihr Trinkwasser aus dem vorbeifließenden Bach zu nehmen, in den oberhalb liegende Ortschaften ihre Abwässer einleiten. Man muß wirklich Gott danken, daß bisher noch keine größeren Epidemien da ausgebrochen sind. Es ist nun festzustellen, daß die Gemeinden, die heute eine Wasserleitung haben, diese leicht und billig in der Vorkriegszeit herstellen konnten, daß die Gemeinden aber, die heute noch keine Wasserleitung haben und die bereits in der Vorkriegszeit, als es in den Eifel- und Höhengebieten noch gut ging, nicht in der Lage waren, diese teuren Anlagen herzustellen, das erst recht nicht in der heutigen wirtschaftlichen Notzeit können. Die Gemeinden können günstigstenfalls nach den bisherigen Bestimmungen 25 Prozent aus dem Westfonds als verlorenen Zuschuß bekommen und müssen die restlichen 75 Prozent als hochverzinsliche Anleihe aufnehmen, die aber durch das Wassergeld zu verzinsen und zu amortisieren ist. Meine Herren, es kommen da tatsächlich Fälle vor, wo diese verarmten Eifelbauern, ebenso die Bauern des Hunsrück und des Westerwaldes, ein Wassergeld von 80 Pf., 1 RM und sogar 1,20 RM pro Kubikmeter zahlen müssen. Das ist bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage gerade dieser Gebiete ein unhaltbarer Zustand. (Zustimmung.)

Deshalb beabsichtigt der vorliegende Antrag — und der Sachausschuß hat sich dem angeschlossen —, eine weitere Möglichkeit der Verbilligung zu schaffen, damit auch diese armen Leute, die da oben in den Höhengebieten wohnen, in die Möglichkeit versetzt werden, endlich zu einem einwandfreien Trinkwasser zu kommen.

Der Sachausschuß II schlägt also Ueberweisung an den Provinzialausschuß vor.

Stellvertreter der Vorsitzender **Berle**: Als nächster Berichterstatter hat Herr von Stedman das Wort. Er scheint nicht anwesend zu sein. Dann gebe ich dem folgenden Berichterstatter, Herrn Latten, das Wort.

Abgeordneter **Latten**: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß II hat in seiner gestrigen Sitzung die Haushaltspläne und Rechnungen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Betriebe der Provinz Hylersward am Niederrhein, Desdorf im Kreise Bergheim und Provinzialdomäne Lammersdorf in der hohen Eifel eingehend geprüft. Auf Grund dieser Prüfung ist der Sachausschuß II zu dem Resultat gekommen, die unveränderte Annahme dieser drei Haushaltspläne zu beantragen.

Hinsichtlich der von der KPD. eingereichten Anträge unter Nr. 55, 52, 53, 82, 83, 102, 103 und 54 hat nach Prüfung der Anträge der Sachausschuß II sich ent-

schließen müssen, die Ablehnung dieser Anträge zu beantragen.

Meine Damen und Herren, als alter, in der Praxis ergrauter Landwirt möchte ich einige Worte an Sie richten bezüglich der von der Provinz betriebenen und finanzierten landwirtschaftlichen Betriebe, besonders der Domäne Lammersdorf in der hohen Eifel. Die beiden ersteren Betriebe werfen schon eine geringe Einnahme ab, wohingegen die Domäne Lammersdorf noch einen geringen Zuschuß, in diesem Jahr von rund 4000 RM, verlangt. Meine Herren, ich möchte bemerken, daß dieser Zuschuß, der seit dem Bestehen dieser Domäne jährlich sinkt, naturgemäß bedingt wird durch die Kultivierung von Oedländereien. Es ist jedem Landwirten bekannt, daß solche Ländereien in den ersten paar Jahren gar keinen oder nur geringen Ertrag liefern können. Trotzdem dieser Zuschuß noch notwendig wird, halte ich gerade die Domäne Lammersdorf als Mustergut für in hohem Maße fruchttragend. Ich glaube, daß das Provinzialkapital, das in diese Domäne gesteckt wird, doch recht gute Zinsen bringt. Meine Herren, gerade in der hohen Eifel, wo der Bauer vielleicht an manchen Orten doch etwas allzu sehr am Althergebrachten hängt, wird ihm hier in seiner allernächsten Nähe — er kann sich davon durch eigenen Augenschein überzeugen — gezeigt, wie auch auf ärmerem Boden durch verständnisvolle, kluge Kulturarbeiten, durch sachgemäße Ausnutzung der technischen Hilfsmittel, durch ebenso sachkundige Anwendung der Hilfsmittel, die wir in dem Kunstdünger haben, dem armen Eifelboden doch etwas bessere Erträge abgerungen werden können, als es bisher der Fall gewesen ist.

Ebenso verhält es sich bei der Viehhaltung. Man hat auf dieser Domäne durch Einführung von schwarzbuntem Niederungsvieh, das im Milch- und Fleischertrage bekanntlich dem gewohnten Vieh in der Eifel überlegen ist, gezeigt, daß man durch sachkundige Ausbeutung der Hilfsmittel, indem man die Weiden sachgemäß anlegt, sie in die richtige Lage zu Wind, Licht und Sonne bringt und sie besonders richtig und sachgemäß düngt, auch höhere Erträge aus unserer Viehhaltung erzielen kann.

Nach Prüfung der Rechnungen und Haushaltspläne kann ich persönlich als Landwirt nur meine Freude an diesem landwirtschaftlichen Betriebe kundtun. Ich sage — ich darf das auch im Sinne des Sachausschusses II tun — sowohl der Provinzialleitung wie der Verwaltung, den Beamten und Angestellten der Güter meine Anerkennung und meinen Dank. (Beifall.)

Stellvertreter der Vorsitzender **Berle**: Das Wort hat der Mitberichterstatter Herr von Stedman.

Abgeordneter von **Stedman**: Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde gestern im Sachausschuß beraten; irgendwelche Beanstandungen zu dem Kapitel 30 sind nicht gemacht worden. Der landwirtschaftliche Ausschuß empfiehlt reslofe unveränderte Annahme der Vorlage.

Ich darf dazu bemerken, daß in dem Kapitel 30 eine Minderausgabe von 135 800 RM eingetreten ist. Das ist für die Landwirtschaft schmerzlich, muß aber bei der Finanzlage der Provinz in Kauf genommen werden.

Darf ich gleichzeitig über die nächsten Positionen berichten? (Stellvertretender Vorsitzender Eberle erklärt sich einverstanden.)

Dann, meine Damen und Herren, stand zur Beratung das Kapitel 31: unsere landwirtschaftlichen Schulen. Im Gegensatz zu dem Kapitel 30, wo Ersparnisse erzielt und Streichungen vorgenommen wurden, ist dies beim landwirtschaftlichen Schulwesen nicht eingetreten. Es ist im Gegenteil eine Erhöhung eingetreten, entsprechend den Wünschen, die nicht bloß aus Kreisen der Landwirtschaft, sondern allgemein aus den Kreisen der Provinz betreffs des landwirtschaftlichen Schulwesens erhoben worden sind. Meine Damen und Herren, wir müssen bei dem landwirtschaftlichen Schulwesen (Kapitel 31) auseinanderhalten die eigenen landwirtschaftlichen Schulen, die unter a) aufgeführt sind, und die Beihilfen für landwirtschaftliche Schulen und Versuchsstationen, die unter b) aufgeführt sind.

Bezüglich der eigenen landwirtschaftlichen Schulen möchte ich dem Plenum unterbreiten, was seitens der Provinzialverwaltung zu diesem Abschnitt ausgeführt worden ist. Im Laufe der letzten Jahre ist es gelungen, den berechtigten Wünschen der landwirtschaftlichen Fachkreise Rechnung zu tragen und die Weinbauschulen weiter auszubauen. Es steht zweifelsohne fest, daß in früheren Jahren für die Weinbauschulen etwas zu wenig geschehen ist und daß auch der Besitz an Areal, besonders in Kreuznach, wo er bloß acht Morgen betrug, für die Bedürfnisse der rheinischen Schulen zu klein war. Es fehlte vor allen Dingen auch in Kreuznach der moderne Kellerbetrieb. Die Winzer haben schon seit Jahren erkannt, daß die Ausbildung in der Kellerwirtschaft auf der Weinbauschule genau so wichtig ist wie die Ausbildung im Weinbau in den Weinbergen.

Meine Damen und Herren! Der Ausbau der Schulen in Trier und Kreuznach ist nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Verwaltung steht auf dem Standpunkt, daß nunmehr, nachdem in der nötigen Weise für den Weinbau gesorgt worden ist, in den jetzt kommenden Jahren ein Gebiet besonderer Fürsorge bedarf, das bisher etwas vernachlässigt worden ist, das ist der Obstbau. Infolgedessen hat die Verwaltung ihre Absicht im Ausschuß kundzugeben, daß die laufenden Mittel, die bisher für den weiteren Ausbau der Weinbauschulen verwandt worden sind, nunmehr in den kommenden Jahren in ganz besonderem Maße dem Obstbau zugute kommen sollen. Wir haben das im landwirtschaftlichen Ausschuß begrüßt, und der landwirtschaftliche Ausschuß hat sich damit einverstanden erklärt.

Bei dieser Gelegenheit glaube ich im Namen des landwirtschaftlichen Ausschusses, jedenfalls im Namen meiner landwirtschaftlichen Freunde, dem Herrn, der nunmehr die Leitung der Weinbauschulen niederlegen will, dem Herrn Landesrat Müller I, der sich mit ganz besonderer Liebe und Sorgfalt des Ausbaues der Schulen angenommen hat, unseren Dank für diese Tätigkeit aussprechen zu dürfen. (Bravo!)

Nun gestatten Sie mir ein paar Worte über das, was zu den einzelnen Unterhaushalten gesagt worden ist, zunächst Oewig. Die Schule in Oewig kann mit den früheren landwirtschaftlichen Schulen, die wir in der Rheinprovinz haben, in keiner Weise verglichen

werden. Es handelt sich dort um eine Schule mit einem vollwertigen landwirtschaftlichen Betrieb und gleichzeitig mit einem Internat. Diese Schule soll den landwirtschaftlichen Bedürfnissen gerade des Grenzgebietes in ganz besonders hohem Maße entsprechen, wie überhaupt festzustellen ist, daß die Schaffung der Schule in Oewig, des Klimaforschungsinstituts in Trier, kurz alles, was für Trier geschehen ist, in ganz besonderem Maße unter dem Gesichtspunkte der Grenzhilfe mit zu betrachten ist.

Meine Herren! Bezüglich Oewigs muß ich die Erörterung einer Spezialfrage erwähnen, um in meinen Ausführungen vollständig zu sein. Das ist die Frage, die im Ausschuß erörtert wurde: Soll die Schule für ihren Milchbetrieb schwarzbuntes Vieh führen oder soll dort das in der Trierer Gegend bodenständige Glanvieh gehalten werden? Die Leitung der Anstalt hat in letzter Zeit schwarzbuntes Niederungsvieh eingeführt in der Annahme, daß dieses — das trifft an sich für die Rheinprovinz allgemein zu — für einen Milchbetrieb das Gegebene sei. Aber, meine Damen und Herren, auf der anderen Seite muß man den Gefühlen der Bevölkerung Rechnung tragen und in einem Bezirk wie dem Trierer, wo das Glanvieh das bodenständige Vieh ist, nun auch in dieser Anstalt, wo junge Mädchen aus dem dortigen Bezirk ausgebildet werden, auch solches Vieh halten, mit dem sie nachher in der eigenen Wirtschaft zu tun haben. Der Ausschuß hat sich daher auf den Standpunkt gestellt und die Verwaltung hat sich dem angeschlossen, daß in Oewig in Zukunft statt des schwarzbunten Viehes das Glanvieh geführt werden soll.

Ein Wort zu der Gemüseschule. Die Trierer Schule erfüllt in ganz besonderem Maße die Bedürfnisse für das Grenzgebiet. Wir haben die Beobachtung gemacht, daß in Trier bisher in erster Linie Gemüse aus dem Luxemburger Gebiet auf den Markt gekommen ist. Die Einfuhr dieser Luxemburger Gemüse ist aber für Deutschland überflüssig, denn wir können das Gemüse selbst erzeugen; es gehört bloß die nötige Vorbildung dazu. Und diese Vorbildung soll eben durch die Gemüseschule in Trier geschaffen werden, ganz besonders im Hinblick auf die kommende Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Deutschen Reiche, wo dann gerade dem Trierer Gebiet ein besonders günstiger Absatz in das eng besiedelte Saargebiet ermöglicht wird.

Das Klimaforschungsinstitut, das ebenfalls in Trier gegründet wurde, hat zum ersten Male sachliche Ausgaben erfordert, weil die Anstalt neu ihren Betrieb aufgenommen hat. Eine besonders große Verbilligung auf personellem Gebiete ist dadurch bei dem Klimaforschungsinstitut eingetreten, daß der Leiter der Anstalt gleichzeitig der Vorsitzende des Reichsausschusses für die Frostbekämpfung im Weinbau ist.

Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß empfiehlt, auch das Kapitel 31 unverändert gemäß der Vorlage des Provinzialausschusses anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Zu Punkt 39 und Punkt 40 ist der Berichterstatter Herr Abgeordneter Nebus.

Abgeordneter Nebus: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß schlägt Ihnen zu Punkt 39 unveränderte Annahme und zu Punkt 40 Ablehnung vor.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Zu den Punkten 41 bis 44 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Döttsch.

Abgeordneter Döttsch: Meine Damen und Herren! Die Vorlage Drucksache 34: Antrag der Nationalsozialistischen Partei, die Reichsregierung zu erfuchen, daß die seinerzeit der notleidenden Winzerschaft gewährten Reichswinkerkredite nebst angelautenen Zinsen niedergeschlagen werden, ist von dem Vertreter der Verwaltung bekämpft worden, und zwar wegen seiner großen finanziellen Auswirkung. Der Ausschuß hat sich aber trotz der schweren Bedenken, die die Verwaltung geltend gemacht hat, mit einer geringfügigen redaktionellen Milderung, die Sie in der Vorlage 121 finden, entschlossen, den Antrag anzunehmen.

Zu Punkt 42 der Tagesordnung: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD-Fraktion auf Niederschlagung der in den letzten Jahren an Kleinwinzer und Kleinbauern gewährten Kredite, empfiehlt der Ausschuß Ueberweisung an den Provinzialausschuß, damit der Provinzialverwaltung Gelegenheit gegeben ist, etwa entstandene Härten zu mildern.

Zur Vorlage Punkt 43: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialisten, betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Not der Moselwinzer (Drucksache 39) empfiehlt der Ausschuß Ablehnung des Antrages, da er nicht der Ueberzeugung sein kann, daß der Antrag aus sachlichen Erwägungen gestellt worden ist.

Zur Vorlage Punkt 44: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD-Fraktion, betreffend Beihilfe zu dem Bau von Weinbergswegen, hat sich der Ausschuß den Antrag der SPD-Fraktion mit einer geringfügigen Milderung zu eigen gemacht, die Sie auf Drucksache 122 finden. Der Antrag wird zur Annahme empfohlen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Der nächste Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Andres.

Abgeordneter Andres: Zu Punkt 46 und 47 empfiehlt Ihnen der II. Sachausschuß unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Berichterstatter zu Nr. 48 ist Herr Abgeordneter Lessenich. (Abgeordneter Lessenich verzichtet aufs Wort.)

Berichterstatter zu Nr. 49 ist Herr Abgeordneter Schmiß-Habbelrath.

Abgeordneter Schmiß-Habbelrath: Zu Punkt 49 schlägt der II. Sachausschuß dem Provinziallandtag unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Berichterstatter zu Nr. 50 und 51 ist Herr Abgeordneter Engels.

Abgeordneter Engels: Der II. Sachausschuß schlägt auch zu Punkt Nr. 50 und 51 unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Die Aussprache wird nunmehr eröffnet. Die Redezeit beträgt für jede Fraktion 25 Minuten.

Das Wort in der allgemeinen Aussprache hat zunächst Herr Abgeordneter Döttsch.

Abgeordneter Döttsch: Meine Damen und Herren! Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit auf den

Antrag 34 der Nationalsozialistischen Partei. Dieser verlangt, daß sämtliche den Moselwinzern gegebenen Kredite niedergeschlagen und zu stunden sind. Meine Fraktion muß diesem Antrag aus verschiedenen Gründen entgentreten. Wir sind nicht der Auffassung, daß es den Nationalsozialisten mit diesem Antrag ernstgemeint ist. Wir sind der Ansicht, daß niemand, der den Dingen sachlich gegenübersteht, der Meinung sein kann, daß der Antrag einmal irgendwie Aussicht auf Erfolg haben könne. Der Antrag bezweckt lediglich, der uferlosen Demagogie und dem Agitationsbedürfnis der Nationalsozialisten unter den Moselwinzern Vorschub zu leisten. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Mit der Demagogie im politischen Leben haben Sie aber begonnen!) Herr Simon, Ihnen will ich gleich zu Anfang eines sagen: Sie täten besser, sich um Ihren bankrotten Betrieb in Koblenz zu bemühen und dafür zu sorgen, daß der Arbeiterschaft ihr Lohn gezahlt wird, den Sie seit Weihnachten schuldig geblieben sind. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Ich habe erstens gar keinen Betrieb in Koblenz, und zweitens haben wir nicht die jüdischen Gelder, die Sie haben!) Sorgen Sie dafür, daß die Buchdrucker ihren Lohn bekommen, dann haben Sie genug zu tun.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle (unterbrechend): Ich bitte den Abgeordneten Simon, sich auf seinen Platz zu begeben.

Abgeordneter Döttsch (fortfahrend): Wenn man es wirklich ernst meint mit der Niederschlagung von Winkerkrediten, dann hätte man 1927 und 1928 im Reichstag Gelegenheit gehabt, unter einer wesentlich besseren Finanzlage des Reiches den dringenden Bedürfnissen auf Niederschlagung bei den bedürftigen Winzern Rechnung zu tragen. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Warum habt Ihr es denn damals nicht getan?) Ich darf feststellen, daß damals die Mehrheit des Reichstages die von der Sozialdemokratie gestellten Anträge auf stufenweise Niederschlagung abgelehnt hat. (Zuruf des Abgeordneten Melsheimer: Wer ist das gewesen?) Ihre politischen Freunde, Herr Melsheimer! — Wenn von dem Vertreter der Winzer, Herrn Melsheimer, im Ausschuß behauptet worden ist, daß man mit der Annahme dieses Antrages Beruhigung unter die Winzerschaft tragen will, dann darf ich für meine Fraktion behaupten, daß man damit das genaue Gegenteil tut. Man erweckt mit der Annahme dieses Antrages unter den Winzern Hoffnungen, die niemals erfüllt werden können. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Die Sie nicht erfüllen wollen!) Weil man unter den heutigen finanziellen Verhältnissen einfach nicht in der Lage ist, einen Antrag durchzuführen, der eine finanzielle Auswirkung von rund 30 Millionen haben wird. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Sklare hat ja allein 20 Millionen gestohlen!) Aus diesem Grunde müssen wir diesen Antrag bekämpfen. Wir betonen aber ausdrücklich, daß wir durchaus bereit sind, einem Antrage zuzustimmen, der die Provinzialverwaltung ersucht, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß dort, wo wirklicher Notstand herrscht, wo die Zurückzahlung der Winkerkredite eine Härte bedeutet, diese Kredite niedergeschlagen werden, und daß vor allen Dingen die Reichsregierung ersucht wird, unter keinen Umständen Zwangsmaßnahmen bei der Eintreibung der Winkerkredite dort vorzunehmen, wo die Weitreibung eine

Härte bedeutete. Aber die Winzerkredite in ihrer Gesamtheit niederzuschlagen, kann unmöglich in Frage kommen, aus den eben von mir angeführten Gründen. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Sie schlagen lieber die gestohlenen Gelder von Klarck nieder!) Alter Freund, wenn wir nicht im Hause wären, bekämst Du eine runtergehauen! (Erneuter Zuruf des Abgeordneten Simon.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Ich rufe den Abgeordneten Simon zur Ordnung. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Zur Geschäftsordnung!) Sie können das Wort jetzt nicht haben. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Ich bin hier bedroht worden. Der Abgeordnete hat gesagt, er wolle mir eine herunterhauen.) Das Wort in der Sache hat Herr Abgeordneter Melsheimer.

Abgeordneter M e l s h e i m e r: Meine Damen und Herren! Ich kann mich darauf berufen, daß der II. Sachausschuß tatsächlich für unseren Antrag eingetreten ist. Sogar das Zentrum hat erfreulicherweise dafür gestimmt, vielleicht um dem Gerede an der Mosel, daß das Zentrum gegen die Niederschlagung der Winzerkredite gewesen sei, Abbruch zu tun und zu beweisen, daß es für die Niederschlagung der Kredite ist. Ich drücke darüber meine ausdrückliche Befriedigung aus und bitte Sie, auch in diesem Sinne abzustimmen.

Was will nun der Herr von der Sozialdemokratie? Er trägt ja gar nichts anderes vor als das, was auch wir in unserem Antrage verlangen. Er macht bloß die Einschränkung: die Bedürftigkeit ist maßgebend. Wer hat denn die Winzerkredite bekommen? Gehen Sie doch an die Mosel; nur die bedürftigen Winzer haben doch Kredite bekommen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Die haben sie gar nicht angenommen; die wußten, daß sie sie nicht zurückerzahlen konnten. — Zuruf des Abgeordneten Simon: Der bedürftige Herr Gerlach hat sie wieder!) Ich kann Sie bei dieser Schreierei nicht verstehen, obwohl ich ja Bauer bin und den Ochsen schon von weitem erkenne.

Es ist Tatsache, daß die Winzer derartig bedürftig waren, daß die Not zum Himmel geschrieben hat. Noch nie ist es ihnen so schlecht gegangen. Gehen Sie doch mal hin und schauen Sie, wo an der Mosel überhaupt noch Wohlstand ist. Ich weise Ihnen nach, daß wir in unserem Ort 120 Familien, das sind 700 Einwohner, haben, und daß allein Raiffeisen 151 000 RM Forderungen bei unseren Winzern hat. 38 000 RM davon sind allein Winzerkredite; das übrige sind Warenforderungen und Kredite, um Betriebsmittel einzukaufen. Dazu kommen noch über 30 000 RM von einer privaten Kunstdingefirma und einer weiteren Firma, die aber mindestens so viele Sachen hinkiefert. Sie sehen also, daß die Not himmelschreiend ist, und wenn Sie den Antrag nicht bewilligen, so beweisen Sie, daß Sie Ihre landwirtschaftsfeindliche Politik fortsetzen wollen. Ich erwarte, daß Sie Ihr Ausschußversprechen halten und für den Antrag stimmen.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kohl.

Abgeordneter K o h l: Wenn man Guren Mist hier riecht, könnte man die Gasmaske gebrauchen. (Zurufe bei den Nationalsozialisten.) Wenn Sie sich soviel Mist zusammenreden, so brauche ich ihn ja nicht weg-

zugehen. Ich will nur das eine sagen: wenn die Nazis hier so über die Not der Landwirtschaft sprechen, so wollen wir sie doch daran erinnern, daß es gerade in Thüringen und Braunschweig ihre Minister sind, die bisher die volks- und bauernfeindlichste Politik gemacht haben. Sie sind es gewesen, die die verfluchten Youngsteuern, die Sie überall so in Grund und Boden donnern, gerade von den Kleinbauern eingetrieben haben (Hört, hört! bei den Kommunisten); die die Megersteuer über die Arbeiter und Kleinbauern verhängt und mehrfach erhöht haben. Also haben die Nazis wirklich keine Ursache, sich darüber zu beschweren, daß die Not der Bauern so groß ist.

Im übrigen sind es auch die Nazis gewesen, die im Reichstag rücksichtslos die Politik Schiele & Co., diese Zollwucherpolitik unterstützt haben. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Also ist das ganze Theater der Nationalsozialisten nichts anderes als Demagogie. Sie wollen versuchen, ihren Kollegen von der schwarzen Fakultät hier einmal das Wasser abzugraben. Sie machen das bloß nicht so raffiniert; sie toben herum wie die Wilden und werden ausgelacht; das passiert allen Harlekins, das kann man nicht vermeiden. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Ach, Sie armer Geist!)

Die Kommunisten haben eine Anzahl Anträge gestellt, die zwar nicht dazu angetan sind — (ein Nationalsozialist meldet sich zum Wort). — Jetzt gibt es eine Forderung auf schwere Säbel! — Die Nazis haben auch die kühne Behauptung aufgestellt, daß sie gegen jeden Klassenkampf seien, und daß es in ihrer Partei keinen Klassenkampf gibt. Dafür gibt es einen desto erbitterteren Postenkampf. Klassenkampf ist allerdings nach Auffassung der Nazis eine Sache, die künstlich fabriziert wird, wie auch ihre Parteiprogramme, die ja auch danach aussehen. Aber für uns Marxisten ist der Klassenkampf eine gegebene Tatsache (Zuruf des Abgeordneten Simon: Aus der Sie Geld verdienen!), die nicht wegzudiskutieren ist, sondern die jeden Tag in immer neuer Form auftritt. Das ist der Kampf der Reichen gegen die Armen, und der spielt auch in der Bauernschaft eine entscheidende Rolle.

Die Tatsache, daß von den Sachausschüssen vorgeschlagen wurde, unseren eingereichten Antrag abzulehnen, beweist schon, daß diese Parteigruppierungen den Klassenkampf sehr gut verstehen und ihre Kraft ausnützen gegen die werktätigen Bauern des Rheinlandes. Die Anträge, die wir gestellt haben, verlangen — und die in Frage kommenden Beträge sind nicht sehr hoch —, daß Flußregulierungen, Bodenmeliorationen und andere Verbesserungen des Bodens, Wasserleitungen und sonstige Kulturaufgaben, finanziert werden sollen. Damit ist keineswegs die Not der Bauern grundlegend zu ändern oder zu beseitigen, das muß offen ausgesprochen werden. Aber das Zentrum, das hier Anträge nach der Richtung formuliert: „Der Provinziallandtag ersucht den Provinzialausschuß, der Herr Landeshauptmann möge sich mit der Preußenregierung ins Benehmen setzen, daß die Staatsregierung auf dem Wege über die Reichsregierung Maßnahmen erwägt, wie im nächsten Jahre den Bauern eventuell zu helfen ist,“ — solche Kautschufformulierungen lehnen wir ab. (Zuruf des Ab-

geordneten Simon: Das haben Sie gut auswendig gelernt! Ihr bringt das doch noch nicht einmal fertig; Ihr stottert Euch bloß etwas daher! Wir stellen fest, daß das eine grenzenlose Demagogie ist, die dazu dienen soll, die tatsächlichen Erfordernisse der werktätigen Bauern zu vertuschen. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Ihr habt ja gar keine werktätigen Bauern bei Euch; die haben Euch längst erkannt!) Und Ihr habt nur Fememörder. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Die sind uns lieber als Eure gesamte Fraktion. — Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört! — Erneuter Zuruf des Abgeordneten Simon: Lieber als Ihr alle zusammen!) Was die Artgenossen von Goebbels und Hitler hier machen, ist nicht so wichtig. Es ist traurig, daß die Leute sich am Mittwoch im Ältestenausschuß auf die „Art“ des Herrn Ley berufen mußten, daß er wieder hereinkommen könne. So sehen die aus! Solch ein erbärmliches Entschuldigungsgestammel haben wir noch niemals gehört. Das nur als Nebenbemerkung. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Zu Hauptbemerkungen sind Sie ja gar nicht fähig!) Schrei' doch nicht so, dadurch wirft Du ja doch nicht größer!

Die Ursache für die Not der Kleinbauern liegt darin, daß das werktätige Volk kein Geld mehr hat, um Brot und landwirtschaftliche Produkte zu konsumieren. Man kann hier nicht von einer Ueberproduktion sprechen, so daß der Arbeiter und Bauer sich satt essen kann, sondern das Gegenteil ist der Fall. Der beispiellose Brotwucher der Regierung Brüning-Schiele ist es, der diese ungeheure Not der werktätigen Bevölkerung verschuldet. Wir stellen dazu einige Tatsachen fest. Der Lohn der deutschen Arbeiter beträgt im Jahresdurchschnitt 45 Milliarden Goldmark. Nach den amtlichen Feststellungen ist der Lohn in den letzten Jahren relativ gesunken um 13 Milliarden Goldmark, einschließlich der Erwerbslosigkeit, die hier in Frage kommt. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Dafür verdient Gerlach um so mehr!) Diese 13 Milliarden fallen aus im Konsum der werktätigen Massen, und das muß sich auswirken. Wenn die werktätige Bevölkerung für 8 bis 10 Milliarden weniger kaufen kann, so ist es selbstverständlich, daß auch die Kleinbauern nichts mehr kaufen können. Hier liegen die wirklichen Ursachen.

Wir stellen fest, daß nach amtlichen Eingeständnissen der Brotkonsum Deutschlands im letzten Jahre um 30 Prozent gesunken ist. Das sind die Folgen der Hungerpolitik der Regierung Schiele und Brüning. Wir stellen weiter fest, daß es die Partei der Sozialfaschisten gewesen ist, die diese Politik bis zum letzten Augenblick in schamloser Veräbterei der Interessen der werktätigen Massen unterstützt hat. Die Arbeiter, die in Deutschland hungern, sollen durch faschistische Diktatur Experimente, wie sie das Zentrum jetzt unternimmt, satt gemacht werden. Sie schreien über den Kulturholtschewismus, sie versuchen, die Arbeiter gegen die kommunistische Partei aufzupeitschen (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Was hat das mit dem Hochwasser zu tun?), aber kein Papst und kein preußischer Minister kümmert sich darum, daß in den deutschen Getreidelagern hunderttausende Tonnen von Brotgetreide verfaulen und versauern, weil die Regierung dieses Geld den Großagrariern in Ostelbien in den Taschen schmeißt.

Wir stellen fest, daß es auch Sozialdemokraten gewesen sind, die dafür gestimmt haben, daß 400 000 Tonnen Brotgetreide in Deutschland für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht wurden. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das ist doch allerhand!) Was sind das für Zustände, wenn die Weltproduktion an Getreide heute einen Ueberschuß von etwa 28 bis 30 Millionen Tonnen in den Lagern ausmacht und dafür kein Absatz vorhanden ist, während in Deutschland 5 Millionen Erwerbslose und in der ganzen Welt mindestens 80 bis 100 Millionen Menschen hungern. Das bedeutet, daß das kapitalistische System bankrott ist. Das beweist, daß die Krise der deutschen und rheinischen Landwirtschaft nicht mit solchen Palliativmitteln behoben werden kann, wie das in den Anträgen der Zentrumsparlei und der bürgerlichen Parteien versucht wird, sondern daß es sich um die Krise des Systems handelt, daß diese Agrarkrise eng zusammenhängt mit der Krise der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Wenn man von diesen grundlegenden Fragen ausgeht, so kann man auch begreifen, warum Ihr versucht, die werktätigen Massen mit solchen Märchen über diese Tatsachen hinwegzutäuschen. Ihr erklärt dauernd, daß Ihr die Not der Bauernschaft lindern wollt; aber wir erinnern daran, daß zur Regierungszeit Hilferdings dieser die Garantie dafür gab, daß in Nordschleswig große Viehaufkäufe getätigt werden konnten. Dieses Vieh wurde geschlachtet und das Fleisch über die Grenze nach England geschoben. Das ist Eure Aus Hungerspolitik! Im Oktober vorigen Jahres hat die Regierung Brüning-Schiele im Regierungsbezirk Düsseldorf etwa 1000 Schweine aufgekauft und sie nach Frankfurt schaffen lassen. Sie sind dort geschlachtet worden, und man hat das Fleisch nach Frankreich verfrachtet. Gestern bringt die bürgerliche Presse die Tatsache, daß es notwendig sei, die Ausfuhr zu steigern, trotzdem in Deutschland der Hunger herrsche. Ja, da wundern Sie sich noch darüber, wo die Rebellion der werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen herkommt, wenn eine solche verbrecherische Politik auf Kosten des hungernden Volkes betrieben wird. Der Reichsunterernährungsminister Dietrich hat kürzlich in einer Ansprache erklärt:

„Wir stehen vor der Katastrophe einer reichen Getreideernte.“

Das bedeutet für die Kapitalisten, für die Getreidemakler eine Katastrophe, wenn nach ihrer Ansicht ihr Herrgott das Getreide wachsen läßt und rechtzeitig Regen schickt. Das bedeutet eine Katastrophe für die Börsenmakler und Getreidejobber. Das ist Ihre „christliche“ Politik; so sehen Sie aus! Und dann gehen Sie dazu über, und plündern das Volk aus durch solche Wucherzölle, wie sie auf Brot und alle übrigen landwirtschaftlichen Produkte erhoben werden. Wir behaupten, daß durch diese Wucherzölle dem kleinen Landwirt nicht nur nicht gedient wird, sondern daß durch diese Wucherzölle auch auf Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Produkte, die der Kleinbauer nicht selbst in Massen erzeugt, die Lage der werktätigen Bauernschaft ebenfalls katastrophal gestaltet wird, und daß die Hauptgewinne daraus die Großjunker und Gutsbesitzer ziehen, die hier auch in den Ausschüssen sitzen und sich anmaßen, im Namen der

werttätigen Bauern des Rheinlandes zu sprechen. So sehen Sie gerade aus! Die und Anwälte der werttätigen Bauern! Sie sind Anwälte für die Interessen Ihrer eigenen Clique; Sie sind Anwälte für Ihre eigene Tasche; Sie wollen nur den Profit in Ihre Tasche stecken. Das sind die Leute von der Rheinischen Landwirtschaftskammer, ein Freiherr von Lünind und wie sie alle heißen. Sie wollen nur Ihre Interessen vertreten, und wir werden dafür sorgen, daß die Arbeiter erkennen, wer schuld daran ist, daß die arbeitenden Bauern und Winzer so ausgeplündert werden.

Es ist eine Tatsache, daß die rheinischen Klein- und Mittelbauern bis zu 40 Prozent ihres Bodenertrages verschuldet sind, daß sie in der kapitalistischen Zinsknechtschaft schmachten und zum Teil gezwungen sind, Boden zuzupachten; nicht von irgendwelchen Leuten, sondern ausgerechnet von den 100prozentigen Christen, vom Klerus im Rheinland, der über umfangreichen Bodenbesitz verfügt. Diese Herren haben es verstanden, mit dem Pfunde zu wuchern. Sie haben die Bibel gut verstanden und sorgen dafür, daß dem Kleinbauern die entsprechend hohen Pachtsummen abgeknöpft werden, damit sie selbst ein Schlemmer- und Schmaroberdasein führen können. Das sind die Tatsachen. Sie haben absolut nichts dagegen, daß die Kleinbauern von morgens früh bis abends spät in Sonne und Regen für 20 Pf. Stundenlohn schuften müssen.

Die Nazis behaupten: die Kommunisten wollen das, daß die Bauern eine lange Arbeitszeit haben! Sie haben noch nie etwas gehört von dem Begriff „Kollektivisierung“. Jenes Gespenst, das heute in Europa umgeht, so wie man früher sagte, in Europa gehe das Gespenst des Kommunismus um, heute hat es Wirklichkeitsgestalt angenommen, die Gestalt der Kollektivisierung. (Zuruf des Abgeordneten Büchsenhüb: Was heißt das?) Sie haben Angst, daß der Gedanke der Kollektivisierung und Rationalisierung der Bauernwirtschaft auf einem Boden, der den Bauern selbst und nicht irgendwelchen Schmarobern und Großgrundbesitzern gehört, auch hier in der deutschen und rheinischen Bauernschaft Platz greifen könnte. Die Arbeiter und Bauern begreifen langsam, daß sie, wenn sie ihre Interessen wahrnehmen wollen, den Kampf führen müssen gegen die erdrosselten Youngtribute, die von den Nationalfaschisten und bürgerlichen Parteien bis zur SPD. verteidigt und aus den Massen gepreßt werden. Wenn die Nazis davon reden, daß sie gegen die Youngtribute seien, so erinnern wir daran, daß sie mit 5 PS aus dem Reichstag stiftet gegangen sind, um nicht über die Anträge der Kommunisten auf Einstellung der Youngzahlungen abstimmen zu müssen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Melsheimer: Wo waren Sie denn beim Volksbegehren?) Sie sind im Schlepptau der Stahlhelmsfaschisten; Sie haben noch nicht einmal soviel aufgebracht, um eine eigene Aktion zu unternehmen, dazu sind Sie viel zu rückenmarkschwindlich. — Wenn wir also feststellen, daß die werttätigen Bauern sich auf sich stellen müssen und nicht mehr weiter im Schlepptau der Gutbesitzer und Großagrarien segeln dürfen, so sagen wir, daß sie nur dann eine Kraft darstellen, wenn sie sich verbünden mit den Millionen der ausgebeuteten, hungernden

Arbeiter Deutschlands; daß sie kämpfen müssen für die Konfiskation allen Grund und Bodens, für die Uebernahme der Macht; daß sie kämpfen müssen für die Sozialisierung des Grundbesitzes, für die gemeinsame Belieferung der werttätigen Bauernschaften mit Industrieerzeugnissen, mit landwirtschaftlichen Maschinen.

Wir können den Bauern heute sagen, daß, wenn sie diese Forderungen erfüllen und durchführen, sie sich dann genau so gut befreien können, wie das 70 Millionen Bauern der Sowjetunion getan haben. (Lachen bei den Nationalsozialisten.) Das stellen wir als historische Wahrheit fest; die zahlen keinen Pfennig Youngtribute. 70 Millionen Bauern stehen in festem Bündnis mit den Arbeitern Rußlands, denn sie haben begriffen, daß, wenn sie aus der unproduktiven Arbeit der Einzelwirtschaften herauskommen wollen, sie sich kollektivieren müssen, daß sie die Landwirtschaft in große Kollektivwirtschaften zusammenfassen müssen. Sie können das, weil sie von den Arbeitern mit Traktoren beliefert werden; weil sie von den Betrieben, die die Arbeiter und nicht Monopolkapitalisten in der Hand haben, mit billigem Kunstdünger beliefert werden.

Eben hat hier ein Vertreter der rheinischen Großbauern erklärt, daß selbst in den ertragsarmen Gebieten der Eifel etwas zu machen sei, — es war die Domäne Lammersdorf —, wenn genügend Kunstdünger geliefert wird. Holen Sie einmal den Kleinbauer her, der in der Lage wäre, nach der Ernte den notwendigen Kunstdünger und das Saatgut für das nächste Jahr zu kaufen. Er kann es nicht, denn der Gerichtsvollzieher ist ständiger Gast bei ihm. Hunderte und aber Hunderte haben bereits ihr gesamtes Mobiliar und Vieh versteuert. Nicht die Kommunisten sind es, die dem Bauer die letzte Kuh aus dem Stall holen, sondern die Bürgerlichen, die Großagrarien sind es; es sind die Vollzugsorgane der kapitalistischen, der faschistischen Regierung einschließlich Fried und Franzen.

Das sind Tatsachen, die die Bauern so langsam begreifen. Sie wissen, daß nicht die Kommunisten es sind, die ihnen alles abnehmen. Aber diejenigen, die noch etwas zu verlieren haben, sind die Großgrundbesitzer, die hier auftreten und im Namen der werttätigen Bauern sprechen wollen. Nein, wir sagen den werttätigen Bauern: Ihr habt nichts mehr zu verlieren als eure Ketten, nichts als die Knechtschaft Youngdeutschlands. Aber Ihr habt alles zu gewinnen. Ihr habt zu gewinnen die soziale und nationale Freiheit (Zuruf des Abgeordneten Simon: Und die russische Knete!), und die könnt Ihr nur dann gewinnen, wenn Ihr mit den ausgeplünderten Arbeitern zusammen kämpft für ein Sowjetdeutschland. Das muß das Ziel auch der werttätigen Bauern Deutschlands sein.

Wir sind der Ueberzeugung, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo eure Bankrottwirtschaft nicht mehr durch das letzte Aufgebot der Meuchelmörderfaschisten gerettet werden kann; denn die Bourgeoisie begreift so langsam, daß sie selbst die Partei der Nationalfaschisten nicht mehr retten kann. Das beweist der Fußtritt, den die Deutsche Volkspartei in Thüringen den Nationalsozialisten gegeben hat. Ihr werdet von der Futterkrippe weggejagt (Zuruf des Abgeordneten Simon: Und Ihr wollt ran, kommt aber nicht ran!),

wie man einen Hund weggagt, der seinen Dienst als Wachhund durchgeführt hat und infolge Altersschwäche erledigt ist. Ihr mögt schreien über den Kommunismus, Ihr mögt ihn in Euren Käseblättchen totleugnen und mit Eurer Schlammflut überschwemmen, wir sagen: was das kapitalistische Europa tut, das ist die Gebärde des Hasses und der Wut eines senilen Greises, der auf seinen Krücken drohend gegen die neue junge Arbeitermacht ausruft: Völker Europas, wahrst Eure heiligsten Güter! Wir aber sagen den Arbeitern:

Kämpft mit uns gemeinsam für die soziale Befreiung und für ein freies Sowjetdeutschland! (Zuruf des Abgeordneten Simon: Für die Nationalsozialisten. — Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertreter der Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Melzheimer.

Abgeordneter Melzheimer: Meine Herren! Die Ausführungen des Abgeordneten Hoffmann . . . (Zurufe: Meine Damen und Herren!) Es sind ja gar keine Damen mehr da. Also, meine Herren und Damen . . . (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Nein, meine Damen und Herren!) Ich stelle ausdrücklich fest, daß der Abgeordnete Hoffmann jetzt gegen das demokratische Prinzip demonstriert hat, das er sonst immer in Anspruch nimmt. Die Mehrheit entscheidet doch, und es sind mehr Herren als Damen da. (Weiterkeit.)

Aber wir wollen hier kein Theater spielen; es geht doch um die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. (Lebhafte Zurufe auf der Linken. — Stellvertreter der Vorsitzender Oberle: Ich bitte um Ruhe.) Meine Damen und Herren der Mitte und von rechts, ich rufe Ihnen hier als deutscher Bauer zu: Res ad triarios venit. Wir sind die Triarier; Sie sehen, wo die Weltanschauung der Linken hinführt.

Deutsche Volksgenossen! Die kommunistische Idee, die die Herren Kommunisten entwickelt haben, leuchtet uns Bauern so prächtig ein, daß wir schon längst in Scharen zu Ihnen übergelaufen sind. Die Sachkenntnis, die hier vorgebracht wird, ist wunderbar. Hätte dieser Herr nur einmal in die Landwirtschaft hineingerochen, dann hätte er feststellen müssen, daß dort, wo diese Ideen verwirklicht sind, wie das teilweise auch bei uns der Fall ist, die unproduktivste Arbeit geleistet wird. Ich erinnere an die Frondienste, die die Gemeinden zu leisten haben. Da haben Sie ein praktisches Beispiel dafür, wohin die kommunistische Wirtschaft führt. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Sonst wissen Sie ja gar nicht!) Sie haben sich die jüdische Nase vielleicht wegoperieren lassen. (Zuruf: Reden Sie doch nicht so mit den Händen.) Meine Herren! Das ist kein Zeichen dafür, daß man etwa landwirtschaftsfeindlich eingestellt ist. Wir wollen Ihnen Beweise liefern. Wohin die Idee führt, das sehen wir an den Kommunalbetrieben, die einen Frondienst eingerichtet haben. Der Winzer und Bauer, der morgens in aller Frühe aufsteht und für seinen eigenen Weinberg arbeitet, hat einen Impuls. Nur haben Sie es fertig gebracht, daß ihm dieser Impuls genommen ist, weil er trotz seiner Arbeiten verschulden mußte. Deswegen sagen wir: Wir wollen die kommunistische Idee überhaupt nicht bei uns dulden. Sie wird auch gar nicht geduldet. Es ist vergebliche Liebesmüh. Auch mit Ihren Agitationsanträgen kommen Sie nicht auf den

Weg, den Sie wollen. Wir sind absolut auf private Tätigkeit eingestellt. Wenn Sie nachher als Bauern in Ihrem Sowjetdeutschland antreten sollen, und es heißt: Macht Löcher! oder: Tragt Mist in den Weinberg hinein!, dann bringen Sie ihren ganzen Mist nicht unter, den Sie schon die ganze Zeit fabriziert haben (Weiterkeit), er bleibt liegen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, mit dieser Idee beim deutschen Bauer und Winzer anzutreten. Damit werden Sie niemals durchkommen. Sie führen immer Rußland an und sagen, der russische Bauer hat den Weg beschritten. Sie vergessen die ganz verschiedene Lage: Rußland ist etwas ganz anderes als Deutschland. Der russische Bauer war Leibeigener und der deutsche Bauer ist frei auf deutscher Scholle. Sie wollen ihn versklaven, Sie haben ihn schon versklavt. (Laute Zurufe der Kommunisten.) Sie brauchen nicht so zu brüllen; ich bin ja Bauer und erkenne den Ochsen schon von weitem. (Weiterkeit.)

Deutsche Freunde! (Lachen und Oho-Rufe links.) Nach meiner Seite hin habe ich gewinkt, wo die deutschen Freunde sitzen. (Zuruf links: Hierher haben Sie gezeigt!) Nein, das sind keine deutschen Freunde; das sind ja Internationale, wie können die sich deutsch nennen!

Dieser Klassenkampfgedanke, den der Herr hier vorgebracht hat, imponiert so einem Bauernknecht so wundervoll! Er sät und erntet mit seinem Herrn und sieht, daß er das Unkraut bekämpfen muß. Sie wollen ja ernten, ohne zu säen.

Meine Herren! So ist die Sachlage. Mit solchen Sachverständigen sollten Sie einmal bei den Bauern antreten. Also der Klassenkampfgedanke. Der Knecht sieht, wie der Herr ringt und arbeitet und, trotzdem er arbeitet, verschuldet. Daran sind Sie ja fast allein schuld mit Ihrem internationalen Getue. In Wirklichkeit liegt das Schicksal Deutschlands nicht bei der Landwirtschaft, es liegt nicht beim Arbeiter, es liegt nicht beim Unternehmer, in Wirklichkeit ist das Schicksal Deutschlands einzig und allein die Erfüllungspolitik und die neue deutsche Innenpolitik. Ja, meine Herren Sozialdemokraten, Sie werden ja jetzt auf einmal Panzerkreuzerpartei, und 70 Jahre lang oder noch länger kämpfen Sie gegen jeden nationalen Gedanken. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Reden Sie doch vom Mist!)

Meine Herren! Das ist die letzte Ursache. Wenn Sie unseren Anträgen zustimmen — Sie stimmen ja zu, wie Sie im Ausschuß versichert haben —, so tun Sie eben das, was der Landwirtschaft, dem Winzer, voraussichtlich mal eine gewisse kleine Erleichterung schafft. Das letzte Wort ist ja nach dem Vorlaut des Antrages noch nicht gesprochen. Heil! (Lachen links und Zuruf: Es lebe der Ochse!)

Stellvertreter der Vorsitzender Oberle: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lohmeyer.

Abgeordneter Lohmeyer: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich ganz kurz einige sachliche Ausführungen zu diesen einzelnen Punkten mache.

Ich glaube, die Mehrheit des Hauses ist mit uns vom Christlich-sozialen Volksdienst wohl der Auffassung, daß wir aus der Notlage eines großen Teiles

unserer rheinischen Bevölkerung kein politisches Geschäft machen sollten. (Sehr wichtig!) Ich glaube, wir haben hier als Abgeordnete im Rheinischen Provinziallandtag die Aufgabe, zu prüfen: Wo können wir unseren Volksgenossen irgendwie behilflich sein? Politische Reden sollten wir draußen halten, wenn wir das Bedürfnis dazu haben, und sollten diese einzelnen großen Fragen — ob nun Rußland oder dieses oder jenes Problem zur Erörterung steht — hier im Provinziallandtag nicht erwähnen, weil es m. E. absolut nicht zur Sache gehört.

Wir freuen uns, daß man innerhalb des Fachausschusses sich der Not der Winzer annehmen und diese Vorlage dem Provinzialausschuß zur weiteren Bearbeitung überweisen will. Wir freuen uns auch, daß man dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, den Wegebau innerhalb der Weinberge zu fördern, zustimmt. Wir freuen uns auch darüber, daß man der Gemüsebauerschule in Trier eine besondere Beobachtung schenkt und in diesem Jahre zum ersten Male einen Etat dafür aufgestellt hat. Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß wir später nicht allein in Trier eine solche Gemüsebauerschule haben, sondern daß wir in den kommenden Jahren uns auch mit weiteren Etats von Gemüsebauerschulen zu beschäftigen haben, die in anderen Gebieten unserer rheinischen Heimat errichtet werden.

Es ist m. E. unbedingt notwendig, daß wir unserer rheinischen Bevölkerung rheinisches Gemüse bieten, damit wir hier im Rheinlande als Grenzgebiet uns mehr und mehr befreien von der Einfuhr aus dem Auslande.

Es wäre wohl auch notwendig, daß alle, die wir im Hause versammelt sind, die Verpflichtung mit nach Hause nehmen, in Zukunft auch dafür zu sorgen, daß eine allgemeine Aufklärung unserer Volksgenossen erfolgt, daß sie den deutschen, den Heimaterzeugnissen der Landwirtschaft mehr Beachtung schenken und auf den Wochenmärkten und sonstwo dem deutschen Gemüse den Vorzug geben.

Der Umsiedlung der Erwerbslosen und der besonderen Frage des Gartenbaues wird Beachtung geschenkt. Wir werden uns auch für diese Vorlage einsetzen, weil wir der Auffassung sind, daß darin eine der wesentlichsten Aufgaben der kommenden Zeit liegt, wie wir unsere rheinische Bevölkerung umsiedeln können, wie wir die Großstädte entlasten und wie wir trotzdem unserem deutschen Mitmenschen helfen können, daß er in Deutschland eine Wohnstätte und eine Heimat findet. Wir werden der Vorlage zustimmen. (Beifall beim Christlichen Volksdienst.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Woll.

Abgeordneter Woll: Meine Damen und Herren! Ein Neuling im Parlament und ein Bauer von den Grenzen der Rheinprovinz steht hier vor Ihnen. Er möchte nur sein Erstaunen ausdrücken über die Leute, die glauben, sie wüßten etwas von der Landwirtschaft, die Anträge einbringen können, die wir Schmus nennen und die uns gar nichts nützen. Ich bin erstaunt über die Zeit, die man hier zum Reden statt zum Arbeiten verwendet. Ich werde Sie bestimmt nicht mit einer langen Rede aufhalten.

Ich habe gesehen, daß in den Fachausschüssen etwas geleistet wird. Aber was hier geredet wird, bringt

uns Bauern keinen Pfennig Nutzen und wird uns auch niemals die Augen zuschmieren. Und wenn ich wieder zurückfahre an die Grenze der Rheinprovinz, werde ich denken: Ja, wir Wilden sind doch bessere Menschen. (Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Dem Herrn Vorredner möchte ich erwidern, daß allerdings durch die Reden heute nicht den Bauern geholfen werden kann, denn dazu ist, wie die Kommunisten ganz ehrlich und unerbümmelt festgestellt haben, etwas anderes notwendig als eine Rede in einem bürgerlichen Parlament, nämlich die Organisierung der proletarischen Revolution. Und das sagen die Kommunisten auch dann, wenn Sie mit der Hand abwinken. Wir sagen auch den Nationalfaschisten, die hier in einem „erhebenden“ Augenblick dazu gerufen haben: „Der deutsche Bauer ist frei auf freiem Grund!“ Da stimmt doch irgend etwas nicht. Denn die Nazis behaupten doch immer, sie seien geknechtet und geknebelt von dem Erbfeind und sie müßten sich befreien. Wenn man aber frei ist auf freiem Grund, wozu soll man sich dann noch befreien? Entweder ist das ein Druckfehler im Parteiprogramm oder ein falscher Zungenschlag von einem der übereifrigen Redner der Nationalsozialistischen Partei. Wir wollen aber noch einmal hier feststellen, daß die nationalfaschistische Partei, so lange sie noch in der Lage war, im Reichstag unbehindert ihre Diäten zu schlucken, dort feste mitgeholfen hat, die Zollmauern höher zu bauen. Noch am 16. Dezember hat die Nazifraktion im Reichstag für die Erhöhung der Futtermittelzölle gestimmt. Jeder, der Kleinbauer ist — hier im Saale sind ja keine —, weiß, daß durch die Erhöhung der Futtermittelzölle seine Existenz mit bedroht wird. Sie haben weiter für eine Erhöhung der Weizenpreise gestimmt, die sich jetzt so ausgewirkt hat, daß das Brot noch weiter verteuert wird, trotz der sogenannten Preislenkungsaktion der Brüning-Regierung. (Zuruf: Das müßt Ihr einem Bauern erzählen.)

Jedenfalls den Vogel abgeschossen, nicht den „Hühnervogel“, den Sie in Ihrem Antrage erwähnen (Zuruf eines Nationalsozialisten: Den Sie im Kopfe haben!), sondern den wirklichen Vogel abgeschossen hat wiederum Ihr Genosse Fried in Thüringen, der einen Staatskommissar nach Ohrdruf in Thüringen entsandt hat mit dem Auftrage, die Gemeindefinanzen der Kleinbauern zu sanieren durch die Erhebung einer 600prozentigen neuerfundener nationalsozialistischer Wassersteuer. Sie sind ja immer dafür, alles zu verwässern, auch Ihr Parteiprogramm. Sie sind morgen illegal und morgen sind Sie legal, wenn es darauf ankommt. Aber daß man eine Wassersteuer erfindet in der Höhe einer 600prozentigen Abgabe von dem Wassergeld, das bleibt einem Nationalfaschisten überlassen. Mit einer solchen Methode beweisen Sie am besten, wie Sie den deutschen werttätigen Bauern dienen wollen. Die arbeitenden Bauern verzichten darauf. Sie können wohl Hafenkreuze säen. Aber was Sie ernten, ist Banfrott und Pleite. Wir aber säen die bolschewistische Saat, die tief in die Erde gesenkt wird, tiefer, als ein Traktor geht, und wenn sie aufgeht, ist Euch ein für alle Mal das Maul gestopft. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Die Blutsaat säen Sie.)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Bei 33, 34, 35 und 36 wird unveränderte Annahme vorgeschlagen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu 37. Hier ist Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragt. Ich stelle fest, daß die Mehrheit dem Antrage zustimmt.

Wir kommen zu 38. Zu 1. ist unveränderte Annahme beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben.

Damit sind die Anträge 55, 52, 53, 82, 83, 102, 103 und 54 erledigt.

Wir kommen zu Punkt 39. Hier wird unveränderte Annahme beantragt. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 40 wird Ablehnung beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Zu Punkt 41 liegt der Antrag auf Drucksache 121 vor, der dahin geht:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag annehmen mit der Maßgabe, in der zweiten Zeile das Wort „daß“ und in der vierten Zeile die Worte „niedergeschlagen“ bis „werden“ zu streichen und in der vorletzten Zeile hinter „Zinsen“ zu setzen „zu stunden und niederzuschlagen“.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dechamps: Darf ich mal fragen: Was heißt „zu stunden und niederzuschlagen“? Mir ist der Begriff unklar.) Darüber kann ich mich nicht äußern, das steht mir nicht zu. Der Antrag ist beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die die Drucksache 121 annehmen, sich zu erheben. Das ist so beschlossen.

Bei Punkt 42 ist Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragt. Erhebt sich dagegen Widerspruch? (Abgeordneter Dunder widerspricht.) Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Ueberweisung ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 43 wird Ablehnung beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. (Zuruf: Die Nazis haben gegen ihren eigenen Antrag gestimmt!)

Zu Punkt 44 liegt der Antrag 122 vor. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage 122 ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 45 wird unveränderte Annahme vorgeschlagen. (Widerspruch links.) Ich stelle fest, daß die Mehrheit dafür ist.

Zu Punkt 46 wird ebenfalls unveränderte Annahme beantragt. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Bei Punkt 47 desgleichen. Das ist die Mehrheit.

Bei Punkt 48 wird Annahme des Antrages auf Drucksache 123 vorgeschlagen. Ich bitte diejenigen, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit.

Bei Punkt 49 wird unveränderte Annahme vorgeschlagen. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Bei Punkt 50 wird Ablehnung beantragt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 51 wird unveränderte Annahme vorgeschlagen. Hier darf ich wohl ohne Widerspruch die unveränderte Annahme feststellen.

Wir kommen nun zu den Punkten 52—56.

Berichterstatter zu 52 ist Herr Abgeordneter Dörr.

Abgeordneter **Dörr**: Der Sachausschuß IV beantragt, den Haushaltsplan der Fürsorgeerziehung Minderjähriger und die Haushaltspläne der Provinzial-Erziehungsheime Rheindahlen, Solingen und Eschkirchen anzunehmen.

Der Sachausschuß legt Wert darauf, als seine Willensmeinung festzustellen, daß die Provinzialverwaltung die Bestrebungen zur Durchführung der freiwilligen Erziehungshilfe auch weiterhin fördern möge.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Zu Punkt 53 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter **Beck**: Der Sachausschuß schlägt zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, Drucksache 68, vor:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag durch die Mitteilungen der Verwaltung als erledigt ansehen.“

Ich möchte hinzufügen, daß die Verwaltung bei Nennung von erfahrenen Personen der Jugendwohlfahrt gewillt ist, auch die dissidentische Fürsorge mit zur Betreuung von Jugendlichen dissidentischen Bekennnisses heranzuziehen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Nächster Berichterstatter zu Punkt 54 und 55 ist Herr Abgeordneter Lohmeyer.

Abgeordneter **Lohmeyer**: Zur Drucksache 69 empfiehlt Ihnen der IV. Sachausschuß Ablehnung.

Zur Drucksache 110 wird ebenfalls vom IV. Sachausschuß die Ablehnung gegen die Stimmen der Kommunisten empfohlen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Nächster Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Eickmann.

Abgeordneter **Eickmann**: Der V. Sachausschuß empfiehlt die Ablehnung der Anträge.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Zu Punkt 56 ist Mitberichterstatter Herr Lohmeyer.

Abgeordneter **Lohmeyer**: Zur Drucksache 111 wird ebenfalls Ablehnung empfohlen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Wir treten in die Besprechung ein. Die Redezeit beträgt 15 Minuten für jede Fraktion.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete **Frau Becker**: Meine Damen und Herren! Mit Befriedigung haben wir aus dem Bericht und auch aus den Berichten im Ausschuß feststellen können, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge zurückgegangen ist. Wir buchen das — ich darf das vielleicht vorweg sagen — auch als einen Erfolg unserer Arbeit in den vergangenen Provinziallandtagen. Wir haben immer in den Vordergrund unserer Erörterungen gestellt, daß die vorbeugende Fürsorge besser ist als die heilende. Wir werden auch auf diesem Wege weiterstreiten.

Ich möchte auch sagen, daß wir vor ungefähr 10 Jahren, als wir als Sozialdemokraten zum erstenmal hier in diesen Landtag einzogen, im Ausschuß nicht so die Beratungen gepflogen haben, wie wir sie in den letzten Jahren, besonders gestern, aus dem Munde des Herrn Landesrats Hecker, hörten. Es hat mich gefreut, wie er erklärte — und er hat das auch in seinem Bericht niedergelegt —, daß die Erziehungsmethoden in den Anstalten nach freiheitlicheren Grundsätzen aufgestellt und durchgeführt werden müßten. Wir freuen uns, daß das ein Erfolg unserer Arbeit ist; ich will das hier nur feststellen.

Zimmerhin sind wir nicht voll und ganz befriedigt von den Arbeiten, die geleistet worden sind — oder ich möchte mich verbessern: Nicht voll und ganz sind wir zufrieden mit den Arbeiten, geben aber zu, daß die Umstände und die Verhältnisse unsere Wünsche noch nicht so unbedingt haben erfüllen lassen. Ich möchte vor allen Dingen kritisieren — ich habe das jedes Jahr getan und auch gestern im Ausschuß —, daß immer noch eine ganze Anzahl vorschulpflichtiger Kinder der Fürsorge überwiesen werden. Ich habe auch schon voriges Jahr im Landtag gesagt, daß die Bezirksfürsorgeverbände und die Vormundschaftsrichter angewiesen werden müssen, kein vorschulpflichtiges Kind der Fürsorge zu überweisen. Wir haben in diesem Jahre wieder 105 solch armer Kleiner, die durch die Schuld der Umwelt der Fürsorge anheimfallen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Kinder nicht in der Fürsorge, sondern in Waisenhäusern oder in Pflegestellen untergebracht werden müssen. (Sehr richtig!) Pflegestellen sind reichlich zu haben. Man weiß aus den Beratungen in den städtischen Jugendämtern, daß das Angebot an Pflegestellen so reichlich ist, daß man nicht soviel Kinder in Pflegestellen geben kann, wie Mütter und Frauen da sind, die sich dafür hergeben. Wenn wir bedenken, daß sich auch die Pflege in den Familien billiger gestaltet als die Pflege in den Anstalten, so dürfen wir uns nicht von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß nur unterschiedlich ist, wer die Pflegekosten bezahlt. Wenn auf der einen Seite die Pflegekosten für die Kinder, die in Pflegefamilien und Heimen, also den Waisenhäusern, untergebracht werden, die Bezirksfürsorgeverbände bezahlen, auf der anderen Seite die Provinz daran beteiligt ist, so darf uns das natürlich auch nicht abhalten, diese armen Kinder vor dem Obium der Fürsorgeerziehung zu bewahren.

Ein Wort über diejenigen, die im Alter von über 18 Jahren der Fürsorgeerziehung überwiesen werden. Dies ist ja durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz festgelegt und wird auch hier in der Provinz ausgeführt. Wir hatten in diesem Jahre über 181, die im Alter von über 18 Jahren der Fürsorgeerziehung überwiesen wurden. Ich habe gestern im Ausschuß betont, und meine politischen Freunde sind mit mir darüber einig, daß diese Jungen und Mädchen, die bis 18 Jahre draußen gewesen sind und nun durch ihre Verwahrlosung oder durch sonstige Umstände in die Fürsorge hineinkommen, in den Anstalten nicht mehr zu bessern sind. Diese jungen Menschen haben sich in den Jahren, wo sie draußen waren, eine bestimmte Auffassung von allen Lebensgewohnheiten angeeignet, und sie haben soviel gelernt und nehmen das mit in die Anstalten, daß es auch eine Gefahr für diejenigen ist, die graduell

— lassen Sie es mich mal sagen — nicht so verwahrlost sind. Sie sind eine Gefahr für die Kinder in der Anstalt, die jünger und eben nicht so der Verwahrlosung anheimgefallen sind. Auch ist eine Erziehung dieser Kinder über 18 Jahre in den Anstalten zum größten Teil nicht mehr möglich. (Zurufe der Nationalsozialisten.) Halten Sie doch Ihren Mund! Sie gehörten natürlich noch in die Fürsorgeanstalt, wenn Sie auch schon 30 oder 40 Jahre alt sind; bei Ihnen würde ich's befürworten, daß ein solches Gesetz geschaffen würde.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle (unterbrechend): Frau Becker, das dürfen Sie nicht sagen.

Abgeordnete Frau Becker (fortfahrend): Ich würde es begrüßen. Es wurde uns gestern von Herrn Landesrat Hecker angedeutet, daß Schritte im Gange sind, das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz dahin zu ändern, daß dieser Passus herauskommt. Die sozialdemokratische Fraktion hat damals bei der Beratung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes entschieden gegen diesen Passus gekämpft, hat ihn aber nicht verhindern können.

Dann noch ein Wort zu den neueren Methoden, die in den Fürsorgeanstalten Platz greifen sollen. Ich will aber erst die Gründe dieser Maßnahme erörtern. Es wurde gestern im Ausschuß vom Herrn Abgeordneten Beck darüber Klage geführt, daß er in der Anstalt in Heerdt nicht so behandelt worden sei, wie er das wohl wünschte. Es wurde gesagt, die Oberin hätte ihn dort zum zweiten Male nicht vorgelassen — oder nein, ich will mich verbessern: Ihm sei von der Verwaltung mitgeteilt worden, daß ihm nach einem zweimaligen Besuch dort das Betreten der Anstalt untersagt sei. Herr Landesrat Hecker hat das dahin berichtet, daß ihm nur untersagt worden sei, die Zöglinge unter vier Augen zu sprechen. Dann hat Herr Abgeordneter Beck aber gesagt, daß er jetzt einmal die Anstalt Solingen aufs Korn nehmen und sich damit einmal eingehend befassen wolle. Vorher war aber schon — das steht auch im Bericht — durch Einflüsse von außen in die Anstalt Beunruhigung getragen worden. Es wurde natürlich auch gesagt, daß dies von kommunistischer Seite getan worden ist.

Wir als Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß unsere Zöglinge in den Anstalten, mögen das Provinzialanstalten oder Privatanstalten, mögen es Mädchen oder Jungen sein, eine staatsbürgerliche Erziehung und Unterweisung genießen sollen und müssen, um, wenn sie später hinausgehen, mit den staatsbürgerlichen Fragen bekannt zu sein. Wir können es aber nicht verstehen und können es nicht gutheißen, wenn diese armen Jungen in den Anstalten, die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse, Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Opfer der Umwelt sind, auch noch zu Opfern der kommunistischen Hege werden. Das können wir nie und nimmer verantworten, das lehnen wir ab. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Wir wollen Euch die Maske vom Gesicht reißen!) Einer von Ihren Rednern hat hier schon die Opfer erwähnt, die vorige Woche aus Anlaß einer kommunistischen Demonstration hier gefallen sind. Gerade so gut, wie ich diese Opfer Ihnen auf die Kappe schiebe, schiebe ich auch die Opfer Ihnen auf die Kappe, die jetzt unsere Jungen in den Anstalten sich gefallen lassen müssen.

Im Anschluß an diese Vorkommnisse hat die Provinzialverwaltung schärfere Strafbestimmungen vorgesehen. Es wurde natürlich gesagt, daß sie noch nicht so gehandhabt werden. In den Anstalten sind sie wohl noch nicht in Angriff genommen worden, aber wir befürchten, daß unsere armen Jungen diese Strafbefürchtungen noch fühlen müssen. Man will dort nicht eine Kostschmälerung, sondern eine Kostvereinfachung einführen, wenn die Jungen renitent sind. Die Prügelstrafe soll ja nicht mehr angewandt werden, und nun will man eben zu diesen Mitteln greifen. Ich habe mich im Ausschuß dagegen ausgesprochen, und auch meine politischen Freunde können es nicht gut heißen, daß man an eine Kostschmälerung und -verschlechterung herangeht. (Sehr gut! bei der Linken.) Es ist doch heute so, daß die Beköstigung der Bevölkerung und auch der Zöglinge in den Anstalten — mag es nun eine Fürsorgeanstalt oder ein sonstiges Heim sein — nicht übermäßig, sondern der Not der Zeit angemessen ist, sich also nur in den Grenzen hält, daß gerade die Gesundheit aufrechterhalten und Ersatz für die Kräfte geschaffen wird, die im Arbeitsprozeß gebraucht werden. Wir können uns deshalb nicht damit einverstanden erklären, daß man gerade am Essen etwas abziehen will.

Es würde zu weit führen, wenn ich alles aufzählen wollte, was vorgesehen worden ist; aber wir wehren uns entschieden dagegen. Ich habe vorgeschlagen und möchte die Provinzialverwaltung sowie besonders die Anstaltsdirektoren bitten, daß sie sich doch noch einmal hinsehen und sich alle Maßnahmen — auch negativer Art — durch den Kopf gehen lassen, die man noch ergreifen könnte, und zu überlegen, ob die Jungen auf andere Weise nicht empfindlicher und wirksamer gestraft werden können. Ich bin übrigens der Meinung, daß die Jungen es gar nicht so hart empfinden, wenn sie einmal eine Mahlzeit abgezogen bekommen; daß sie dagegen viel mehr empfinden, wenn sie an einer Sportveranstaltung nicht teilnehmen können, ihr Rauchermaterial entzogen bekommen und dergleichen mehr.

Dann wurde auch noch eine harte Britsche anstatt des Bettens vorgesehen. Auch dagegen müssen wir uns wenden. Wenn der junge Bursche gearbeitet hat, muß er Gelegenheit haben, sich auszuruhen, weil er sonst am anderen Tage nicht fähig ist, wieder seiner Arbeit nachzugehen.

Noch etwas Bemerkenswertes, was im Ausschuß gesagt wurde. In den Anstalten wären 150 Jungen, die zwar entlassungsreif sind, aber nicht entlassen werden können, weil draußen keine Arbeit für sie vorhanden ist. Es wurde uns auch gesagt, daß viele Jungen, die entlassen worden sind, wieder zurückkommen, weil sie eben draußen keine Arbeit bekommen. Die Anstalt muß sie natürlich wieder aufnehmen und nimmt sie auch wieder auf. Das bedeutet selbstverständlich auch ein Anschwellen des Etats; denn die Kosten sind nicht so gering. Bezeichnend ist das aber für das Unternehmertum, bezeichnend ist es auch für die Wirtschaftspartei. Einer ihrer Vertreter hat sich gestern hierhingestellt und kritisiert, daß in den Anstalten Arbeitsbetriebe eingerichtet sind, die er weghaben wollte. Er hat dabei den Ausdruck gebraucht, man solle auch die städtischen Schlachthöfe zu Fabriken umbauen. Das zeugt von einem sehr geringen Ver-

ständnis für die Bedürfnisse der Heiminsassen. Ohne Arbeit und arbeitliche Erziehung ist keine Heim-erziehung und überhaupt keine Erziehung für unsere Jugend möglich. (Zuruf rechts: Das ist ja gar nicht gesagt worden; das haben Sie mißverstanden!) Das habe ich nicht mißverstanden. Dr. Schüler hat das in dem Zusammenhange gebracht, das Fleisch solle von den Bauern sofort an den Konsumenten gebracht werden und nicht erst in die Schlachthöfe. Das habe ich hier eingeschaltet, und der eine Redner hat sich dann gegen die Betriebsrichtungen in den Anstalten gewehrt, weil dadurch Ihren Freunden die Profite und Aufträge entgehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Betriebswerkstätten in den Heimen noch mehr ausgebaut werden müssen. Wir haben uns auch darüber gefreut, daß Landesrat Wingender gestern berichten konnte, daß noch eine zweite auf dem Gebiete des Baugewerbes eingerichtet worden ist, und daß wir auch da unsere Jungen beschäftigen können.

Ich will meinem Freunde Hoffmann noch einige Minuten Redezeit übriglassen. Ich möchte aber noch betonen, daß der Erfolg, der in diesen 10 Jahren erreicht worden ist, wo wir im Provinziallandtag mitarbeiten — wir sind stolz darauf, das einzugehen —, mit auf das Konto unserer vernünftigen Arbeit zu buchen ist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Darf ich einmal einen Augenblick unterbrechen, um Ihre Meinung darüber festzustellen, wann wir heute abend schließen und morgen anfangen sollen. Nach meiner Auffassung — und die wird von vielen Seiten geteilt — ist es sehr wohl möglich, morgen mit den Verhandlungen fertig zu werden. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Nein, das ist nicht möglich!) Die Meinungen darüber sind etwas verschieden, und deshalb frage ich hier, welches Ihre Auffassung ist. Es wird ja auch der Wunsch der Mitglieder dieses Hauses sein, möglichst bald zu wissen, wie sie disponieren können. Ich möchte nun vorschlagen, daß wir heute abend bis ungefähr 6½ Uhr tagen, auf die Minute kommt es ja nicht an. (Zuruf: 6 Uhr!) Entweder würde es so sein: Heute abend um 6½ Uhr schließen und morgen um 11 Uhr anfangen, oder heute abend um 6 Uhr schließen und morgen um 10 Uhr anfangen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach (zur Geschäftsordnung): Ich möchte doch dringend bitten, morgen früh nicht vor 11 Uhr anzufangen. Es ist immerhin notwendig — (zu den Nationalsozialisten gewandt:) für Sie kommt das ja nicht in Frage —, daß die Fraktionen zu der vorliegenden Tagesordnung Stellung nehmen, daß insbesondere auch zu einer Reihe von Anträgen Stellung genommen werden muß, die heute morgen noch nicht verteilt waren und auch zum Teil noch nicht erledigt sind, weil sie erst in der Zeit eingegangen sind, nachdem die Fraktionsitzungen schon stattgefunden hatten. Wann wir heute abend schließen, würde ich davon abhängig machen, wann wir mit dem Punkt, der jetzt diskutiert wird, fertig sind. Wenn hier ein Kapitel zu Ende ist, würde auch ich vorschlagen zu schließen; denn es ist hinreichend diskutiert worden. Für morgen aber bitte ich, keinesfalls vor 11 Uhr

anzufangen, bzw. für den Ältestenrat, nicht vor 10¼ Uhr zu beginnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Dann mache ich den Vermittlungsvorschlag, heute abend nach Schluß dieses Punktes noch bis Nr. 56 zu erledigen — das wird bis 6 Uhr möglich sein — und dann morgen um 10¼ Uhr zu beginnen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Und wann beginnt der Ältestenrat?) Der Ältestenrat würde dann um 10 oder 10¼ Uhr tagen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Hoffmann: Das, was der Herr Präsident jetzt vorschlägt, bedeutet, daß er die Absicht hat, morgen die gesamte Tagesordnung des Landtages zu erledigen. Dem muß entschieden widersprochen werden, weil das praktisch und sachlich nicht möglich sein wird. Wir müssen vielmehr am Samstag noch tagen; nur dann können wir die Beratungen auch sachlich zum Abschluß bringen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Auffassung ist ja nicht maßgebend. Wenn Sie aber meine Meinung hören wollen, so bin ich allerdings der Auffassung, daß es bei gutem Willen durchaus möglich sein müßte, morgen fertig zu werden und der Provinz damit 4500 RM zu ersparen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Nohl.

Abgeordneter Nohl: Wir bezweifeln nicht den guten Willen des „Hohen Hauses“, die Vorlagen so schnell wie möglich durchzupeitschen. Dieser gute Wille ist ja in der heutigen Tagung mehr als einmal unterstrichen worden. Aber wir legen Wert auf die Feststellung, daß es nicht angängig ist, in einem solchen D=Zug-Tempo alle Vorlagen zu erledigen, das den meisten nicht die Möglichkeit gibt, zu den einzelnen in den Sachausschüssen erörterten Fragen ausführlicher als bisher Stellung zu nehmen, so daß man die grundsätzlichen Fragen der einzelnen Punkte überhaupt nicht mehr im Detail erledigen kann. Wir sind durchaus der Meinung, daß es keine Finanzfrage ist, den Provinziallandtag morgen schon zu vertagen, daß das vielmehr ein bloßer Vorwand ist. Ich bin der Auffassung, daß die Abgeordneten sich alle dagegen wehren sollten, daß der Etat derartig durchgepeitscht wird. Ebenso bin ich der Meinung, daß der Samstag noch hinzugenommen werden kann, um alle Fragen grundlegend zu erörtern. Wenn Sie anders beschließen, ist das Ihre Sache. Unsere Fraktion ist jedenfalls der Auffassung, daß wir heute abend um 6 Uhr Schluß machen können, und daß es früh genug ist, wenn wir morgen um 11 Uhr anfangen, nachdem die Fraktionen um 10¼ Uhr zusammenkommen, um die vorliegenden Fragen zu besprechen, und daß wir dann am Samstagmorgen den Rest erledigen können.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich glaube, Sie sind sich darüber einig, daß wir jetzt bis Punkt 56 erledigen und ferner — was nach der Geschäftsordnung ja möglich ist — diejenigen Punkte, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen, die also ohne weiteres erledigt werden können. Morgen früh würden wir dann um 11 Uhr beginnen, damit die Fraktionen Zeit haben, sich vorher zu beraten. (Zuruf rechts: 10 Uhr!) Einen Augenblick; ich sage mit Absicht 11 Uhr, weil schon Widerspruch erhoben worden ist. Es wird ja auch nicht viel ausmachen. Wir würden dann um 10¼ Uhr

im Ältestenrat zusammentreten. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung.)

Wir fahren dann in der Erörterung fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Wenn man die Ausführungen, die die Vertreterin der Sozialdemokratischen Partei vorhin machte, etwas näher betrachtet, wird man unwillkürlich an den Bibelspruch erinnert: Im Himmel herrscht mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte! Besser als Frau Becker von der Sozialdemokratischen Partei hätte auch irgendein Vertreter vom Zentrum die heutigen Fürsorgemaßnahmen nicht verteidigen können.

Frau Becker hat hier versucht, darzutun, als ob durch die Politik der Sozialdemokratie in den Fürsorgeanstalten heute alles in Butter sei. Wir werden uns dessen dann sehr gut entsinnen, wenn die Böglinge herauskommen, um zu den Eltern dieser Hunderte und Tausende von Fürsorgezöglingen zu sprechen. Wir werden uns dessen dann erinnern, wenn wir mit denen, die von der Fürsorgeerziehung eine andere Meinung haben als die Sozialdemokraten, einmal ans Reden kommen.

Meine Fraktion hat eine Reihe von Anträgen zur Frage der Fürsorgeerziehung wie auch der Ausbildung der Jugendlichen usw. gestellt; Anträge, die nichts anderes wollten, als daß die Jugendlichen nicht mehr in dem Sinne, wie es heute geschieht, die Fürsorgeerziehung als eine Schmach, als eine Hölle betrachten, sondern die dem Fürsorgezögling ein wenig mehr Freiheit gewährleisten hätten und ihn zum mindesten die Zeit, die er in der Fürsorgeanstalt zubringen muß, nicht zu sehr als Haft empfinden lassen würden. Wenn hier von der Vertreterin der Sozialdemokratie gesagt worden ist, daß der Entzug der Kost absolut unbedeutend ist. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Das habe ich doch gar nicht gesagt; Sie lügen ja! — Glocke des Vorsitzenden.) Jawohl, Frau Becker, Sie haben gesagt, daß die Jugendlichen dadurch noch keinen Hunger leiden. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß Sie die verschärften Strafbedingungen, die man in Solingen zum erstenmal angewandt hat, unbedingt decken; Strafbestimmungen, wonach Jugendliche täglich 1 Kilo Schwarzbrot und 1½ Liter Graupensuppe und außerdem ein hartes Lager zugewiesen bekommen. Ich bin überzeugt, daß das arbeitende Volk draußen etwas anderes sagen wird, als was Frau Becker von der Sozialdemokratischen Partei hier zum Ausdruck gebracht hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das Gegenteil hat sie ja gesagt! — Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Sie haben nicht aufgepaßt!)

Ich will hier ausdrücklich feststellen, daß Frau Becker auch versucht hat, eine Äußerung, die ich gestern im Ausschuß gemacht habe, ebenfalls auf eine ganz geschickte Art zu verdrehen und zurechtzustufen, damit im Hause der Eindruck erweckt würde, als ob der Abgeordnete Beck es ist, der in Solingen Unruhen anstiften will; als ob er mit der bestimmten Absicht in die Anstalt Solingen hineingeht, wie er schon in andere Anstalten hineingegangen ist, um dort die Fürsorgezöglinge gegen das herrschende System aufzubekken. Ich sage ausdrücklich, das brauchen wir nicht zu machen, dafür sorgt schon die Verwaltung mit ihren getreuen Schildknappen, wie Frau Becker hier einen darstellt. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Ich stelle hier fest, daß selbst Landesrat Hecker gestern im Ausschuß zugeben mußte, daß das Prämien-system, das man nunmehr in Solingen eingeführt hat, ein gewagter Versuch ist, wie er sich wörtlich ausdrückte; ein gewagter Versuch, von dem man zu 100 Prozent noch nicht weiß, ob er richtig ist. Auch wir sagen: Das, was man hier in Solingen macht, ist nichts anderes als die konsequente Fortsetzung dessen, was ich bereits im vorigen Jahr hier einmal festgenagelt habe. Die Prügelstrafe hat man angeblich — ich betone ausdrücklich: angeblich, auf dem Papier! — abgeschafft. Wer gestern die Ausschußberatungen mit verfolgt hat, der mußte feststellen, daß von Dr. Müller von der Wirtschaftspartei bis herüber zur Sozialdemokratischen Partei eine Meinung herrschte, und die ging dahin: Jawohl, Strafe muß gegenüber den Böglingen angewendet werden. Ich will einige wörtliche Aussprüche zitieren, die dort gefallen sind und die ich mir notiert habe. Dr. Müller erklärte, daß er eine Strafe für ratsam halte. Er sagte wörtlich, daß er es als einen schweren Fehler ansehe, daß man in der Schule den Stock nicht mehr anwendet. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Das ist die moderne Pädagogik, von der Sie dauernd reden; das ist Ihre Kultur: Strafe, Zuchthaus, Panzerkreuzer und Prügelstock! Das ist die Kultur, für die Sie sich einsetzen, von der Rechten bis hinüber zur Sozialdemokratie. (Zuruf rechts: Sie haben zu wenig bekommen!)

Niemand anders als die Vertreterin der Sozialdemokratischen Partei war es auch zugleich, die uns hier etwas erzählen wollte im Zusammenhang mit der Tatsache, daß 150 Böglinge, obwohl sie gefänglich bereits längst hätten entlassen werden müssen, sich noch in der Fürsorgeanstalt befinden, weil sie draußen keine Arbeit und kein Brot erhalten können. Man hat diese Böglinge fortgeschickt, und sie sind nach Tagen und Wochen wiedergekommen. Sie haben es ebenso gemacht, wie in der letzten Zeit Dutzende von Angeklagten vor dem Gericht, die den Richter baten, sie statt zwei Monate ein halbes Jahr ins Zuchthaus zu stecken, nur damit sie wenigstens etwas Nahrung bekommen, weil draußen Ihre Gesellschaftsordnung nicht mehr in der Lage ist, dem Proletarier Brot und Arbeit zu geben. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Da war es ausgerechnet die Sozialdemokratie, die durch den Mund von Frau Becker verkünden ließ, die „Unternehmer sollten mehr soziales Verständnis“ aufbringen und solche Jugendlichen in ihren Betrieben einstellen. Man appelliert hier an Leute, deren soziales Verständnis nur bis zum Geldbeutel geht. Hier hat niemand anders als der Fuchs den Enten gepredigt, derselbe Fuchs, von dem wir wissen, daß er die Enten auffressen wird. An die Unternehmer appelliert die Sozialdemokratie, sie sollten doch um Gotteswillen die Fürsorgezöglinge in ihren Betrieb aufnehmen und ihnen Arbeit geben, obwohl die Sozialdemokraten so gut wie wir wissen, daß die Unternehmer das gar nicht können, weil sie selber in ihrem bankrotten Laden nicht mehr ein und aus wissen, weil ihnen selbst das Wasser bis zum Hals steht.

Wir haben u. a. beantragt, daß die Briefzensur aufgehoben wird. Wir haben gesagt, daß den Jugendlichen in den Fürsorgeanstalten politische Zeitungen zugänglich gemacht werden, daß sie politische Versammlungen usw. besuchen können. Wenn Sie keine Angst

haben, wenn Sie wirklich Ihr demokratisches Prinzip anwenden wollen, wenn Sie wirklich den Menschen frei denken lassen wollen, dann können Sie einem solchen Antrage nur zustimmen. Aber Sie können das nicht. Der Jugendliche in der Fürsorgeanstalt soll genau so wie unsere Schulkinder in den Volksschulen als williger Knecht und billiger Arbeitsklave für die Herren von der Rechten erzogen werden. Als billige Ausbeutungsobjekte sollen sie erzogen werden. Unsere Schüler und insbesondere die Böglinge sollen gar nicht den Massencharakter dieses fluchwürdigen Systems erkennen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir haben keine Ursache, unsere Ideen einem christlichen Arbeiter vorzuenthalten oder einem sozialdemokratischen Arbeiterjugendmitglied unsere Versammlungsabende zu sperren, weil wir wissen, daß dort, wo die Wahrheit verkündet wird, sich die Wahrheit auch Bahn bricht. Aber dort, wo Finsterlinge sitzen, wo man etwas verheimlichen muß, dort muß man auch hinter verschlossenen Türen und mit einseitiger Erziehung gegen solche Jugendlichen vorgehen.

Ich betone nochmals das, was ich gestern im Ausschuß erklärt habe: daß dort, wo die meiste Freiheit herrscht, am wenigsten Entweichungen vorkommen. Das Beispiel — um es auch hier wieder in den Vordergrund zu stellen, ohne zu sagen, daß in der Sowjetunion heute schon ein Paradies ist — das Beispiel in Rußland zeigt, daß man dort mit jenen verwahrlosten Kindern, von denen Sie dauernd in Ihrer Presse schreiben, auf andere Art, mit modernen pädagogischen Grundrissen vorgeht und andere Resultate erzielt, als Sie sie mit Ihren Fürsorgemaßnahmen erreichen. Die Statistik zeigt uns auch in diesem Jahre wiederum, daß Ihre Fürsorgemaßnahmen nicht dazu angetan sind, die Jugendlichen zu bessern, sondern daß sie den Jugendlichen den Weg zum Verbrechen und ins Zuchthaus ebnen.

Es wurde hier von Heerdt gesprochen. Ich weiß nicht, warum sich ausgerechnet Frau Becker so warm für die Verwaltung ins Zeug legt und die Tatsache hervorkehrt, daß man mir eine derartige Antwort erteilt habe, und damit versucht, die Dinge, die sich dort abgepielt haben, ebenfalls ins Gegenteil zu verkehren. Was lag in Heerdt vor? Wir haben durch einen Antrag erneut versucht, allen Provinziallandtagsabgeordneten den Zutritt nicht nur zu den Provinzialanstalten, sondern zu allen Fürsorgeanstalten zu ermöglichen, aus dem Bewußtsein heraus: Wenn man nichts zu verheimlichen hat, kann man auch jeden einzelnen jederzeit hineinlassen.

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Ich muß Sie unterbrechen; Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Beck (fortfahrend): Ich stelle nur noch kurz fest, daß man mir, als ich zum zweiten Male in die Fürsorgeanstalt hinein wollte, auf meine Beschwerde von der Landesverwaltung einen Brief sandte, worin es heißt: „Falls Sie über irgendwelche Vorkommnisse in dem Erziehungsheim in Heerdt Aufklärung haben müssen, stelle ich anheim, sich hierher zu wenden.“ Man hat es also unterfragt, weil man befürchten, daß wir diese Schandtaten aufdecken würden. Man glaubt, die Tatsache unterdrücken zu müssen, daß man dort Gefängniszellen für Bierzechnjährige bereit hat, wo die Kinder, wenn sie gegen die Wände rennen, sich blutig stoßen müssen; daß man dort Kopfschrauben

angewendet. Ich habe selbst schulpflichtige, sogar dreijährige und vierjährige Kinder angetroffen, die draußen in der Ecke standen, trotzdem stürmisches Wetter herrschte, nur leicht bekleidet und direkt aus dem Badezimmer kommend, standen sie da draußen, weil sie in dem Zimmer gesprochen hatten. Mit derartigen Fürsorge-maßnahmen sind wir auf keinen Fall einverstanden und werden gegen eine derartige Fürsorge-schmach den schärfsten Kampf führen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Goldschmidt.

Abgeordneter Dr. Goldschmidt: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Worte grundsätzlicher Art über die Fürsorgeerziehung sagen. Das gehört deswegen streng zum Thema, weil die Provinzialverwaltung ja Fürsorgeerziehungsbehörde ist und nicht nur die Vollstreckung hat, sondern auch in der Frage mitwirkt, ob Fürsorgeerziehung angeordnet werden soll oder nicht. Die Provinzialverwaltung hat nun wiederholt Klage darüber geführt — wenn ich recht unterrichtet bin, gilt das auch für andere Provinzialverwaltungen —, daß die Gerichte mit der Anordnung der Fürsorgeerziehung zu zögernd seien. Darauf kann die Provinz einen Einfluß ausüben, indem sie ihr Beschwerderecht ausübt oder nicht. Ich bin nun der Ansicht, daß man den Gerichten diesen Vorwurf nicht machen und daß die Provinzialverwaltung ihr Beschwerderecht nicht nach der Richtung hin ausüben soll, die Fürsorgeerziehungsfälle zu vermehren. Die Fürsorgeerziehung wird immer das letzte Auskunfts-mittel bleiben. Ich will nicht auf die Bedenken eingehen, daß die Fürsorgeerziehung doch schließlich eine Unannehmlichkeit für den Fürsorgezögling bedeutet, nicht nur die Fürsorgeerziehung selbst, sondern auch die Auswirkung für sein späteres Leben. Alle Mittel und Versuche, dagegen anzukommen, werden doch immer nur einen beschränkten Erfolg haben. Deswegen glaube ich, daß die Rechtsprechung des Kammergerichts, die ganz streng sagt: Solange irgend etwas anderes noch von Erfolg ist, soll die Fürsorgeerziehung nicht ausgeübt werden, richtig ist.

Nun wendet die Provinzialverwaltung dagegen ein, die Jugendlichen kämen vielfach erst zu spät zu ihr, und sie könne dann nichts mehr machen. Ich zweifle nicht daran, daß dieser Grund in sehr vielen Fällen richtig sein wird. Es ist aber sehr schwer, darüber eine richtige Statistik aufzustellen; denn dann müßte man eine Statistik von den Fällen aufstellen, in denen man mit anderen Maßnahmen Erfolg erzielt hat, und von den Fällen, wo man keinen Erfolg erzielt hat. Eine derartige Statistik kann man nicht aufstellen; denn die Provinzialverwaltung erhält ja nur von den Fällen Kenntnis, in denen man keinen Erfolg erzielt hat. Ich glaube, es wird erzieherisch richtiger sein, den Jugendlichen möglichst lange in die Lage zu versetzen, daß er sich sagen kann: „Ich bin einer, gegen den eine so scharfe Maßnahme nicht angewendet worden ist.“ Solange wird der Jugendliche nämlich immer noch besser auf dem rechten Wege zu halten sein. Als Mitglied der Beschwerdekammer der Landgerichts Köln für Fürsorgeerziehung habe ich es immer als ein ganz besonders gutes Auskunfts-mittel empfunden, daß man die Möglichkeit hat, das Fürsorgeerziehungsverfahren auszusetzen und dann mit diesem Damoklesschwert der

Fürsorgeerziehung über dem Jugendlichen dafür zu sorgen, daß die Fürsorgeerziehung nicht nötig wird.

Noch ein letztes Moment, nämlich eine finanzielle Seite der Angelegenheit. Ich habe die erzieherischen Erwägungen absichtlich vorangestellt und komme zur finanziellen Frage zuletzt. Die Provinzialverwaltung hat gelegentlich darauf hingewiesen, daß die Kosten der freiwilligen Erziehungshilfe für sie größer sind als die für die Fürsorgeerziehung, weil sie ja da eine größere Quote zu tragen hat. Das darf nach meiner Meinung kein Argument sein, nun die Fürsorgeerziehung häufiger anzuwenden, als es unbedingt nötig ist. Dagegen muß mit allem Ernst an die preußische Staatsregierung herangetreten werden, daß sie endlich einmal dem ganz richtigen Argument der Provinzialverwaltung nachgeht und für die freiwillige Jugendhilfe genau dieselben Zuschüsse gewährt wie in der Fürsorgeerziehung. Die Praxis des Kammergerichts, die meines Erachtens aus juristischen und erzieherischen Gründen richtig ist, darf natürlich nicht dazu führen, die Kosten zu verlagern. Der Staat spart ja genau soviel dadurch, daß die Fürsorgeerziehung nicht angewendet wird, und kann die Ersparnisse für die freiwillige Jugendhilfe verwenden. Gerade in den ernstesten Zeiten, in denen wir stehen, scheint es mir auch nicht zweckmäßig, die Fürsorgeerziehung übermäßig auszu-dehnen, weil die Kosten, die für die Fürsorgeerziehung im ganzen genommen aufgewendet werden, schließlich doch irgendwo abgehen müssen, und ich möchte lieber der freiwilligen Jugendhilfe sowie überhaupt der gesamten Jugendpflege, den sozialen Maßnahmen zum Schutz der Jugend, das Geld zuwenden als der Fürsorgeerziehung. Je mehr Fürsorgeerziehungszöglinge man hat, um so mehr wachsen die sogenannten zwangsläufigen Ausgaben; denn Staat und Provinz müssen für eine derartige Jugendfürsorge aufkommen; das steht im Gesetz, das sind Zwangsausgaben. Dadurch verringert sich der Betrag, der für die anderen Maßnahmen für Jugendliche zur Verfügung steht. Mir ist es sympathisch, wenn man für die anderen Maßnahmen der Jugendpflege mehr Geld zur Verfügung hat.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Landesrat Hecker.

Landesrat Hecker: Meine Damen und Herren! Mit dem letzten Herrn Vorredner ist die Provinzialverwaltung insoweit durchaus eines Sinnes, als die Fürsorgeerziehung letztes Mittel der öffentlichen Erziehungshilfe sein soll. Das heißt aber nicht, daß sie unter allen Umständen das zeitlich letzte, sondern nur, daß sie das logisch letzte Mittel sein muß, wenn kein anderes Mittel mehr wirksamen Erfolg verspricht. Und deshalb üben wir zur Zeit auch an der Rechtsprechung Kritik, weil sie diesen Gesichtspunkt vergißt: Es kommt nicht darauf an, die Fürsorgeerziehung im zeitlich letzten Moment erst einzusetzen, wenn alle anderen Hilfsmaßnahmen unwirksam geblieben sind, sondern rechtzeitig, d. h. dann, wenn die Verwahrlosung noch nicht einen solchen Grad erreicht hat, daß sie auch mit den Mitteln der Fürsorgeerziehung nicht mehr zu beseitigen ist. Den Fehler dürfen wir nicht machen, die Fürsorgeerziehung solange hinauszuschieben, bis der Reife nach Erziehungsberatung, Unterbringung in Familienpflege, Schulaufsicht und dergleichen unwirksam an dem Jugendlichen abgeprallt sind und er

so verdorben ist, daß er in der Fürsorgeerziehung nicht nur selbst nicht gebessert wird, sondern auch noch die anderen mit herunterzieht und das Odium der Fürsorgeerziehung, über das wir alle so sehr klagen, weiter vermehrt, das Erziehungs-niveau mit den freiheitlichen Erziehungsmethoden aber immer weiter zurückdrückt.

Der Abgeordnete der Kommunistischen Partei, Herr Beck, hat die Anstalt Heerdt besucht und sich darüber beschwert, daß ihm der Besuch durch ein Schreiben der Provinzialverwaltung verboten worden sei. Herr Abgeordneter Beck, Sie haben zwar erwähnt, aber nur nebenbei, daß Ihnen der Besuch der Anstalt ausdrücklich freigestellt war, wozu wir jederzeit gern bereit sind, wenn Sie als Provinziallandtags-Abgeordneter (und nicht als Journalist) eine unserer Anstalten besuchen, Ihnen frei alles zu zeigen und Ihnen auch jederzeit zu gestatten, mit den Böglingen zu sprechen — wenn Sie nur nicht verlangen, die Böglinge unter vier Augen zu sprechen. Das werden Sie nicht im Ernst von der Verwaltung verlangen können, daß Sie unter Abwesenheit aller zuständigen Erziehungs-personen die Böglinge unter vier Augen sprechen dürfen. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. Hört, hört! bei den Kommunisten.) Nichts anderes ist Ihnen untersagt worden. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Man scheint doch etwas zu verheimlichen!) Sie haben den Brief, der Ihnen von der Provinzialverwaltung geschickt wurde, richtig verlesen. Ich darf nur den letzten Satz hinzufügen: „Die Veranstaltung einer selbständigen Untersuchung durch Sie kann Ihnen leider nicht zugestanden werden.“ (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Trotzdem, Herr Abgeordneter, sind Ihre Berichte, wie Sie sie in der „Freiheit“ nachher journalistisch bewertet haben, nicht so, daß sie ganz der Wahrheit entsprechen. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Sie schreiben von der „Jugend hinter Gittern“. „Aus Angst vor Entlarvung verbietet Landesprovinzialbehörde kommunistischen Abgeordneten den Zutritt.“

Sie haben eben, wahrscheinlich weil Ihnen die Zeit mangelte, nur zwei Hauptbeschwerden aus dem Artikel vorgebracht, zunächst die Arrestzellen, an deren rauhen und häßlichen Wänden die Kinder sich angeblich blutig stoßen. Ich darf bemerken, daß schon zur Zeit Ihres Besuchs diese beiden Zellen, die eine seit 1½ Jahren und die zweite seit sechs Wochen, nicht mehr als Strafraum benutzt wurden, sondern als Unterkunft für zwei weibliche Angestellte des Hauses dienten, denen angeblich der an sich freundliche Mörtelanstrich genügte. Wo kommen wir denn hin, meine Damen und Herren, wenn wir heutzutage für unsere Fürsorgezöglinge nicht mehr Strafräume haben wollen, die gewöhnlichen Hausangestellten noch als tägliche Unterkunft genügen? Wo sollen da die öffentlichen Finanzen hinkommen?

Meine Damen und Herren! Wir sind dankbar für jede Kritik, auch für die Kritik, die von ganz anderen Voraussetzungen ausgeht wie die Ihrige (zu den Kommunisten), und ich gebe gerne zu, daß wir auch aus Ihren Gesichtspunkten noch verschiedenes lernen können. Aber wir bitten darum, daß Sie dann auch ehrlich mitarbeiten. (Sehr richtig! von rechts. Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das tun wir!) Ich nehme das Versprechen, das Sie eben abgeben, gerne an, bitte Sie aber um folgendes:

Wenn gestern einer Ihrer Herren Abgeordneten erklärt hat — ein Widerruf ist durch den Herrn Abgeordneten Beck allerdings jetzt erfolgt —, daß Sie unsere Anstalten benutzen wollen, um dort politische Agitation hineinzutragen (Hört, hört! und Widerspruch bei den Kommunisten), wenn Sie das jetzt nicht mehr wahrhaben wollen, so nehmen wir das dankbar an, und ich setze voraus, Herr Abgeordneter Beck, wenn wir Ihnen den Besuch unserer Anstalten, auch der in Solingen, in der nächsten Zeit einräumen, daß Sie sich an diese Ihre jetzige Zusage halten werden. Andernfalls tragen nicht wir, sondern Sie die Verantwortung für die verschärften Strafmaßnahmen, die soeben auch von der Vertreterin der Sozialdemokratischen Partei kritisiert worden sind. Diese Strafmaßnahmen, meine Damen und Herren, sind für nichts anderes da, als um in den rheinischen Erziehungsheimen Revolten derselben Art zu verhindern, wie sie in Mitteldeutschland und in Berlin veranstaltet worden sind. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Wir machen keinen Krach!) Das habe ich nicht behauptet. Ich lege nur die Verantwortung für die künftige Anwendung der verschärften Strafmaßnahmen in Ihre Hand; der Herr Landeshauptmann ist bereit, sich an dieses Versprechen zu halten. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Wir werden darauf zurückkommen!)

Wir haben diese Strafmaßnahmen bis jetzt in der Anstalt Solingen in zwei Fällen vollstrecken müssen, im Anschluß an Widersecklichkeiten und Unruhen, bei denen wir die Einwirkung der Agitation von außen nachweisen können. (Hört, hört! rechts.) Der Herr Abgeordnete wird ja in Solingen jetzt Gelegenheit haben, sich darüber im einzelnen zu benehmen.

Diese verschärften Strafmaßnahmen — abgesehen davon, daß sie nur Notstrafmaßnahmen sind, die bis jetzt nur zweimal in Solingen und einmal in Benninghoven vollstreckt wurden, sind nicht gesundheits-schädlich. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Das können wir Ihnen nachweisen!) Wenn das Ihre Bedenken sein sollten, so bitte ich Sie, folgendes zu bedenken: Es ist keine Kostschmälerung, sondern eine Kostvereinfachung. Diese Kostvereinfachung wird vom Arzt kontrolliert. (Zuruf links: Steckrüben!) Nur zwei Tage lang darf diese Kostvereinfachung nach den Sägen, die Sie, Herr Beck, richtig nannten, dauern; am dritten Tage wird die volle reguläre Anstaltskost wieder gegeben. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Herz-Jesu-Süppchen!) Das Ganze darf nur 7 Tage dauern. Wenn Sie glauben (zu den Kommunisten), daß dadurch trotz ärztlicher Kontrolle eine gesundheitliche Schädigung eintreten könnte, so sind Sie im Irrtum. Vergessen wir nicht: Wir können gegen den geringen Prozentsatz — wie ich Gott sei Dank feststellen darf — von asozialen, böswilligen Elementen nicht einiger weniger Abschreckungsmittel entraten, da wir ja keine Zuchtsstrafen mehr haben und auch nicht haben wollen. (Zustimmung.) Aber gegen einen geringen Prozentsatz unserer Jungen müssen wir derartige Abschreckungsmaßnahmen haben. Sorgen Sie dafür (zu den Kommunisten), daß wir sie nicht anzuwenden brauchen. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wisler.

Abgeordneter Wisler: Meine Damen und Herren! Gegenüber den Ausführungen der Frau

Abgeordneten Becker von der Sozialdemokratischen Partei habe ich das Bedürfnis, einige Bemerkungen zu machen.

Leider war ich verhindert, die ganzen wahrscheinlich sehr interessanten Darlegungen hier anzuhören; ich habe nur den Rest mitbekommen. Ich habe das lebhaft bedauert. Aber in diesem Rest hat Frau Becker derartig hanebüchene Behauptungen aufgestellt, daß ich nicht umhin kann, hier darauf zurückzukommen. Frau Becker hat nämlich erklärt, daß ein Mitglied unserer Fraktion in einem Ausschuß sich so geäußert habe. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Hier im Plenum, nicht im Ausschuß!) Na, nun warten Sie doch einmal ab, was ich sagen will; Sie wissen ja schon vorher mehr als ich selber, Sie Schlauberger. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Sie wissen überhaupt nichts!) Sie sind ja der reinste Prophet, Herr Nohl. Frau Becker hat behauptet, ein Redner unserer Partei habe sich so ausgedrückt, als ob wir etwas gegen die nützliche und vom erzieherischen Standpunkt aus notwendige Beschäftigung Jugendlicher in den Anstalten hätten. Genau das Gegenteil haben wir verlangt. Das, was ich hier gesagt habe, war doch genau das Gegenteil von dem, was Frau Becker hier behauptet hat. Ich habe es als das Hauptziel der Erziehung bezeichnet, die Jungen und Mädchen zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft heranzubilden. Dazu sei es notwendig, ihnen wieder Pflichterfüllung und Arbeitsamkeit beizubringen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Und dann stellt man sich hierhin und sagt: Die Wirtschaftspartei ist dagegen, daß die Jugendlichen nützlich beschäftigt werden. Da hört einfach alles auf. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Sie drehen das ja alles um!)

Meine Damen und Herren! Niemand kann ehrlicher und aufrichtiger wünschen als wir, daß die Erziehungsbedürftigen in den Anstalten zu nützlicher Arbeit angehalten werden. Das stelle ich ausdrücklich fest. Wogegen wir etwas haben, ist folgendes. Wir wünschen nicht, daß die Arbeiten in den Erziehungsanstalten einen Umfang annehmen, daß sie über den Bedarf der Anstalten selbst bzw. über den Bedarf der Provinzialverwaltung hinausgehen. Wir möchten nicht, daß der Privatwirtschaft durch diesen Betrieb der öffentlichen Hand ein Wettbewerb gemacht wird, der ihr Schaden muß. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Das habe ich auch kritisiert!) Das ist das, was wir eben getadelt haben. Und wenn Sie so sehr darauf bestehen, Frau Becker, hier durchaus etwas Zutreffendes gesagt zu haben, so mache ich Sie nur darauf aufmerksam, daß Sie sich eben sogar selbst korrigieren mußten, als Sie aus unserem Zuruf bemerkten, daß Sie uns eine Bemerkung unterstellt hatten, die gar nicht aus unserem Kreise gefallen war, sondern aus dem Kreise der Nationalsozialistischen Partei. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Nein, die Nazis waren es nicht, sondern Dr. Schüler!)

Aber noch ein paar Worte über die Jugend-erziehung. Es ist hier von der linken Seite des Hauses sehr getadelt worden. Man hat sich auch dagegen gewandt, daß die Prügelstrafe angewendet wird. Man bezeichnet den Stock als etwas Ueberflüssiges. Das ist eine Ansichtssache. (Zuruf: Eine Gefühlsache!

Seiterkeit!) Jeder, der auf dem Gebiete der Erziehung Erfahrungen gemacht hat, weiß ziemlich genau, daß diese ultima ratio bei ganz bestimmten Charakteren in gewissen Fällen nicht zu vermeiden ist. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Herr Nohl melbet sich!) Einen Augenblick, Herr Nohl. Gerade diejenigen Herren, die die Prügelstrafe hier so sehr bekämpfen, sind diejenigen, die den Abgeordneten-Kollegen hier Ohrfeigen anbieten. (Lebhafter Widerspruch bei den Kommunisten.) Herr Nohl, bei den erwachsenen Personen hier in diesem Kollegium scheint man die Prügelstrafe tatsächlich für etwas Akzeptables zu halten. Aber den zu erziehenden Jugendlichen gegenüber möchte man, daß diese schweren Jungen, wie man sie soeben nannte, in Watte eingewickelt oder mit Glacehandschuhen angefaßt werden. (Zuruf des Abgeordneten Melsheimer: Das soll ja deren Nachwuchs werden!) Nein, so werden Sie die Leute nicht zu brauchbaren und nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft erziehen. (Bravo! bei der Wirtschaftspartei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Meine Damen und Herren! Mir stehen nur noch ein paar Minuten zur Verfügung. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß schon der Vertreter der Verwaltung darauf hinwies, daß unsere Sprecherin Frau Becker vorhin eine Kritik an den verschärften Strafbestimmungen der Verwaltung der Fürsorgeanstalten geübt und nicht, wie der kommunistische Redner behauptet, die Fürsorge- und Strafmaßnahmen unterstrichen hat. Der kommunistische Redner, Herr Beck, hat also hier unrichtige Behauptungen aufgestellt.

Wenn er sich weiter in bezug auf die Reform der Fürsorgeerziehung gegen unsere Fraktion wendet, so kann er von uns auf diesem Gebiete noch vieles lernen. Wir sind auf diesem Gebiete schon seit Jahrzehnten Pioniere und können das für uns in Anspruch nehmen.

Wie wenig die Kommunisten von diesen Fragen verstehen, zeigt der Antrag: Die Ueberweisung von Fürsorgekindern in Familienpflege kann nur durch Kontrolle jedes einzelnen Falles durch den zuständigen Sachausschuß erfolgen. Ein Antrag, der praktisch undurchführbar ist. Es wäre eher — das ist das, was wir betonen — eine bessere Kontrolle, die an sich notwendig ist, gegeben, wenn die örtlichen Jugendämter für diesen Zweck von der Provinzialverwaltung mehr in Anspruch genommen würden. Die örtlichen Jugendämter sind wenig informiert über die Fürsorgekinder. Es muß hier eine bessere Zusammenarbeit erfolgen. (Glocke des Vorsitzenden.) Die örtlichen Jugendämter haben ein großes Interesse an dem weiteren Schicksal ihrer Schützlinge. Wir möchten nicht, daß durch die Jugendnützlichkeit der Provinzialverwaltung eine gute Kontrolle der Familienfürsorge unterbunden wird. Ich bitte darum, daß diese Zusammenarbeit zwischen örtlichen Jugendämtern und Provinz besser stattfindet.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Erörterung ist geschlossen.

Das Wort zur persönlichen Bemerkung hat Frau Abgeordnete Becker.